

HISTORISCHE EUROPA-STUDIEN

Michael Gehler/Andrea Brait (Hrsg.)

Von den
Umbrüchen in
Mittel- und
Osteuropa bis
zum Zerfall
der Sowjetunion
1985-1991

Eine Dokumentation aus der
Perspektive der Ballhausplatzdiplomatie
Teilband 1

Band 18.1

OLMS

Michael Gehler / Andrea Brait (Hrsg.)

Von den Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa
bis zum Zerfall der Sowjetunion 1985–1991

Teilband 1

HISTORISCHE EUROPA-STUDIEN
HISTORIC EUROPE STUDIES

Geschichte in Erfahrung, Gegenwart und Zukunft
History in Experience, the Present and the Future

herausgegeben vom
Institut für Geschichte
der Stiftung Universität Hildesheim
unter der Leitung von Michael Gehler

edited by
the Institute of History
University of Hildesheim
directed by Michael Gehler

Band 18.1
Volume 18.1

Michael Gehler / Andrea Brait (Hrsg.)
Von den Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa
bis zum Zerfall der Sowjetunion 1985–1991

Teilband 1



Georg Olms Verlag
Hildesheim · Zürich · New York

2023

Michael Gehler / Andrea Brait (Hrsg.)

Von den Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa
bis zum Zerfall der Sowjetunion 1985–1991

Eine Dokumentation aus der Perspektive
der Ballhausplatzdiplomatie

Teilband 1



Georg Olms Verlag
Hildesheim · Zürich · New York

2023

Gefördert mit freundlicher Unterstützung von



Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die Herausgebenden:

Michael Gehler, Stiftung Universität Hildesheim, Institut für Geschichte

Andrea Brait, Universität Innsbruck, Institut für Zeitgeschichte und Institut für Fachdidaktik

© Georg Olms Verlag AG, Hildesheim 2023

www.olms.de

Alle Rechte vorbehalten

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Umschlagentwurf: Anna Braungart, Tübingen

Herstellung: Mazowieckie Centrum Poligrafii, Marki

Printed in Poland

Print-ISSN 1869-1196

Print-ISBN 978-3-487-16140-2

Inhalt

BAND 1

Michael Gehler

**Vom Machtantritt Gorbatschows bis zum Ende der Sowjetunion.
Die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa 1985–1991 aus
österreichischer Sicht** 7

Rudolf Agstner

**Eine kurze Geschichte der österreichischen Diplomatie mit dem
Schwerpunkt 1985–1991** 99

Dokumentenverzeichnis 117

Dokumententeil 1985–1988 147

BAND 2

Dokumententeil 1989–1991 777

Bibliographie 1529

Abkürzungsverzeichnis 1571

Chronologie zu den Umbrüchen in Europa 1985–1991 1587

Glossar 1627

Personenregister und Funktionsträgerverzeichnis 1703

Michael Gehler

Vom Machtantritt Gorbatschows bis zum Ende der Sowjetunion. Die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa 1985–1991 aus österreichischer Sicht

I. Vorbemerkung

Es liegen schon zahlreiche Dokumentationen und Editionen für die Umbruchjahre in Europa von 1985 bis 1991 aus verschiedenen Länderperspektiven vor.¹ Für Österreich und seine Sicht auf die revolutionären Ereignisse soll nun für diesen Zeitraum erstmals der Versuch unternommen werden, eine stark klaffende Lücke der Aktendokumentation auszufüllen, geschlossen ist sie damit noch keineswegs.

¹ Auswahlweise: Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994; Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987-1990, Berlin 1996; Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann, Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998; Csaba Békés/Malcolm Byrne/Melinda Kalmár/Zoltán Ripp/Miklós Vörös (Eds.), Political Transition in Hungary, 1989-1990. A Compendium of Declassified Documents and Chronology of Events (National Security Archive, Cold War History Research Center, and 1956 Institute), Washington – Budapest 1999; Włodzimierz Borodziej (Hrsg.), Polska wobec zjednoczenia Niemiec 1989-1991. Dokumenty dyplomatyczne, Warschau 2006; Patrick Salmon/Keith Hamilton/Stephen Robert Twigge (Eds.), Documents on British Policy Overseas III, Vol. 7: German Unification 1989-1990, London 2009; Ines Lehmann, Die Außenpolitik der DDR 1989/90. Eine dokumentierte Rekonstruktion, Baden-Baden 2011; Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (Hrsg.), Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986-1991. Deutsche Ausgabe, hrsg. von Helmut Altrichter, Horst Möller und Jürgen Zarusky, kommentiert von Andreas Hilger (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 83), München 2011; Andreas Hilger (Hrsg.), Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amtes zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 103), München 2011; Karel Vodička, Die Prager Botschaftsflüchtlinge 1989. Geschichte und Dokumente (Berichte und Studien 67), Osnabrück 2014; Tim Geiger/Heike Amos (Bearb.), Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zweiplus Vier-Prozess, hrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin, hrsg. v. Horst Möller, Ilse Dorothee Pautsch, Gregor Schöllgen, Hermann Wentker und Andreas Wirsching, Göttingen 2015; Svetlana Savranskaya/Thomas Blanton (Eds.), The Last Superpower Summits. Gorbachev, Reagan, and Bush. Conversations that Ended the Cold War, Budapest/New York 2016; Michael Gehler/Maximilian Graf (Hrsg.), Österreich und die deutsche Frage 1987-1990. Vom Honecker-Besuch in Bonn bis zur Einheit, Göttingen 2018; Andreas Schmidt-Schweizer (Hrsg.), Die politisch-diplomatischen Beziehungen in der Wendezeit 1987-1990, Berlin/Boston 2018; Daniela Taschler/Tim Szatkowski/Christoph Johannes Franzen (Bearb.), Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1989, 2 Bde, Berlin – Boston 2020; Michael Gehler/Oliver Dürkop (Hrsg.), Deutsche Einigung 1989/90. Zeitzeugen aus Ost und West im Gespräch, Reinbek 2021.

In diesem zweibändigen Werk wurden 670 Aktenstücke von der umbruchartigen bis zur revolutionsartigen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa im Zeitraum von 1985 bis 1991, d.h. vom Machtantritt des neuen Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), Michail S. Gorbatschow, bis zur Erosion und zur Implosion der UdSSR abgedruckt. Die Dokumente stammen alle aus der Feder österreichischer Diplomaten, die aus Bonn, Budapest, Bukarest, Moskau, Ost-Berlin, Prag und Warschau fortlaufend Berichte² an ihre Zentrale, den Ballhausplatz in Wien, einen legendären europäischen Gedächtnisort der Diplomatie, erstatteten, der damals noch Sitz des österreichischen Außenministeriums war.³

Demzufolge wird in dieser Einleitung mit dem Ausgangspunkt der umstürzenden Entwicklungen begonnen und mit dem Ablauf der Kettenreaktionen der revolutionären Geschehnisse fortgesetzt. Die Einleitung beginnt mit der Entwicklung in der Sowjetunion, gefolgt von Ereignissen in den mit ihr verbündeten Volksrepubliken Polen und Ungarn sowie der DDR und der Tschechoslowakei bis zum Ende der UdSSR.⁴ Damit wird ein Zeitraum des sowjetischen Reformprojekts, eines siebenjährigen politischen Experiments, abgedeckt. Es waren Entwicklungen, die im Zeichen der gescheiterten Umgestaltung des sozialistischen Systems die Welt verändern sollten.⁵

Aufgrund des Umfangs des immensen Quellenmaterials konnte Bulgarien überhaupt nicht, hingegen konnten das Baltikum, Rumänien sowie die Ukraine lediglich zum sehr geringen Teil erfasst und daher nur cursorisch einbezogen werden. Durchgehend in der Berichterstattung und ihrer Aufbereitung wird auch immer wieder die Rolle der Warschauer

² Die Mehrzahl der Dokumente entstammt den Beständen der Botschaften, die im Außenministerium in Wien lagern und schrittweise ins Österreichische Staatsarchiv abgetreten werden.

³ Adam Wandruszka/Mariella Reininghaus, *Der Ballhausplatz* (Wiener Geschichtsbücher 33), Wien 1984; Rudolf Agstner, *Abschied vom Ballhausplatz. Österreichs Diplomatie übersiedelte nach 286 Jahren*, in: *Wiener Geschichtsblätter* 60 (2005), 1, S. 58-81; Andrea Brait, *Das Bundeskanzleramt. Ein Ort der Geschichte der Politik und des Gedächtnisses*, Hamburg 2010.

⁴ Henrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans Hermann Hertle/Hermann Wentker, *Krisen und Aufstände im realen Sozialismus. Einleitung*, in: Dies. (Hrsg.), *Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus*, Berlin 2004, S. 9-22; Stephen Kotkin/Jan Gross, *Uncivil Society: 1989 and the Implosion of the Communist Establishment*, New York 2010; Wolfgang Mueller/Michael Gehler/Arnold Suppan (Eds.), *The Revolutions of 1989. A Handbook* (Österreichische Akademie der Wissenschaften/Philosophische Historische Klasse/Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung/Internationale Geschichte/International History 2), Wien 2015.

⁵ Zbigniew Brzezinski, *Das gescheiterte Experiment. Der Untergang des kommunistischen Systems*, Wien 1989; Archie Brown, *Seven Years that changed the World. Perestroika in Perspective*, Oxford 2009.

Vertragsorganisation (WVO) bzw. des Warschauer Paktes,⁶ des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)⁷ und der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)⁸ thematisiert. Auf letztere wurde nur punktuell eingegangen. Das Wiener Folgetreffen der KSZE würde eine eigene Edition erforderlich machen, wozu die Herausgeber parallel ein Forschungsprojekt durchführen.⁹ Im Unterschied zu den Dokumenten, deren Edition in chronologischer Reihenfolge erfolgt, orientiert sich die Einleitung an einer länderspezifischen bzw. thematischen Struktur.

II. Im Zeichen des Scheiterns von „Glasnost“ und „Perestroika“: Die UdSSR zwischen Umbruch und Zerfall

Eine Rede des langjährigen Außenministers der UdSSR (1957–1985) und hohen Sowjetpolitikers Andrej Gromyko¹⁰ vom Februar 1985 verdeutlichte die sowjetische Sorge vor einer Fortsetzung des globalen Rüstungswettlaufs, besonders mit Blick auf das vom US-amerikanischen Präsident Ronald Reagan angekündigte US-Weltraum-Programm Strategic Defense Initiative (SDI) oder auch „Krieg der Sterne“ genannt.¹¹ Der Verzicht auf die Erstschlagskraft von Atomwaffen, die komplette Einstellung von

⁶ Vojtech Mastny/Malcolm Byrne, *A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact 1955-1991*, Budapest – New York 2005; Torsten Diedrich/Winfried Heinemann/Christian F. Ostermann (Hrsg.), *Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch. 1955 bis 1991 (Militärgeschichte der DDR 16)*, Berlin 2009.

⁷ Adam Zwass, *Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe 1949 bis 1987*, Wien 1988; Arie Bloed, *The External Relations of the Council for Mutual Economic Assistance*, Dordrecht – Boston – London 1988.

⁸ Victor-Yves Ghebali, *La Diplomatie de la Détente. La CSCE, d’Helsinki à Vienne (1973-1989)*, Brüssel 1989; Wilfried von Bredow, *Der KSZE-Prozess. Von der Zählung zur Auflösung des Ost-West-Konflikts*, Darmstadt 1992; Peter Schlotter, *Das Ende der Systemkonfrontation 1989/1990. Der Beitrag des KSZE-Prozesses*, in: Corinna Hauswedell (Hrsg.), *Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945*, Essen 2006, S. 115-128; Helmut Altrichter/Hermann Wentker (Hrsg.), *Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990 (Zeitgeschichte im Gespräch 11)*, München 2011; Wilfried Loth, *Der KSZE-Prozess 1975-1990. Eine Bilanz*, in: Matthias Peter/Hermann Wentker (Hrsg.), *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975-1990 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Sondernummer)*, München 2012, S. 323-331.

⁹ Das D-A-CH Lead Agency-Projekt “The CSCE Follow-up Meeting in Vienna (1986-1989). Struggling for Human Rights and European Security at the End of the Cold War” ist angesiedelt am Graduate Institute of International and Development Studies, Genf, am Institut für Zeitgeschichte, München/Berlin, an der Universität Innsbruck und an der Stiftung Universität Hildesheim.

¹⁰ Andrej Gromyko, *Erinnerungen*, Düsseldorf – Wien – New York 1989.

¹¹ Steven E. Miller, *The star wars controversy*, Princeton – New Jersey 1986; Stephen J. Cimbala, *The Technology, Strategy and Politics of SDI*, Boulder 1987; Jeffrey D. Boutwell, *On the Defensive? The Future of SDI*. Aspen Strategy Group, Aspen 1988; Frances Fitzgerald, *Way Out There in the Blue. Reagan, Star Wars and the End of the Cold War*, New York 2001.

Kernwaffenversuchen, das Einfrieren der nuklearen Rüstung und die Forderung nach einem Vertrag über den wechselseitigen Verzicht auf Anwendung militärischer Gewalt zwischen dem Warschauer Pakt und der North Atlantic Treaty Organization (NATO) verdeutlichten den ernsthaften politischen Willen des Kreml, den in der zweiten Hälfte der 1970er und der ersten Hälfte der 1980er Jahre begonnenen Rüstungswettlauf zu beenden, um die kostenintensiven Anstrengungen zu stoppen und die reformbedürftigen inneren Systemdefizite alsbald zu beheben (Dok. 9).

Am 10. März 1985 starb der nur kurzzeitig amtierende sowjetische Politiker Konstantin Tschernenko, der vom 13. Februar 1984 bis zu seinem Tod gerademal etwas länger als ein Jahr Generalsekretär der KPdSU und als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets das Staatsoberhaupt der Sowjetunion war. Mit den Trauerfeierlichkeiten hielt sich Michail S. Gorbatschow nicht lange auf. Als relativ junger Politiker, der weder die totalitäre Diktatur Josef Stalins noch die Kriegszeit aus persönlicher Erfahrung kannte, stand nun ein Mann an der Spitze der Partei, dem eine längere Zeit als Generalsekretär des Zentralkomitees (ZK) prophezeit wurde. Hinter seinen geplanten und zu erwartenden Reformen standen jedoch von Beginn an viele Fragezeichen. Welchen Kurs Gorbatschow mit Blick auf Partei und Staatsführung einschlagen und ob die Konsolidierung und Sicherung seiner Machtstellung ausreichen würden, um zu etwas wirklich Neuem in der sowjetischen Gesellschaft und Politik zu führen, waren Fragen, die Österreichs Botschaft in Moskau bewegten, und Antworten, die mit einigen Unwägbarkeiten verbunden waren. Prognostiziert wurde jedenfalls, dass der verbindliche und sich geschickt präsentierende Neo-Politiker auch in außen- und entspannungspolitischer Hinsicht im Sinne eines Wandels der von ihm repräsentierten Supermacht eine größere politische Herausforderung für den Westen¹² darstellen würde als seine Vorgänger Leonid Iljitsch

¹² Gail Sheehy, Gorbatschow. Der Mann, der die Welt verändert hat, München 1991; Archie Brown, Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht, Frankfurt/Main – Leipzig 2000; Vladislav Zubok, Soviet foreign policy from détente to Gorbachev. 1975-1985, in: Melvyn P. Leffler/Odd Arne Westad (Eds.), The Cambridge History of the Cold War. Volume III. Endings, Cambridge 2010, pp. 89-111; John W. Young, Western Europe and the end of the Cold War, 1979-1989, in: ebd., pp. 289-310; Vladislav Zubok, Gorbachev and the Road to 1989, in: C. Bogdan Iacob/Vladimir Tismaneanu (Eds.), The End and the Beginning. The Revolutions of 1989 and the Resurgence of History, Budapest – New York 2012, pp. 257-289.

Breschnew,¹³ Juri Wladimirowitsch Andropow¹⁴ und Konstantin Tschernenko¹⁵ (Dok. 12).

Bemerkenswert war, dass Michail S. Gorbatschow¹⁶ das schwere Erbe der bisherigen sowjetischen Gesellschafts- und Innenpolitik mit ihren vielen ungelösten Problemen nicht nur antreten wollte, sondern hierbei auch auf außen- und sicherheitspolitischem Feld sozusagen als Absicherung, um dieser innenpolitischen Aufgabe besser gewachsen zu sein, alsbald in die Offensive gehen sollte, wie beim Treffen mit dem US-Vizepräsidenten George H. W. Bush beim Begräbnis von Tschernenkow deutlich wurde (Dok. 13). Erste westliche Kontakte zur neuen Kremlführung ergaben sich mit der traditionell gegenüber Sowjetrußland aufgeschlossenen und geneigten Politik Frankreichs unter Staatspräsident François Mitterrand,¹⁷ doch schien vorerst und weiterhin Paris die „unglückliche Liebe“ Moskaus zu bleiben. Tatsächlich gab es in dieser Phase deutsch-französische Initiativen auf dem Sektor der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.¹⁸ Daher war aus

¹³ Heinz Brahm, Von Breschnew zu Gorbatschow, in: Sowjetpolitik unter Gorbatschow. Die Innen- und Aussenpolitik der UdSSR. 1985-1990 (Veröffentlichung/Göttinger Arbeitskreis Nr. 438), Berlin 1991, S. 7-25; Susanne Schattenberg, Leonid Breschnew. Staatsmann und Schauspieler im Schatten Stalins. Eine Biographie, Köln – Wien – Weimar 2017.

¹⁴ Zu Andropow liegt noch keine deutschsprachige Biografie vor, siehe dafür Lothar Kölm (Hrsg.), Kremlchefs. Politisch-biographische Skizzen von Lenin bis Gorbatschow, Berlin 1991 und Susanne Schattenberg, Von Chruščev zu Gorbatschow – Die Sowjetunion zwischen Reform und Zusammenbruch, in: *Neue Politische Literatur* 55 (2010), S. 255-284.

¹⁵ Zu Tschernenkow liegt noch keine deutschsprachige Biografie vor, sondern nur summarische Darstellungen im Rahmen verschiedener Sowjet-Spitzenpolitiker: Dimitri Wolkogonow, Die Sieben Führer, Frankfurt 2001.

¹⁶ Zu Gorbatschow siehe zeitgenössische Darstellungen auswahlweise: Alexander Rahr/Nikolai Poljanski, Gorbatschow – der neue Mann, München 1986; Michail Gorbatschow, Glasnost. Das neue Denken, Berlin 1989; Gerd Ruge, Michail Gorbatschow. Biographie, Frankfurt/Main 1990; Gail Sheehy, Gorbatschow. Der Mann, der die Welt verändert hat, München 1991; und wissenschaftliche Biographien: György Dalos, Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biographie, München 2011; Klaus-Rüdiger Mai, Michail Gorbatschow. Sein Leben und seine Bedeutung für Russlands Zukunft, Frankfurt/Main – New York 2005; William Taubman, Gorbatschow. Der Mann und seine Zeit. Eine Biographie, München 2018; Ignaz Lozo, Gorbatschow. Der Weltveränderer, Darmstadt 2021.

¹⁷ Frédéric Bozo, Mitterrand, la diplomatie française et la fin de la guerre froide. De Yalta à Maastricht, Paris 2005; Idem, Mitterrand, the End of the Cold War, and German Unification, Oxford – New York 2009; Tilo Schabert, Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit, Stuttgart 2002, S. 354-430, 431-474; Ders., Mitterrand et la réunification allemande. Une histoire secrète (1981-1995), Paris 2005, pp. 432-473, 475-530; Ders., How World Politics is Made. France and the Reunification of Germany, Columbia 2009; Friederike Schotters, Mitterrand's Europe: functions and limits of 'European solidarity' in French policy during the 1980s, in: *European Review History/Revue européenne d'histoire* 24 (December 2017), 6, pp. 973-990; Tilo Schabert, France and the Reunification of Germany. Leadership in the Workshop of World Politics, Cham 2nd edition 2021, pp. 323-357.

¹⁸ Georges Saunier, Le tandem François Mitterrand-Helmut Kohl. Une gouvernance franco-allemande?, in: Wilfried Loth (Ed.), La gouvernance supranationale dans la construction

sowjetischer Sicht die Haltung Frankreichs immer noch zu NATO-konform, um in den zwischenstaatlichen politischen und ökonomischen Beziehungen entscheidend voranzukommen (Dok. 14, 40). Besseren Zugang schien die britische Premierministerin Margaret Thatcher (1979–1990)¹⁹ zum neuen kommunistischen Parteichef zu entwickeln. In Abrüstungsfragen zeichnete sich zwar noch keine Annäherung ab, besonders mit Blick auf das SDI-Programm, Thatcher schätzte aber Gorbatschow als sowjetischen Machthaber, mit dem man sachlich diskutieren konnte (Dok. 15).

Bei der ersten Begegnung mit dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl (1982–1998),²⁰ am 14. März 1985 in Moskau bat Gorbatschow um ernsthafte Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der Erzielung von Abrüstungsfortschritten in den Verhandlungen von Genf, wobei er auf der Grundlage des militärischen Gleichgewichts in Europa argumentierte (Dok. 16). Kohl wies die Kritik Gorbatschows an der bundesdeutschen Haltung zurück, wonach sich diese der Politik der USA ohne Vorbehalte hingebte. Wie Gorbatschow würde auch er nicht „vor irgendjemandem stramm“ stehen (Dok. 17).

Östliche Beobachter in Brüssel – wie auch die Vertretung der DDR – bestätigten den neuen außenpolitischen Kurs unter Gorbatschow (Dok. 47), der dazu diente, die Beziehungen der UdSSR zu allen ihren Nachbarn zu verbessern. Neben der Volksrepublik China sollte von sowjetischer Seite aus vor allem den westeuropäischen Staaten besonderes Augenmerk hinsichtlich zukünftiger Kooperationsformen geschenkt werden (Dok. 34).

européenne, Bruxelles 2005, pp. 239-254; Idem, A special relationship: Franco-German relations at the time of François Mitterrand and Helmut Kohl, in: Carine Germond/Henning Türk (Eds.), A History of Franco-German Relations in Europe. From „Hereditary Enemies” to Partners, New York 2008, pp. 235-247; Friederike Schotters, European Emancipation within the Atlantic Alliance? Franco-German Initiatives in European Defense, in: Michael Gehler/Wilfried Loth (Eds.), Reshaping Europe: Towards a Political, Economic and Monetary Union, 1984-1989, Baden-Baden 2020, pp. 283-330.

¹⁹ David Cannadine, Margaret Thatcher. A Life and Legacy, Oxford 2017; Detlev Mares, Margaret Thatcher. Die Dramatisierung des Politischen, Gleichen 2. aktualisierte Auflage 2018; Hugo Young, One of Us. A Biography of Margaret Thatcher, London 1989, siehe zu den Aversionen und zum Misstrauen gegenüber Deutschland: Margaret Thatcher, Downing Street No. 10. Die Erinnerungen, Düsseldorf 1993, S. 1094-1096; Hinnerk Meyer, Participation on limited cooperation – Großbritanniens schwierige Rolle im deutschen Einigungsprozess, in: Michael Gehler/Maximilian Graf (Hrsg.), Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen, Göttingen 2017, S. 141-160, woraus sich eine pro-russische Haltung Thatchers ergab.

²⁰ Hans Stark, Helmut Kohl. L’Allemagne et l’Europe. La politique d’intégration européenne de la République Fédérale 1982-1998, Paris 2004; Hans Peter Schwarz, Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2012, S. 527-535.

Im Mai 1985 kam Österreichs Botschafter in Moskau, Helmut Liedermann,²¹ zum Ergebnis, dass mit dem Machtantritt Gorbatschows bewusst eine Atmosphäre des Optimismus verbreitet werde, wobei die von der sowjetischen Propaganda erzeugten Hoffnungen den innenpolitischen und innerparteilichen Erfolgswang erhöhen würden. Bereits in der Frage der Erfolgsaussichten in der Kampagne gegen den Alkoholismus sollte sich zeigen, wie weit sich das neue Regime wieder auf gesellschaftliche Kompromisse einlassen musste. Hier tat sich bereits ein erstes Dilemma der Reformpolitik Gorbatschows auf (Dok. 23, 49).

Anlässlich der Siegesfeiern in Erinnerung an die 40. Wiederkehr der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 9. Mai 1945 (Moskauer Ortszeit) machten sich die nach wie vor bestehenden ideologischen und propagandistischen Konfrontationsmuster des Kalten Krieges bemerkbar: Offene gegenüber den USA gerichtete Vorwürfe, Kritik am wachsenden „westdeutschen Revanchismus“ sowie wehmütige Erinnerungen an die Entspannungspolitik der ersten Hälfte der 1970er Jahre, die es wiederzubeleben gelte, kennzeichneten die Ausführungen Gorbatschows bei den Feierlichkeiten anlässlich des Gedenkens an die Niederringung des Hitler-„Faschismus“ (Dok. 24).

Bereits wenige Monate nach Gorbatschows Führungsantritt waren Verschiebungen im Machtgefüge des Kreml erkennbar. Sein Haupttrivale, Grigori Romanow, schien bereits zurückgedrängt worden zu sein, während Jegor Kusmitsch Ligatschow mit Nikolai Ryschkow zu den Gewinnern der neuen Machtverhältnisse gezählt wurden (Dok. 27). Besonders auffällig war die Bestellung des Georgiers Eduard Schewardnadse²² nicht nur zum Mitglied des Politbüros, sondern auch seine Berufung zum Außenminister der UdSSR (Dok. 32). Mit ihm sollte sich der reformpolitische Kurswechsel unter Gorbatschow, insbesondere in der sowjetischen Außenpolitik, personifizieren.

Erstaunlich ist der Umstand, dass bereits im Juli 1985 die österreichische Botschaft in Moskau von einer „Ära Gorbatschow“ sprach, ein Begriff, der an

²¹ Helmut Liedermann (* 10.8.1926 in Wien; † 29.6.2019 in Wien), war von 22.9.1965 bis 13.3.1971 Generalkonsul in Berlin, leitete die österreichische Delegation in Westberlin, von 1971 bis 1977 die Abteilung Ost-West-Beziehungen, KSZE im Außenministerium und von 1972 bis 1975 die österreichische Delegation bei der KSZE in Genf. Von 1977 bis 1981 war er Botschafter in Belgrad sowie bei der Regierung in Tirana, 1981 bis 1986 Botschafter in Moskau sowie bei der Regierung in Ulaanbaatar/Mongolei akkreditiert. Von 1986 bis 1992 war er Beauftragter der österreichischen Regierung für die Weltkonferenz über Menschenrechte in Wien, siehe auch Helmut Liedermann, Österreichs Rolle beim Zustandekommen der KSZE, in: Oliver Rathkolb/Otto M. Maschke/Stefan A. Lütgenau (Eds.), *Mit anderen Augen gesehen*, Wien – Köln – Weimar 2002, S. 491-521.

²² Eduard Šewardnadse, *The future belongs to freedom*, New York 1991.

sich für eine politische Persönlichkeit mit einer längeren Regierungsperiode benutzt wird und die auch sichtbare Spuren hinterlässt, wobei sich die diplomatische Vertretung zu diesem Zeitpunkt alles andere als sicher war, in welche Richtung die Veränderungen seiner Politik gehen würden. Zwar hatte der aufstrebende Sowjetpolitiker bereits außenpolitischen Ballast abzuwerfen versucht, ohne jedoch schon neue Wege zu gehen. Für allfällige Kurskorrekturen waren auch nur Ansätze erkennbar, vor allem durch Personalrochaden, wie die Ablösung des der alten Nomenklatura verpflichteten Langzeitaußenministers Gromyko zeigte (Dok. 34).

Das weitere politische Schicksal Gorbatschows und seine innenpolitische Popularität schienen in erster Linie davon abzuhängen, ob die Versorgung der Bevölkerung in der Sowjetunion mit besseren und insbesondere mehr Konsumgütern gelingen würde (Dok. 37), was die österreichische Botschaft in Moskau prognostizierte.

Bei seinem Besuch in Paris vom 2. bis 5. Oktober 1985 – die erste Auslandsreise als KPdSU-Generalsekretär – standen Abrüstungsfragen, der nach wie vor bestehende regionale Krisenherd Afghanistan (sowjetische Streitkräfte waren 1979 in das Land einmarschiert und hielten es seither besetzt²³) und die Frage der Gewährung von Menschenrechten sowie Kontakte zwischen den Europäischen Gemeinschaften (EG) und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) im Mittelpunkt. Im Rahmen der bilateralen Beziehungen war Frankreich bestrebt, die negative Handelsbilanz mit der UdSSR auszugleichen. Zur Lösung des Afghanistan-Problems stand intern sogar das Modell des österreichischen Staatsvertrages und der Neutralität zur Debatte, im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen wünschte Gorbatschow eine Verbesserung des Verhältnisses zu den EG, wobei er den Ländern des RGW noch keinen eigenen Handlungsspielraum zuzubilligen schien (Dok. 38). Es zeichnete sich für die österreichische Beobachtung bereits frühzeitig ab, dass Gorbatschow möglichst bald einiges an den bestehenden Verhältnissen im sozialistischen Bündnissystem ändern würde, aber noch nicht so recht dazu imstande war.

In Bezug auf die Strategic Defense Initiative (SDI) unter US-Präsident Roland Reagan (1980–1988) signalisierte Mitterrand Frankreichs Ablehnung gegenüber einer weiteren Ausdehnung des Wettrüstens im Weltraum, so dass deutlich wurde, dass der französische Staatspräsident dieses amerikanische Projekt nicht zu favorisieren schien. Auffallend war auch, dass er seine Bereitschaft betonte, weiterhin die Integration der EG zu unterstützen.²⁴ In

²³ Amin Saikal, Islamism, the Iranian revolution, and the Soviet invasion of Afghanistan, in: Melvyn P. Leffler/Odd Arne Westad (Eds.), *The Cambridge History of the Cold War*, Vol. III: Endings, Cambridge 2010, pp. 112-134.

²⁴ Carine Germond, Dynamic-German Duos: Giscard-Schmidt and Mitterrand-Kohl, in: Erik

Bezug auf die prekäre Lage der eigenen Streitkräfte in Afghanistan äußerte sich Gorbatschow zurückhaltend, erwähnte die Möglichkeit einer politischen Lösung und wies bereits darauf hin, dass auf Dauer sowjetische Truppen dort nicht stationiert sein würden (Dok. 40).

Die Analyse des Entwurfs des neuen KPdSU-Programms vom 25. Februar 1986 ließ in der Terminologie mehr Sachlichkeit, Wirklichkeitsbezug und Zeitgemäßheit erkennen als in früheren Verlautbarungen, während in der ideologischen Tendenz Kontinuität gewahrt wurde: „Alter Wein in neuen Schläuchen“ lautete das Urteil der österreichischen Botschaft in Moskau (Dok. 41). Zehn Monate nach dem Amtsantritt von Gorbatschow erkannte die gleiche Mission, dass er ein ihm genehmes Zentralkomitee formen, die Mehrheit des Politbüros seine Politik tragen und seine dominierende Stellung in der Außenpolitik unumstritten sein würde, ihm in der Innenpolitik jedoch die Hände gebunden wären (Dok. 46, 53). Nichtsdestotrotz war eine stärkere Heranführung des sowjetischen Auswärtigen Dienstes an die neue Parteilinie erkennbar, was darauf hinauslief, die Außenpolitik auf die Einhaltung und Verwirklichung der Gorbatschow'schen Politik einzustellen, worauf die Präsenz von Parteisekretären in allen Abteilungen und Vertretungsbehörden in diese Richtung wies. Auch der KGB sollte stärker in die diplomatischen Auslandsaktivitäten eingebunden werden (Dok. 55).

Es bestand kein Zweifel mehr, dass Gorbatschows weltoffenes Auftreten westlichen Medien mehr als genehm war, nämlich sehr entgegenkam, doch bestanden aus Sicht der NATO-Staaten Zweifel an der Möglichkeit substantieller Konzessionen der Sowjetführung bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf. Gorbatschows Stufenplan zur Begrenzung der Nuklearstreitkräfte enthielt zwar neue Elemente im Bereich der europäischen Mittelstreckenraketen, doch waren die Verhandler der UdSSR noch nicht auf Linie des neuen Parteichefs, was auf Widerstände im sowjetischen Außen- und Verteidigungsministerium hindeutete. In NATO-Kreisen reifte dagegen die Überzeugung, dass das zukünftige sowjetische Sicherheitsbedürfnis immer weniger durch die mittelosteuropäischen „Bruderstaaten“ zu befriedigen sein würde als vielmehr durch einen globalen Interessenausgleich (Dok. 47).

Erkennbare Widerstände gegen den innenpolitischen Reform- und Wirtschaftskurs der neuen Sowjetführung äußerten sich in den Ausführungen Gorbatschows vor dem ZK-Plenum am 16. Juni 1986. Sein Appell an lokale Parteivertreter, größeren Einsatz bei der Umgestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft zu entwickeln, schien noch nicht zu fruchten. Beobachter vor Ort sahen in Gorbatschows Aufrufen ein Ergebnis steigender Frustration über die

Sabotage seiner Politik durch weite Kreise des Partei- und Staatsapparates (Dok. 61).

Im August 1986 beschwor Gorbatschow fast schon prophetisch unter Mobilisierung patriotischer Gefühle in der Erwartung, die Unterstützung orthodoxer Parteikader zu gewinnen, den Umstand, dass Erfolg oder Misserfolg seines Reformkurses von „schicksalhafter Bedeutung“ für die Sowjetunion seien. Das dahinterliegende Motiv bestand offenbar in der Sorge, dass bisher eine Qualitätsverbesserung der Produktion nicht eingetreten war, wie die österreichische Botschaft in Moskau konstatierte. Desto lauter Gorbatschows Rufe nach Umgestaltung ertönten, umso schweigsamer verhielten sich die Planwirtschaftsfunktionäre und -theoretiker. Gorbatschow sprach von einer Umgestaltung, die einer „Revolution“ gleichkäme, die jedoch unvollendet bleiben müsse, solange die Lösungen nur im Rahmen „unseres sozialistischen Systems“ erfolgten und nicht unter Anwendung westlicher Praktiken gefunden werden dürften (Dok. 68).

Wie Österreichs neuer Botschafter in Moskau, Herbert Grubmayr,²⁵ im Spätsommer 1986 analysierte, hatte sich nicht nur der politische Sprachgebrauch in der Sowjetunion mit „Umbau“ bzw. „Umgestaltung“ („Perestroika“)²⁶ und „Transparenz“ („Glasnost“)²⁷, sondern auch der politische Regierungsstil in der Sowjetunion verändert. Das machte sich auch an folgender Beobachtung fest: In einer Rede in Chabarowsk vom 31. Juli hatte Gorbatschow die „Perestroika“ mit einer „echten Revolution“ verglichen. Bei Reisen aufs Land praktizierte er nicht selten einen Dialog mit Leuten auf der Straße, den auch der neue Moskauer Parteichef Boris

²⁵ Herbert Grubmayr (* 16.6.1929 in Scheibbs), war von 1955 bis 1958 persönlicher Sekretär von Österreichs Botschafter Norbert Bischoff in Moskau, nahm an den Verhandlungen zum österreichischen Staatsvertrag 1955 teil, war von 1958 bis 1961 Sekretär von Bundeskanzler Julius Raab, von 1965 bis 1970 Botschaftssekretär in Mexiko-Stadt, von 1971 bis 1978 Botschafter in Bogotá und zeitgleich bei den Regierungen in Quito, Panama-Stadt und Port-au-Prince akkreditiert. Von 1979 bis 1983 war er Botschafter in Bagdad, von 1983 bis 1985 Botschafter in Damaskus und von 1985 bis 1990 Botschafter in Moskau. Am 9. Oktober 1990 wurde er zum Botschafter in Bonn ernannt, wo er vom 10. Oktober 1990 bis 23. Januar 1993 akkreditiert war. Er war stellvertretender Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und wurde 1994 in den Ruhestand versetzt. Von 1995 bis 1996 leitete er die OSZE-Mission in Estland. 1997 leitete er die OSZE-Präsenz in Albanien. 1998 war er Stellvertreter des Leiters der EU-Beobachter-Mission für den Balkan und Sonderbevollmächtigter für den EU-Vorsitz in Albanien.

²⁶ Michail Gorbatschow, *Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt*, München 1987; Anatoly Adamishin/Richard Schifter, *Human Rights, Perestroika, and the End of the Cold War*, Washington DC 2009; Archie Brown, *Perestroika and the end of the Cold War*, in: Steven Casey (Ed.), *The Cold War. Critical Concepts in Military, Strategic and Security Studies*, Vol. IV: From Détente to the End of the Cold War, London 2013, pp. 351-368.

²⁷ Michail Gorbatschow, *Glasnost. Das neue Denken*, Berlin 1989.²

Nikolajewitsch Jelzin als enger Vertrauter Gorbatschows erfolgreich betrieb. Das Mehr an Transparenz wirkte sich auch auf eine Öffnung der sowjetischen Presse bei der Debatte um die Privilegien der Nomenklatura wie auch in der laufenden kulturpolitischen Diskussion aus. Grubmayr kam nicht umhin, bei diesen Schlagwörtern aber lediglich eine neue Verpackung alter Inhalte zu erkennen, denn hinsichtlich der konkreten politischen Veränderungen war das Ergebnis wesentlich dürftiger. Immerhin hatten die neuen Ansätze für eine zaghafte Landwirtschaftsreform offenbar die persönliche Handschrift des früheren Agrarexperten Gorbatschow getragen. Grubmayr ortete bei ihm auch eine Neigung zu Disziplinierungsmaßnahmen als eine durchaus traditionelle russische Methode. „Transparenz“ diente ihm als Instrument des Kujonierens mittlerer Parteikader, während „Liberalität“ nicht als eine seiner herausragendsten Fähigkeiten erschien. Die Kampagne gegen den Alkoholismus erwies sich aber inzwischen allem Anschein nach als die bisher wirkungsvollste innenpolitische Aktion des KPdSU-Chefs (Dok. 73).

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit befand sich laut Grubmayr jedoch der Stand der Debatte um „Demokratie und Sozialismus“ (Dok. 74). Mit dem bildhaften Vergleich eines aus der Flasche gelassenen Geistes wurde Gorbatschows Politik der „Offenheit“ verglichen, wobei sich die Frage stellte, ob dieser Vorgang einem Spiel mit dem Feuer gleichkomme. An der Basis nutzte man inzwischen die sich bietenden Möglichkeiten der Politik der Offenheit während gleichzeitig beträchtliche Widerstände in den Kadern der Partei aber auch in Teilen der Gesellschaft vorhanden waren. Dabei wurde deutlich, dass die Frage von „Glasnost“ zu inhaltlichen Auffassungsunterschieden in verschiedenen Zeitungen beitrug wie auch bei politischen Meinungsdivergenzen instrumentalisiert werden konnte. Klarheit ergab sich, dass bei aller sichtbaren „Offenheit“ jene „Transparenz“ weiter unter voller Kontrolle der politischen Apparate stehen sollte. Die neuen Möglichkeiten von „Glasnost“ wurden durch die sowjetische Führung im Zuge des Gipfels von Reykjavík zwischen Gorbatschow und Reagan vom 11. bis 12. Oktober 1986²⁸ der internationalen Öffentlichkeit besonders deutlich vor Augen geführt. Gorbatschow hatte binnen 10 Tagen via TV dreimal je eine Stunde über sein Treffen mit Reagan berichtet. So exakt und zeitnah war die russische Öffentlichkeit bislang noch nie über den Ablauf und die Hintergründe internationaler Verhandlungen informiert worden (Dok. 79).

²⁸ Siehe hierzu: Jack F. Matlock Jr., *Reagan and Gorbachev. How the Cold War ended*, New York 2004; Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 2011.

So sehr Gorbatschow auf die Besonderheiten der einzelnen Warschauer Pakt-Mitglieder Bedacht nahm, so war dennoch sein Bestreben unverkennbar, dass sich alle Verbündeten, v.a. auch die widersetzlichen, in Fragen der Rüstungskontrolle auf einer Linie mit Moskau zu bewegen hätten. Der Beratende Ausschuss der Warschauer Vertragsorganisation sollte nach seinem Willen in Zukunft wieder zweimal pro Jahr zusammentreten. Gleichwohl für die poststalinistischen „Bruderstaaten“ allzu sensible Fragen der Weltanschauung nicht überstrapaziert werden sollten, galt laut Gorbatschows Ausführungen am 10. Parteitag der Polnischen Vereinten Arbeiterpartei (PVAP) vom 29. Juni bis 3. Juli 1986 nach wie vor die Breschnew-Doktrin (Dok. 62, 85, 90), wonach im Falle „konterrevolutionärer“ Vorkommnisse in verbündeten Staaten „Bruderhilfe“ zu erfolgen habe, was jedoch auch das Risiko bedeuten konnte, bündnisinterne Krisen zu verschärfen.²⁹

Im November 1986 gab es keine erkennbaren Anzeichen von Widerstand sowjetischer Militärs und des Rüstungsestablishments gegen Gorbatschows Innen- und Außenpolitik. Offenbar war es ihm gelungen, die militärische Führung in seine Abrüstungspolitik einzubinden. Seine Einstellung zur Armee und zum Krieg erschien im Unterschied zu jener von Leonid Breschnew nüchterner und realistischer (Dok. 80).

Im Jahre 1986 stand die Politik Gorbatschows nach wie vor im Mittelpunkt der diplomatischen Berichterstattung der westlichen Beobachter wie auch des österreichischen Botschafters. Es ging neuerlich u.a. um die Frage der Gültigkeit der Breschnew-Doktrin, wonach bei Gefährdung des Sozialismus mit einer Militärintervention zu antworten wäre, was entsprechende „konterrevolutionäre“ Tendenzen unterbinden sollte (Dok. 90).

Vom 27. bis 28. Januar 1987 fand die Plenartagung des ZK der KPdSU statt, bei der bereits die Reformen Gorbatschows kontrovers debattiert werden sollten und seinem politischen Kurs deutliche Grenzen aufgezeigt wurden (Dok. 93).

Unverkennbar war im Laufe des Jahres 1987 die voll entbrannte Diskussion über die Vergangenheit der Sowjetunion, vor allem die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus, wobei es einen geschichtspolitischen Neuanlauf hinsichtlich einer öffentlichen Kritik festzustellen galt (Dok. 94). Die innersowjetische Debatte über die Rolle Stalins und seine Verbrechen hielt dabei weiter an.³⁰ Es war für das Regime

²⁹ Mark Kramer, Die Sowjetunion, der Warschauer Pakt und blockinterne Krisen während der Brežnev-Ära, in: Torsten Diedrich/Winfried Heinemann/Christian F. Ostermann (Hrsg.), Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch: 1955 bis 1991 (Militärgeschichte der DDR 16), Berlin, 2009, S. 273-336.

³⁰ Siehe dazu auch Stephane Courtois/Nicolas Werth/Jean-Louis Panné/Andrzej Paczkowski/Karel Bartosek/Jean-Louis Margolin, The Black Book of Communism. Crimes, Terror, Repression, Cambridge/Mass. 1999.

eine Diskussion mit vielen politisch unkalkulierbaren Unbekannten (Dok. 107). Wieder stand die Erinnerung an die Geschichte Sowjetrusslands im Vordergrund, als Gorbatschow zum 70. Jahrestag der „Oktoberrevolution“, dem Putsch der Bolschewiki, im Herbst 1987 in einem Vortrag das Wort ergriff (Dok. 150).

Der Ballhausplatz war nicht nur an den innersowjetischen Verhältnissen, sondern naturgemäß auch an den bilateralen Beziehungen zu Moskau höchst interessiert, wie eine Unterredung des Außenministers und Vizekanzlers Alois Mock (ÖVP) mit dem sowjetischen Botschafter Valentin Falin belegt (Dok. 99).

Die sowjetische Außenpolitik unter Gorbatschow entwickelte sich in der zweiten Hälfte 1987 dergestalt, dass es offenkundig einen immer größeren außen- und innenpolitischen Handlungsspielraum für die sogenannten „Bruderstaaten“ geben sollte (Dok. 144). Der neue politische Kurs blieb nicht nur auf die Sowjetunion begrenzt, sondern zeigte alsbald auch relativ zeitnah mehr oder weniger starke Auswirkungen auf die übrigen Länder des Warschauer Paktes (Dok. 145). Die Haltung zu Gorbatschow und seiner Politik wurde zum Indikator für den Willen bzw. den Unwillen einer Reformbereitschaft der sozialistischen „Bruderstaaten“, wie sich im ersten Fall positiv am Beispiel Polens und Ungarns und im zweiten Fall gegenteilig bei der DDR und der ČSSR erweisen sollte.

Gegen Jahresende 1987 wurden in der Berichterstattung über die sowjetische Innenpolitik im Zusammenhang mit Gorbatschows Reformen sowohl die Spannungen als auch die Widersprüchlichkeiten zwischen „Perestroika“ und „Glasnost“ immer deutlicher (Dok. 158).

Ein einschneidendes Ereignis war die Unterzeichnung des Intermediate Nuclear Forces (INF)-Vertrages, der Vereinbarungen zwischen Reagan und Gorbatschow vorsah, eines Vertrags zwischen den USA und der UdSSR über die Beseitigung ihrer Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite, der am 8. Dezember 1987 unterzeichnet und seit 1. Juni 1988 in Kraft treten sollte.³¹ Gleichwohl diese Regelungen auf die bilateralen Beziehungen zwischen Moskau und Washington beschränkt waren, blieben sie nicht folgenlos für die amerikanische und die sowjetische Westeuropapolitik und zogen auch entsprechende Veränderungen auf Seiten ihrer Verbündeten westlich und östlich des Eisernen Vorhangs nach sich (Dok. 171).

Im ZK der KPdSU wurden am 17. und 18. Februar 1988 Gegensätze zwischen Parteichef Gorbatschow und dem Politbüromitglied Ligatschow

³¹ Marilena Gala, Fromto SDI. How Helsinki reshaped the transatlantic dimension of European security, in: Leopoldo Nuti (Ed.), *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev 1975-1985* (Cold War history 23), London 2009, pp. 111-123; Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Eds.), *The Treaty of 1987. A Reappraisal*, Göttingen 2020.

offenkundig. Während Gorbatschow weiter über die „Umgestaltung“ sprach, kritisierte Ligatschow die seiner Ansicht nach viel zu weitgehende „Liberalisierung der sowjetischen Gesellschaft“. Die österreichische Botschaft Moskau empfand es als „ungewöhnlich“, dass zwei parteipolitische Spitzenvertreter in zwei Hauptvorträgen derart offen „deutlich divergierende Schwerpunkte“ setzten. Das Verhältnis der verschiedenen Nationalitäten im russischen Vielvölkerreich war der Hauptgegenstand in Gorbatschows Rede, während Ligatschow und KGB-Chef Wiktor Tschebrikow spontan ablehnend darauf reagierten, zumal sie schon im Herbst 1987 nach Demonstrationen im Baltikum „vor Auswüchsen“ der Demokratisierungspolitik Gorbatschows gewarnt hatten (Dok. 172).³²

Mehr und mehr wurden die gesellschaftlichen und innersowjetischen Probleme im Zusammenhang mit den Minderheitenfragen im multiethnischen Sowjetimperium offenkundig. Es fragte sich die österreichische Botschaft in Moskau, ob die Nationalitätenproblematik einerseits eine Bedrohung, andererseits aber auch eine Perspektive für Gorbatschows Reformen sein konnte (Dok. 178).

Jahrzehntelang galt in der Sowjetunion der Grundsatz von Wladimir Iljitsch Lenin, dass die nationalen Fragen der verschiedenen Ethnien durch „Selbstbestimmung“ als gelöst zu betrachten seien. Die österreichische Vertretung in Moskau erkannte jedoch zutreffend, dass die Nationalitätenproblematik in der UdSSR eines der Hauptprobleme der Regierung Gorbatschow sein würde, wobei immer noch offen war, ob es sich um eine Gefahr oder vielleicht doch um eine Chance für die Sowjetunion und ihre Reformen handeln würde. Die These Stalins, wonach die Angehörigen der Völker der UdSSR allmählich zu „Sowjetmenschen“ verschmelzen würden, war nicht Wirklichkeit geworden. Allzu weitgehende autonomiepolitische Zugeständnisse gegenüber einer Nationalität konnten die Gefahr in sich bergen, eine Lawine von Forderungen anderer Völkerschaften loszutreten und die Erfüllung von Einzelanliegen zudem die Interessen anderer Nationalitäten zu beeinträchtigen. Gorbatschow war sich dieses, sein Reich schwer belastendes Dilemmas sehr bewusst, nämlich, dass eine Lösung der in der UdSSR bestehenden Fragen der Nationalitäten unausweichlich sein würde und darüber hinaus die Unterdrückung ihrer berechtigten Forderungen für die Stabilität des Vielvölkerreiches im Vergleich zu demokratischen Lösungsversuchen noch „viel bedrohlicher“ sein konnten (Dok. 178, 184).

Die Bilanz der bisherigen Regierung des seit 1985 agierenden Generalsekretärs nach drei Jahren Amtszeit, die im Frühjahr 1988 gezogen

³² Siehe hierzu Gerhard Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinistischen Gesellschaft, Baden-Baden 1986; Andreas Kappeler, Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung – Geschichte – Zerfall, München 1992.

werden konnte, deutete nicht auf einen Durchbruch seiner Transparenz- und Umgestaltungspolitik hin (Dok. 181). Im März wurde in Wien das Zwischenergebnis zusammengefasst: Die Wirtschaftsreformmaßnahmen würden zwar oft im Geiste der „Perestroika“ beschworen, die verordneten Maßnahmen aber einer „hemmenden Administrierung“ und einer „zunehmenden Bürokratisierung“ unterliegen. Das Verhalten der mittleren Ministerial- und Planungsbürokratie wurde als ein „retardisierendes Element“ interpretiert. Hinzu kamen die Verschärfung der Nationalitätenproblematik und die offene Frage der Praxis einer größeren „sozialistischen Demokratie“, die sich nicht über das „Stadium von Denkmodellen oder Ankündigungen“ hinaus weiterentwickelt hatte. Auf dem Gebiet der Außenpolitik wurden hingegen die am deutlichsten erkennbaren Erfolge Gorbatschows verzeichnet. Die neue Qualität kam durch die zum Abschluss tendierenden Verhandlungen der KSZE,³³ die Verifikation durch den INF-Vertrag³⁴ betreffend den Abbau nuklearer Mittelstreckensysteme³⁵ sowie die Initiativen zum Strategic Arms Reduction Treaty (START) zur Verringerung strategischer Waffen zum Ausdruck (Dok. 184).

Gorbatschow besuchte vom 14. bis 18. März 1988 Jugoslawien, was von der österreichischen Diplomatie aufmerksam beobachtet wurde. Nach dem Besuch Breschnews in Belgrad am 11. November 1976 und den Gegenbesuchen Titos in Moskau am 18. August 1977 und am 18. Mai 1979 hatte am 8. Mai 1980 Breschnew am Begräbnis von Josip Broz Tito in Belgrad teilgenommen. Nach der Visite des jugoslawischen Parteichefs Milanko Renovica in Moskau am 10. Dezember 1986 folgte der Besuch des KPdSU-Generalsekretärs im März 1988 in Belgrad. Ausgehend vom historischen Besuch von Nikolai Bulganin und Nikita S. Chruschtschow in Belgrad vom 27. Mai bis 2. Juni 1955 mit dem Ziel einer Verständigung mit Tito nach dessen Bruch mit Stalin 1948 waren ursprünglich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien auf eine neue Grundlage gestellt und nach außen als „strategisches Bündnis“ dargestellt worden. Das hervorstechende Ereignis der Visite Gorbatschows in Belgrad war eine gemeinsame Erklärung über die beiderseitigen Beziehungen wie auch das Verhältnis der KPdSU zum

³³ Thomas Fischer, *Keeping the Process alive. The N+N and the CSCE Follow-Up from Helsinki to Vienna (1975-1986)*, Zürich 2012; Andrea Brait/Michael Gehler, *The CSCE Vienna Follow-up Meeting and Alois Mock, 1986-1989*, in: Michael Gehler/Piotr H. Kosicki/Helmut Wohnout (Eds.), *Christian Democracy and the Fall of Communism (Civitas series 1)*, Leuven 2019, pp. 75-91.

³⁴ Wilfried Loth, *Ost-West-Konflikt und deutsche Frage*, München 1989, S. 196-214, hier S. 202.

³⁵ Beth A. Fischer, *Nuclear Abolitionism, the Strategic Defense Initiative, and the 1987 Intermediate Nuclear Forces Treaty*, in: Gassert/Geiger/Wentker (Eds.), *The Treaty of 1987*, pp. 43-53.

Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BKJ). Am Ballhausplatz fand man es bemerkenswert, dass die Blockfreien-Bewegung nunmehr vom Kreml als „ein unabhängiger und globaler Faktor“ anerkannt wurde, der die internationale Zusammenarbeit erweitern und zur Überwindung vorhandener Grenzen, Rivalitäten und Streitigkeiten beitragen würde. Dies war eine Veränderung der bisherigen sowjetischen Position gegenüber den N+N-Staaten und die Abkehr von der traditionellen These, dass die UdSSR ein „natürlicher Verbündeter der Blockfreien“ sei (Dok. 182).³⁶

In Belgrad stellte man sich die Frage, ob der von Gorbatschow seit 1985 verwendete Begriff „gemeinsames Haus Europa“³⁷ verwendet bzw. übernommen werden sollte, zumal dies keine jugoslawische Schöpfung und noch völlig unklar war, welchen Inhalt und welche Struktur, vor allem aber welche Ziele Moskau damit verbinden würde. Aus diesen Gründen hatte man in Belgrad den Wunsch der Sowjets abgelehnt, anlässlich des Gorbatschow-Besuchs diesen Begriff in die gemeinsame jugoslawisch-sowjetische Erklärung aufzunehmen. Demgegenüber kamen die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des Gorbatschow-Konzeptes der jugoslawischen Interessenlage wohl am weitesten entgegen. An der westeuropäischen Wirtschaftsintegration wollte man teilhaben, aber ebenso Möglichkeiten für Joint Ventures westlicher Firmen verstärken und den Abbau von COCOM-Restriktionen einleiten (Dok. 223).

Einer der besten Beobachter und Berichterstatter der Entwicklungen in Moskau war Botschafter Grubmayr, der nach wie vor in der Nationalitätenproblematik das größte Problem für den Gorbatschow'schen Reformkurs erblickte. Es war laut Grubmayrs Ansicht nicht „ewig möglich“, den Versuch aufrechtzuhalten, „den Deckel fest auf dem brodelnden Kochtopf des Nationalitätenproblems zu halten“, ergab sich doch hieraus ein „nicht

³⁶ Hanspeter Neuhold/Stefan Lehne, The Role of the Neutral and Non-Aligned Countries at the Vienna Meeting, in: Arie Bloed/Pieter van Dijk (Eds.), The Human Dimension of the Helsinki Process, Dordrecht – Boston – Norwell 1991, pp. 30-53; siehe dazu generell: Jürgen Dinkel, Die Bewegung bündnisfreier Staaten. Genese, Organisation und Politik (1927-1992), Berlin 2015, S. 243-269.

³⁷ Siehe hierzu auch Michail Gorbatschow, Das gemeinsame Haus Europa und die Zukunft der Perestroika, Düsseldorf – Wien – New York 1989, als kritische Reflexion dazu siehe Hans Modrow, Die Perestroika wie ich sie sehe. Persönliche Erinnerungen und Analysen eines Jahrzehntes, das die Welt veränderte, Berlin 2. korrigierte Auflage 1998; Andrei Grachev, From the common European home to European confederation. François Mitterrand and Mikhail Gorbachev in search of the road to a greater Europe, in: Frédéric Bozo/Marie-Pierre Rey/Piers N. Ludlow/Leopoldo Nuti (Eds.), Europe and the End of the Cold War. A reappraisal (Cold war history series), London – New York 2009, pp. 207-219; Klaus Gestwa, Von der Perestroika zur Katastroika – Michail Gorbatschow und der Zerfall des Sowjetimperiums (Teil 1), in: *Einsichten und Perspektiven* 1/2016, S. 16-33, (Teil 2), in: *Einsichten und Perspektiven* 2/2016, S. 4-25.

ungefährlicher kumulativer Prozess“, verbunden mit Schwierigkeiten, die den wirtschaftlich-technischen und organisatorischen Umgestaltungsprozess noch weiter belasten würden. Jeder Vielvölkerstaat, auch die UdSSR, bedürfe Korsettstangen, welche „das Imperium zusammenzuhalten“ haben würden, was, so Grubmayr, in der österreichisch-ungarischen Monarchie die Armee sowie die Beamtenschaft und die deutsche Sprache für die cisleitanische Reichshälfte gewesen seien. Grubmayr hatte vor allem Armenien und das strittige Gebiet Nagorny-Karabach im Blick, aber auch die nicht unerhebliche Frontstellung zwischen Armenien und der Türkei. Er wollte nicht den Teufel an die Wand malen, aber unzweifelhaft stand für ihn fest, dass die Probleme des sowjetischen Vielvölkerstaates eine „zusätzliche Belastungsprobe für das Erneuerungsexperiment darstellen, welche die Erfolgsaussichten des Globalzieles der Umgestaltung nach dem jetzigen Stand eher negativ als positiv beeinflusst“ (Dok. 184).³⁸

Im April berichteten Grubmayr und sein Vertreter Martin Vukovich³⁹ aus Moskau, dass nach Abwehr eines konservativen Putschversuches unter Ligatschow neue Chancen für Gorbatschows Reformprogramm gegeben seien, deren Aussichten jedoch erneut als fraglich interpretiert wurden. Die schwindende Widerstandskraft der nun schweigenden Reformgegner, die man in der Parteibürokratie vermutete und dort über eine Mehrheit zu verfügen schien, ließen die Aussichten für einen Reformschub mit Blick auf die 19. Parteikonferenz wieder steigen (Dok. 188).

Die österreichische Botschaft in Bonn befasste sich ausgehend von den Diskussionen über das von Gorbatschow aufgebrachte Thema eines „gemeinsamen Hauses Europa“ mit den damit zusammenhängenden Implikationen. Während sich von bundesdeutscher Seite der Begriff „europäische Friedensordnung“ als terminologisches Alternativkonstrukt

³⁸ Zur Erosion des sowjetischen Imperiums: Hannes Adomeit, *Imperial Overstretch. Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev*, Baden-Baden 1998; David Satter, *Age of Delirium. The Decline and Fall of the Soviet Union*, New York 2001; Helmut Altrichter, *Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums*, München 2009, S. 307-388.

³⁹ Martin Vukovich (* 20.10.1944 in Eisenstadt), war an der österreichischen Botschaft in Moskau von 1971 bis 1976 Presse- und Politikreferent, 1976 erster Sekretär der österreichischen Botschaft in Kopenhagen, ab 1978 stellvertretender Leiter der Abteilung für europäische Wirtschaftsintegration im Außenministerium, ab 1982 Ministerberater an der österreichischen Botschaft in Washington, D.C, von 1985 bis 1989 bevollmächtigter Minister und stellvertretender Missionschef in Moskau, von 1989 bis 1995 Leiter der Abteilung für die KSZE und gleichzeitig Ständiger Vertreter Österreichs bei der KSZE mit dem Titel eines Botschafters, von 1995 bis 1999 Botschafter in Japan, von 1999 bis 2003 Direktor für internationale Sicherheitsangelegenheiten und gleichzeitig stellvertretender politischer Direktor im österreichischen Außenministerium, von 2001 bis 2003 Mitglied des österreichischen Nationalen Sicherheitsrates, von 2003 bis 2009 österreichischer Botschafter in der Russischen Föderation und seit 2009 tätig für den Think Tank „Dialog-Europa-Russland“.

anzubieten schien, um der Sowjetunion nicht das Begriffsprägungsmonopol zu überlassen, erschien Wolfgang Loibl⁴⁰ das „gemeinsame Haus Europa“⁴¹ als einprägsamere Metapher besonders ergiebig, weil sie sowohl „Geborgenheit suggerierte wie geheimnisvoll-unbestimmt blieb und damit Jedermann die Gelegenheit zu eigenen Spekulationen und zum Gespräch darüber“ bot. Fest stand nach den Eindrücken Loibls, dass an eine „Wiedervereinigung Deutschlands“ nicht gedacht war, dass diese weder in Bonn auf der Tagesordnung stand, noch ein derartiges Anliegen war, wie auch die Auflösung der Blöcke nicht vorstellbar schien, geschweige denn intendiert sein sollte (Dok. 196).

Schon im Vorfeld der am 30. Juni 1988 stattfindenden XIX. KPdSU-Konferenz wurde für ausländische Beobachter in Moskau erkennbar, dass sich die innerparteilichen Fronten wieder aufs Neue formierten und mehr und mehr verhärteten (Dok. 199). Nach dem Moskauer Pressekrieg, wie er schon seit Monaten tobte, waren die Richtungskämpfe innerhalb der Partei zwischen „Fortschrittlichen“ und „Konservativen“ voll im Gange. Letztere waren laut der österreichischen Botschaft „keineswegs von der Bildfläche verschwunden“, wenn auch ihre Stimmen in den sowjetischen Medien kaum noch zu vernehmen“ waren. Der überwiegend konservative mittlere Parteiparat hielt, so Grubmayr, noch den entscheidenden Hebel in Händen, wie die Wahlen der Delegierten zur Parteikonferenz verdeutlicht hatten (Dok. 199).

In der Bewertung des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens vom 29. Mai bis 3. Juni 1988 in Moskau durch den Ballhausplatz war erkennbar, dass die Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA auf höchster Ebene ein kaum mehr aufzuhaltender Prozess war und der damit in Zusammenhang stehende Dialog ohne Unterbrechung seitens der US-

⁴⁰ Wolfgang Loibl (* 31.10.1941 in Wien), von 1966 bis 1969 im Außenministerium, Sektion IV/Abteilung IV.2: Pass, Visa Staatsbürgerschaft, von 1969 bis 1973 an der Botschaft Rom als 3. Sekretär; von 1973 bis 1977 an der Botschaft Berlin-Ost/DDR als Botschaftsrat, von 1977 bis 1981 im Außenministerium, Politische Sektion II/Abteilung II.7 KSZE, Rüstungskontrolle; von 1981 bis 1986 an der Botschaft Stockholm, Gesandter-Botschaftsrat, zeitgleich auch von 1984 bis 1986 im Rahmen der Stockholmer Konferenz (KVAE), Botschafter; von 1986 bis 1990 an der Botschaft Bonn, Gesandter; von 1990 bis 1991 im Außenministerium, Leiter Abteilung I.8 Sicherheitsangelegenheiten; von 1991 bis 2003 im Außenministerium, Kabinettschef; von 2003 bis 2006 im Außenministerium, Leiter Administrative Sektion VI. Freundschaftliche Auskunft von Ministerialrat i.R. Dr. Gottfried Loibl, 9.1.2022.

⁴¹ Zu dieser Frage siehe Marie-Pierre Rey, *Europe is our Common Home, A Study of Gorbachev's Diplomatic Concept*, in: *Cold War History* 4 (2004), 2, pp. 33-66; Idem, *Gorbachev et la Maison commune européenne, une opportunité manquée?*, in: *La Lettre de l'Institut François Mitterrand* (2007), 19, pp. 12-17; Deborah Cuccia, *The Common European Home: The Soviet Prescription for Reshaping Europe*, in: Gehler/Loth (Eds.), *Reshaping Europe*, pp. 443-459.

Administration weitergeführt werden würde. Folglich ergab sich eine erkennbare Imageverbesserung für beide Supermächte und ihre Repräsentanten. Die damit verbundenen Public Relations-Zuwächse für Gorbatschow waren in den amerikanischen Medien unübersehbar. Er konnte auf der Haben-Seite seiner eigenen Bevölkerung gegenüber ein beeindruckendes Auftreten und, wie die österreichische Diplomatie festhielt, auch eine „klare Überlegenheit über den 20 Jahre älteren Reagan sowie die nunmehr auch erfolgte deutliche öffentliche Anerkennung seines Reformkurses seitens des amerikanischen Präsidenten verbuchen“ (Dok. 200).

Der Einfluss von „Perestroika“ auf die sowjetische Außenpolitik und die KSZE-Diplomatie⁴² wurde am Ballhausplatz nach einem Bericht vom 14. Juni 1988 durchaus positiv gesehen. Eine nüchterne, pragmatische und wenig floskelhafte Sprache sei ihr Ausdruck. Schlagworte wie das „gemeinsame europäische Haus“, die „Stärkung der Rolle des Sozialismus in den internationalen Beziehungen“ und „Interessenausgleich“ würden zwar verwendet, aber nicht näher erläutert. Deutlich wurde Kritik an der sowjetischen Außenpolitik der Vergangenheit artikuliert. Insgesamt bemühe sich Moskau, die UdSSR als vertrauenswürdigen und berechenbaren Partner in den internationalen Beziehungen darzustellen, um ein möglichst positives und weltoffenes Image zu demonstrieren (Dok. 202).

Um von den weiterhin bestehenden erheblichen innenpolitischen Problemen abzulenken, kam Gorbatschow in den Jahren 1987/88 wiederholt auf seine außenpolitische Konzeption des „gemeinsamen europäischen Hauses“ zu sprechen, um die sowjetischen Vorstellungen von der Zukunft Europas und das Erfordernis einer europäischen Einbindung der UdSSR entsprechend zu verdeutlichen (Dok. 204).

Die Formel mit dem bildhaften Vergleich vom „gemeinsamen europäischen Haus“ war vom KPdSU-Generalsekretär schon anlässlich seines Besuchs in Frankreich und in seiner Rede in Paris am 3. Oktober 1985 geprägt worden. Das dahinter stehende Konzept hatte er in seinem im Herbst 1987 publizierten Buch „Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt“ im sechsten Kapitel umrissartig skizziert (Dok. 204).⁴³

⁴² Siehe zu den innersowjetischen Implikationen: Yuliya von Saal, KSZE-Prozess und Perestroika in der Sowjetunion. Demokratisierung, Werteumbbruch und Auflösung 1985-1991 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 100), München 2014.

⁴³ Michail Gorbatschow, Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Berlin 1987; Ders., Glasnost. Das neue Denken, Berlin 1989; William E. Odom, The Sources of „New Thinking“ in Soviet Politics, in: Olav Njølstad (Ed.), The last decade of the Cold War. From conflict escalation to conflict transformation (Cass series – Cold War history 5), Portland 2004, pp. 135-158; Jacques Lévesque, The Messianic Character of „New Thinking“. Why and What for?, in: Olav Njølstad (Ed.), The last decade of the Cold War. From conflict escalation to conflict transformation (Cass series – Cold War history 5), Portland 2004,

Auf militärischem Gebiet sah es ein atomwaffenfreies Europa und nur auf Verteidigungszwecke hin ausgerichtete konventionelle Militärkapazitäten vor. Auf wirtschaftlich-technischem Gebiet trat Gorbatschow für eine gesamteuropäische Kooperation ein. Zu Menschenrechten und humanitären Fragen⁴⁴ nahm er nur allgemein Stellung. Es war von 33 bis 35 Staaten die Rede, wobei offen war, ob auch die Vereinigten Staaten und Kanada als „Mitbewohner“ des „Hauses“ dazu zählten bzw. ob sie entbehrlich wären. Eine weitere Abschottung zwischen den EG und dem RGW würde ein Störfaktor für die gesamteuropäische Zusammenarbeit sein. Der Deutschlandexperte des ZK-Sekretariats der KPdSU, Nikolaj Portugalow, betonte in einer Veröffentlichung die „Entideologisierung der sowjetischen Außenpolitik“, die mit dem Ziel verbunden sei, auf allen Gebieten eine weitgehende Vereinbarkeit zwischen europäischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen herbeizuführen. Ein „Neues Denken“ in der Sowjetunion habe für die Überwindung der „nihilistischen Einstellung“ der sowjetischen Politik- und Geschichtswissenschaft zum Europagedanken geführt, argumentierte der Direktor des Instituts für allgemeine Geschichte der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Alexandr O. Tschubarjan (Dok. 205).

Im Mai 1988 ereigneten sich einmal mehr politisch und ökonomisch motivierte Unruhen in Polen, die es einerseits angezeigt erscheinen ließen, die wirtschaftlichen Reformbemühungen der Regierung zu verstärken (Dok. 206), andererseits aber auch die Brüchigkeit des sowjetischen Satelliten-Imperiums und die Fraglichkeit seiner Kohäsionsfähigkeit verdeutlichten. Umso mehr schien es notwendiger denn je, nicht nur von einem „gemeinsamen Haus Europa“ zu sprechen, sondern es auch zu bauen, um damit zum Zusammenhalt des großrussischen bzw. sowjetischen Reiches beizutragen.

Das von Gorbatschow lancierte Bild wurde besonders in politischen Kreisen der Bundesrepublik Deutschland weiterhin rege diskutiert. Offensichtlich gab es unterschiedliche Einschätzungen. So blieb noch für eine längere Zeit die grundsätzliche Frage offen, was Gorbatschow mit dieser Vorstellung eigentlich bezweckte. War es ein ernstgemeinter und konstruktiver Beitrag der Sowjetunion oder nur ein Versuch, um die Vereinigten Staaten von Amerika aus Europa hinauszudrängen bzw. am Ende

pp. 159-176; Marie-Pierre Rey, Gorbachev's New Thinking and Europe (1985-1989), in: Bozo, et al. (Eds.), *Europe and the End of the Cold War*, pp. 23-35; Andrei Grachev, Gorbachev and the 'New Political Thinking,' in: Wolfgang Mueller/Michael Gehler/Arnold Suppan (Eds.), *The Revolutions of 1989. A Handbook* (Internationale Geschichte 2), Wien 2015, pp. 33-46.

⁴⁴ Siehe hierzu Jeremi Suri, *Détente and human rights. American and West European perspectives on international change*, in: Steven Casey (Ed.), *The Cold War. Critical Concepts in Military, Strategic and Security Studies*, Vol. IV: From Détente to the End of the Cold War, London 2013, pp. 139-159.

vielleicht sogar eine Entwicklung zu provozieren, die gar nicht gewollt war und ein unvorhersehbares politisches Eigenleben zur Umgestaltung Europas auslösen würde? (Dok. 209)

Aus einem Bericht der österreichischen Botschaft in Moskau über die 19. Allunionskonferenz der KPdSU vom 28. Juni bis zum 1. Juli 1988, der den Verlauf und die Ergebnisse sowie eine Zusammenfassung und Wertung enthielt, wurde für den Ballhausplatz erkennbar, dass Gorbatschow als ein „Mann der ‚vernünftigen Mitte‘“ galt, dessen Position gefestigt erschien und die vielfach argwöhnische Gruppe konservativer Parteikreise und Bremser seiner Reformpolitik keine alternative Integrationsfigur aufzubieten vermochte. Die geplante Einführung des Präsidialsystems, die mit einem Machtzuwachs Gorbatschows verbunden sein sollte, stellte im Sinne einer Zusammenlegung der Funktion des Staats- und Parteichefs eine Art Hilfskonstruktion dar. Gorbatschows ursprünglichen Erwartungen zufolge hatte die Parteikonferenz keine personellen Veränderungen im ZK vorgenommen. Die Machtkonstellation an der Spitze blieb somit unverändert, gleichwohl der Generalsekretär bemüht sein musste, durch Ausgleich, Besänftigung aber auch Rücksichtnahme auf Widersacher nur so seinen Kurs einigermaßen fortführen zu können (Dok. 212 sowie auch Dok. 219).

In einem ausführlichen Bericht über die XIX. Parteikonferenz vom 30. Juni 1988 und den Fortgang der „Perestroika“ in der Sowjetunion berichtete Grubmayr am 13. Juli, dass große Teile der russischen Bevölkerung mit der Wirtschaftsreform Gorbatschows nicht wirklich mitgehen, solange damit nicht für sie auch Vorteile verbunden sein würden. Die Lebensmittelversorgung und das Konsumgüterangebot waren seit der Amtszeit Gorbatschows nicht reichhaltiger geworden. Im Gegenteil: es gab auf gewissen Sektoren größere Engpässe, wie z.B. bei Fleisch und Zucker. Der „kleine Mann auf der Straße“ verband mit der „Perestroika“ vor allem Angst vor Preiserhöhungen. Gorbatschow und seine Anhänger würden in der kommenden Zeit immer wieder vor die Alternative gestellt, wie weit sie einer fortgesetzten Dominanz bestehender politischer Machtverhältnisse oder einer materiellen Besserstellung der Bevölkerung den Vorzug geben sollten, ob sie also mehr sowjetische Herrschaftsform oder mehr technologischen Fortschritt haben wollten. Gleichwohl die Machtstellung des KGB trotz der neuen Umstände ungebrochen war, hatte es gewisse Erleichterungen in der Gesellschaft gegeben (Dok. 213), aber die sozioökonomischen Verhältnisse sollten sich nicht spürbar verbessern.⁴⁵

⁴⁵ Siehe hierzu auch Walter D. Connor, Soviet society, public attitudes, and the perils of Gorbachev's reforms. The social context of the end of the USSR, in: Casey (Ed.), *The Cold War*, Vol. IV: From Détente to the End of the Cold War, pp. 369-404.

Trotz verschiedener Ausführungen und Erklärungen durch Gorbatschow blieb der Begriff des „gemeinsamen europäischen Hauses“ unbestimmt. Dieses Gedankengebäude schien nicht viel mehr als eine Vision oder Utopie, wie der politische Direktor am Ballhausplatz, Ernst Sucharipa,⁴⁶ in einer Analyse im August 1988 ausführte. Auffälligste Widersprüche und Ungereimtheiten waren seiner Auffassung nach dreierlei: Erstens die sowjetische Absicht, eine Abkoppelung Westeuropas von den USA nicht betreiben zu wollen, wobei sich die Frage stellte, ob der asiatische Teil der Sowjetunion wirklich vernachlässigt werden könne, gleichwohl die Bindungen Westeuropas an Nordamerika in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren entbehrlich sein könnten. Zweitens die Festschreibung des gebietsmäßigen und politischen Status quo in Europa, wobei die deutsche Frage ausgeklammert, gleichzeitig aber behauptet wurde, man könne „über alles sprechen“. Drittens schien dieses „gemeinsame europäische Haus“ als „scheinbar fertiges Konzept und allgemein verständlicher Begriff“ der Aufforderung an alle KSZE-Staaten entgegenzustehen, Ideen einzubringen, um das Haus noch zu errichten. Laut Sucharipa eignete sich der Begriff aber durchaus aus westlicher Sicht dazu, eigene Anliegen einzubringen, vor allem Forderungen im humanitären und sicherheitspolitischen Bereich zu formulieren. Österreich selbst könne sich bei den sich bietenden Gelegenheiten jedenfalls „involvieren“ (einbringen), den positiven Grundcharakter des Begriffs betonen und unterstreichen, dass „eine umfassende und weitherzige Verwirklichung und Anwendung der Prinzipien der KSZE-Schlussakte die vorläufig beste Gewähr für die Verstärkung der europäischen Gemeinsamkeiten bieten würde“ (Dok. 227).⁴⁷

⁴⁶ Ernst Sucharipa (* 24.7.1947 in Wien, † 20.6.2005, war von 1976 bis 1980 der Ständigen Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York zugeteilt, von 1980 bis 1983 an der österreichischen Botschaft in Ost-Berlin, 1984/85 stellvertretender Kabinettschef von Außenminister Leopold Gratz, 1985/86 sein Kabinettsleiter, ab 1987 Leiter der Ostabteilung des österreichischen Außenministeriums, von 1990 bis 1993 Leiter der Politischen Sektion, 1993 UNO-Botschafter, 1994 Vizepräsident der UN-Generalversammlung und 1995 Kovorsitzender der Arbeitsgruppe zur Finanzlage der Vereinten Nationen. Sucharipa war Sonderbotschafter für Restitutionsfragen 2000/01, die im Washingtoner Abkommen verhandelt und abgeschlossen werden konnten, auf dessen Grundlage der Allgemeine Entschädigungsfonds errichtet wurde. 2004 war Sucharipa noch als Botschafter für das Vereinigte Königreich designiert worden, siehe auch Ernst Sucharipa, Österreichs aktive Ostpolitik, in: *Europäische Rundschau* 19 (1991), 4, S. 135-138.

⁴⁷ Zu diesem Themenkomplex existiert reichhaltige Literatur und Material: Vojtech Mastny (Ed.), *The Helsinki process and the reintegration of Europe, 1986-1991. Analysis and Documentation*, New York 1992; Wilfried Loth, *Helsinki*, 1. August 1975. *Entspannung und Abrüstung (20 Tage im 20. Jahrhundert)*, München 1998, S. 232-278; Thomas Fischer, *Neutral Power in the CSCE. The N+N States and the Making of the Helsinki Accords 1975* (Wiener Schriften zur internationalen Politik 12), Baden-Baden 2009, pp. 357-375; Leopoldo Nuti (Ed.), *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev. 1975-1985* (Cold War History

In Frankreich hielt man die Gorbatschow'sche Idee eines „gemeinsamen Hauses Europa“ für „gefährlich“, wie ein Bericht von Botschafter Wolfgang Schallenberg⁴⁸ aus Paris vom 12. August 1988 unterstrich. Diese Idee spiegelte die Illusion wider, „dass in Europa alles in Ordnung sei und alle Probleme geregelt“ seien. Tatsächlich sei der politische Status quo am Kontinent unbefriedigend. Weiterhin bestehe die Mauer in Berlin. Die osteuropäischen Länder seien von Regimen angeführt, die von den Bevölkerungen abgelehnt würden. Man ziehe daher in Frankreich einen Begriff wie „gemeinsame solidarische Zukunft Europas“ vor. Intensive Debatten fanden über dieses Thema auch zwischen London und Paris statt. Der bundesdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher war der Auffassung, man solle den von Gorbatschow geprägten Begriff beibehalten, jedoch nach den westlichen Vorstellungen ausgestalten. So hatte sich Genscher auch beim Wiener KSZE-Folgetreffen vernehmen lassen. In Paris war man hingegen der Auffassung, man müsse für die Zukunft des Kontinents ein anderes Bild kreieren, denn der von Gorbatschow stammende Begriff würde Illusionen wecken und existierende Probleme ausklammern. Nach Schallenbergs Auffassung war von Gorbatschows Seite die Ausschaltung der Vereinigten Staaten nicht intendiert. Der beste Hinweis auf seine Absichten sei, dass er im Zusammenhang mit seinem Vorschlag einer europäischen Gipfelkonferenz präzisierte, dabei auch die USA einzuschließen (Dok. 228).

Innerhalb der KPdSU spitzten sich inzwischen die Auffassungsunterschiede auch für die Öffentlichkeit wahrnehmbar zu. (Dok. 232). In einem ausführlichen Bericht der österreichischen Botschaft in Moskau berichtete Vukovich detailliert über den Interpretationsstreit zwischen Jegor Ligatschow und Alexander Jakowlew zu den Reformbeschlüssen der Allunionskonferenz. Ligatschow sprach sich sowohl gegen die Idee eines Mehrparteiensystems als auch gegen die Zulassung einer politischen Opposition aus. Die KPdSU sei regierende Partei, die auch bei

23), London 2009; Angela Romano, *From Détente in Europe to European Détente. How the West shaped the Helsinki CSCE (Euroclio 44)*, Bruxelles – New York 2009, Sarah B. Snyder, *Human rights activism and the end of the Cold War. A transnational history of the Helsinki network (Human rights in history)*, New York 2011; Michael Cotey Morgan, *The Final Act. The Helsinki Accords and the Transformation of the Cold War*, Princeton – Oxford 2018; Daniel C. Thomas, *The Helsinki effect. International Norms, Human Rights, and the Demise of Communism*, Princeton/New Jersey 2001.

⁴⁸ Wolfgang Schallenberg (* 3.6.1930 in Prag), war von 1964 bis 1965 diplomatischer Vertreter in Caracas, Botschafter von 1974 bis 1978 in Neu-Delhi, von 1978 bis 1982 in Madrid, von 1982 bis 1988 in der Zentrale für Kultur zuständig, von 1988 bis 1992 Botschafter in Paris und von 1992 bis 1996 Generalsekretär des Österreichischen Außenministeriums, zuletzt Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen sowie deren Ehrenpräsident. Sein Sohn Alexander war Außenminister (2019-2021), Kurzzeit-Bundeskanzler (2021) und ist ab 2021 wieder Außenminister.

Stärkung der Sowjets nicht auf ihre führende Rolle verzichten sollte. „Sozialistischen Pluralismus“ interpretierte Ligatschow dahingehend, dass Debatten und Meinungspluralitäten nur so lange zulässig seien, bis die Partei einen Beschluss gefasst habe. Er berief sich hierbei wiederholt auf Lenin. Die ideologische Stütze im Politbüro, der enge Berater von Gorbatschow und Initiator seiner Reformpolitik, Jakowlew, verstand im Unterschied zu Ligatschow unter dem Begriff „sozialistischer Pluralismus“ einen „Meinungspluralismus“. Die sowjetische Gesellschaft habe, so Jakowlew, einen „dringenden Bedarf an einem breiten Spektrum von Meinungen“. Deutlicher wurde noch die Position Jakowlews in einer Rede in der litauischen Hauptstadt Vilnius, wo er äußerte, dass die Unifizierung zwar äußerlich alle Völker gleichmache, in Wirklichkeit sie jedoch alle ohne Ausnahme beleidige. In der Auseinandersetzung zwischen Ligatschow und Jakowlew handelte es sich letztlich um Fragen der Allmacht in der Partei und die Gewaltenteilung zwischen Partei und staatlichen Organen auf der einen Seite und das Spannungsfeld zwischen Zentralverwaltungswirtschaft und Marktwirtschaft auf der anderen. Außerdem ging es um den Gegensatz zwischen Uniformität und Pluralität und den Antagonismus zwischen Kollektiv und Individuum (Dok. 232). Angesichts der sich verschärfenden innenpolitischen Lage gab es für die österreichische Botschaft unverkennbare Anzeichen für ein neues militärisches Denken in Führungskreisen der Sowjetunion (Dok. 263).

Hinzu kam noch ein Faktor, der die innenpolitische Lage weiter zuzuspitzen schien: Aufgrund der zunehmenden Engpässe in der sowjetischen Konsumgüterindustrie und Lebensmittelversorgung war es bemerkenswert festzustellen, dass Ende 1988 eine einseitige und damit unilaterale Begrenzung und Reduktion der sowjetischen Streitkräfte erfolgte. Dabei gelang es der österreichischen Botschaft, Präzisierungen bezüglich genauerer Daten zu eruieren (Dok. 275).

Zu Beginn des Jahres 1989 konnte beobachtet werden, dass die Breschnew-Doktrin nicht mehr zu halten und ihre Demontage bereits im Gange war (Dok. 314). Die sozialen Umwälzungen und ökonomischen Veränderungen in der Sowjetunion wurden immer deutlicher im Sinne einer Zunahme desintegrativer Tendenzen in der Gesellschaft sichtbar (Dok. 315). Angesichts der sich verstärkenden innerpolitischen Zerreißprobe wurden die Erfolgsaussichten der „Perestroika“ im Sinne einer gesellschaftlichen Umgestaltung durch erfolgreiche Reformen und damit auch die Stabilität des Reformkurses von Gorbatschow zunehmend fragwürdiger (Dok. 369).

Umso mehr war Gorbatschow bemüht, seine Ideen und die vage gebliebenen Konzeptionen über das „gemeinsame europäische Haus“ anzupreisen, so im Rahmen einer Rede vor der Parlamentarischen

Versammlung des Europarates am 6. Juli 1989, auf die bereits ein Bericht vom 6. Juli 1989 rekurrierte (Dok. 374).

Die Situation der Verbraucher in der UdSSR wurde immer unerträglicher, wie ein Bericht über „Das Verhältnis des Konsumenten zur Perestroika“ verdeutlichte, wobei auch der deprimierende Stand und ein weiteres Mal die relativ geringen Aussichten der Reform von Gorbatschow sowie Anspruch und Wirklichkeit der wirtschaftlichen Konstellationen nach innen und nach außen immer deutlicher auseinanderklafften (Dok. 424).

Angesichts der kläglichen Ergebnisse der Politik Gorbatschows fragte sich, ob die Sowjetbürger nicht längst schon „perestroikamüde“ geworden seien, sodass gegen November 1989 bereits gesellschaftliche und politische Zerfallserscheinungen unübersehbar waren (Dok. 432).⁴⁹ Die Situation verschärfte sich mehr und mehr, sodass sich schon im Dezember in der österreichischen Botschaft in Moskau die Frage stellte, ob es möglicherweise einen Militärputsch gegen Gorbatschow geben würde (Dok. 460).

Zu Jahresbeginn 1990 verschlechterte sich die gesellschaftliche Lage und radikalisierte sich die politische Stimmung in der Sowjetunion weiter. So gab es am 25. Februar Massendemonstrationen und ebenfalls nach polnischem Vorbild die Etablierung eines so genannten „Runden Tisches“,⁵⁰ an dem sich Oppositionelle und Regierungsrepräsentanten einfinden konnten (Dok. 484).

Im März 1990 waren die desintegrativen gesellschaftlichen Tendenzen schon so weit fortgeschritten, dass der Oberste Sowjet ein Gesetz über den Austritt Russlands aus der UdSSR verabschiedete und es erste Signale zur Gesprächsbereitschaft zwischen Vilnius und Moskau gab, so dass sich für die Sowjetrepublik im Baltikum die für den Kreml brisante Frage ihrer Emanzipation und Eigenständigkeit vom Sowjetimperium stellte (Dok. 499).⁵¹

⁴⁹ Siehe hierzu auch detailliert: Helmut Altrichter, *Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums*, München 2009.

⁵⁰ Uwe Thaysen, *Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie*, Opladen 1990; Andrew Arato, *The Roundtables. Democratic Institutions and the Problems of Justice*, in: András Bozóki (Ed.), *The Roundtable Talks of 1989. The Genesis of Hungarian Democracy. Analysis and Documents*, Budapest – New York 2002, S. 223-235; Jerzy Holzer, *Der Runde Tisch. Internationale Geschichte eines politischen Möbels*, in: Bernd Florath (Hrsg.), *Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, BStU 34)*, Göttingen – Oakville 2011, S. 225-232.

⁵¹ Arvydas Anušauskas (Ed.), *The Anti-Soviet Resistance in the Baltic States*, Vilnius 1999; Kristina Spohr-Readman, *Between Political Rhetoric and „Realpolitik“ Calculations. Western Diplomacy and the Baltic Independence in the Cold War Endgame*, in: *Cold War History* 6 (2006), 1, pp. 1-42; Idem, *International reactions to Soviet disintegration. The case of the Baltic*

Die Aussichtslosigkeit bzw. zumindest die Ungewissheit der Reformbemühungen Gorbatschows ließen zunehmend eine eigenständige politische Opposition in Russland mit Blick auf eine zukünftige Perspektive des noch gegebenen Zusammenhalts der Sowjetunion entstehen. Ein deutliches Warnsignal war sichtbar geworden, als sich eine gegenüber Gorbatschow erkennbare politische Konkurrenzfigur profilierte (Dok. 500). Mit der Wahl von Boris Jelzin zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet der Russischen Föderation am 29. Mai 1990 war bereits ein Meinungsumschwung gegen Gorbatschow ablesbar (Dok. 523). Eine Neuordnung der Sowjetischen Föderation sollte nun auf der politischen Tagesordnung stehen (Dok. 528). Immer deutlicher wurden Forderungen gegenüber Gorbatschow laut. Ministerpräsident Nikolai Ryschkow geriet unter Druck der sowjetischen Regierung (Dok. 555). Bei den ersten demokratischen russischen Präsidentschaftswahlen wurde Jelzin am 12. Juni 1991 mit klarem Votum zum ersten Präsidenten Russlands gewählt. Am gleichen Tag beschloss Russland seine Souveränität innerhalb der Sowjetunion. Andere Sowjetrepubliken folgten. Konsequenterweise erklärte Jelzin auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU vom 2. bis 13. Juli 1990 am 12. Juli seinen Austritt aus der Kommunistischen Partei. Seine entschiedene Position brachte ihm in der russischen Bevölkerung und unter reformorientierten Kräften große Zustimmung ein.

Der KPdSU-Generalsekretär sah offensichtlich keinen anderen Ausweg mehr, als im Herbst 1990 Sondervollmachten zu beanspruchen, um im Sinne einer Präsidialregierung mit allen möglichen Durchgriffsrechten und relevanten Kompetenzen ausgestattet zu sein, die für politische Ruhe und innere Ordnung sorgen sollten (Dok. 561). Dennoch gestaltete sich die innenpolitische Bestandsaufnahme Ende Oktober 1990 höchst prekär. Die Stellung Gorbatschows blieb trotz seiner neuen umfassenden Zuständigkeiten, die er sich verschafft hatte, außerordentlich fragil (Dok. 574). Die Revolutionsfeierlichkeiten im November in Erinnerung an das Jahr 1917 in Russland waren in ihrer gemischten Gefühlslage quasi ein Spiegelbild der politischen Widersprüche innerhalb der sowjetischen Gesellschaft (Dok. 577).

Im Jahre 1991 wurde mehr und mehr deutlich, dass die Kritiker Gorbatschows weiter an Boden gewannen. So fand eine Oppositionskundgebung in Moskau mit vehementen Vorwürfen und gezielten Attacken gegen den Präsidenten der UdSSR statt. Im Sommer wurde für die Außenwelt erkennbar, dass das Sowjetimperium nur mehr ein Koloss auf

states, in: Frédéric Bozo et al. (Eds.), *Europe and the End of the Cold War*, pp. 220-232; Romuald J. Misiunas/Rein Taagepera, *The Baltic States. Years of Dependence 1940-90*, London 2006².

tönernen Füßen war (Dok. 586). Innenpolitisch formierte Jelzin einen eigenen Staatsrat im Rahmen der Russischen Föderation (Dok. 615).

Innerparteilich wurden die Veränderungen in der russischen kommunistischen Partei immer deutlicher spürbar (Dok. 616). Im August 1991 trat schließlich das ein, was die westlichen und Österreichs Beobachter in Moskau schon mindestens seit zwei Jahren befürchtet bzw. gehaut oder auch vorhergesehen hatten: Ein Militärputsch gegen Gorbatschow,⁵² der auf der Krim urlaubte, machte deutlich, dass seine Amtszeit als Präsident dem Ende zugeht.

Als neuer amtsführender Präsident agierte kurzzeitig der Putschist Gennadi Iwanowitsch Janajew, der seine neue Funktion bei einer Pressekonferenz verkündete (Dok. 618). Die Situation verschärfte sich durch Panzereinsatz in der russischen Metropole. Ein Lagebericht gab zu erkennen, dass sich die angespannte Situation auf den Straßen Moskaus in der dritten Augustwoche weiter fortsetzte (Dok. 620). Nachdem die Absetzung Gorbatschows als Präsident erfolgt war, wurde der Ausnahmezustand ausgerufen. Alarmierte und besorgte Reaktionen der verbündeten Staaten, v.a. aber des westlichen Auslands, das unverkennbar noch mit Gorbatschow sympathisierte, konnten nicht ausbleiben (Dok. 619, 621, 622, 625).⁵³

Zwei Tage nach dem Umsturzversuch wurde am 21. August von österreichischer Seite die Lage in Moskau treffend analysiert, indem das Scheitern der Putschisten verdeutlicht wurde (Dok. 626). Die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion war jedoch nach dem Zusammenbruch des Staatsstreichs vom 19. und 20. August noch ungewisser und unklarer denn je geworden (Dok. 629). Die Perspektive war für sie alles andere als aussichtsreich. Die UdSSR stand vor dem definitiven Ende (Dok. 634). Erkennbar wurde, dass sich die Unionsrepubliken während des Putschversuches bereits in abwartender Stellung verhalten und nur darauf gewartet hatten, ihre konsequenten politischen Schlüsse aus den Vorgängen in Moskau zu ziehen (Dok. 639).

Nach dem Fehlschlag des Putschversuchs der Militärs und dem siegreich hervorgegangenen neuen politischen Führer Jelzin stand aufgrund des sich abzeichnenden Zerfalls der Sowjetunion die Frage nach einer künftigen Wirtschaftsintegrationsform im Mittelpunkt der Überlegungen (Dok. 643). Daneben war in der sowjetischen Innenpolitik bereits die Suche nach einem neuen Selbstverständnis Russlands erkennbar (Dok. 651). Eine Vereinbarung

⁵² Michail Gorbatschow, *Der Staatsstreich*, München 1991.

⁵³ Siehe hierzu Wilfried Loth/Nicolae Păun (Eds.), *Disintegration and Integration in East-Central Europe. 1919 – post-1989* (Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Europäischen Kommission 16) 2014; Ignaz Lozo, *Der Putsch gegen Gorbatschow und das Ende der Sowjetunion*, Köln – Weimar – Wien 2014.

über die ökonomische Neuformation der UdSSR zeichnete sich bereits ab (Dok. 653). Gorbatschow stemmte sich zwar noch verzweifelt gegen den drohenden Auflösungsprozess der UdSSR und warnte in dramatischen Worten vor einer völligen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Desintegration (Dok. 663). Diese war jedoch seit Jahren nicht nur beobachtbar, sondern schon im Gange und nun offensichtlich nicht mehr aufzuhalten.⁵⁴

Nach dem am 25. Dezember 1991 offiziell verkündeten Ende der Sowjetunion musste die Frage der Rechtsnachfolge gegenüber der UdSSR geklärt werden. Russland schien hier der prädestinierteste Kandidat zu sein, um entsprechend die staatsrechtliche Sukzession anzutreten (Dok. 665).⁵⁵ Das Ende der Sowjetunion war besiegelt und zwar mit der Folge, dass die Nachfolgerepubliken ihre Eigenstaatlichkeit anstrebten, aber auch die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)⁵⁶ als Auffangbecken und Reserveposition für die Wahrung der wirtschaftlichen Integration geschaffen werden sollte (Dok. 666).

III. Die sozialistischen „Bruderstaaten“

1. Polen als unsicherer Kantonist und ständiger Unruheherd im Sowjetimperium

Spätestens seit der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 stand die Regierung Polens im Mittelpunkt des nach Osten gerichteten Blickfelds der westlichen Staaten, worauf die kommunistische Regierung in Warschau ebenso mit Vorwürfen an die Adresse westlicher Regierungen antwortete und eine propagandistische Gegenoffensive einleitete (Dok. 1).⁵⁷ Die

⁵⁴ Alex Pravda, The collapse of the Soviet Union (1990-1991), in: Melvyn P. Leffler/Odd Arne Westad (Eds.), The Cambridge History of the Cold War, Vol. III: Endings, Cambridge 2010, pp. 356-377.

⁵⁵ Serhii Plokhyy, The Last Empire. The Final Days of the Soviet Union, London 2015.

⁵⁶ Gerhard Simon, Von der Sowjetunion zur „Union Souveräner Staaten“, in: *Europäische Rundschau* 19 (1991), 4, S. 13-19; Andrej W. Sagorskij, Variable Geometrie: Grundlagen der Kooperation der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, in: Peter W. Schulze/Hans-Joachim Spanger (Hrsg.), Die Zukunft Russlands. Staat und Gesellschaft nach der Transformationskrise (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung 33), Frankfurt/Main 2000, S. 320-344; Ellen Bos, Die GUS-Staaten, in: Siegmund Schmidt/Gunther Hellmann/Reinhard Wolf (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007, S. 455-467; Martin Aust, Die Schatten des Imperiums. Russland seit 1991, München 2019.

⁵⁷ August Pradetto, Technobürokratischer Sozialismus. Polen in der Ära Gierek (1970-1980), Frankfurt/Main – Bern – New York – Paris 1991; Ders., Bürokratische Anarchie. Der Niedergang des polnischen „Realsozialismus“, Wien – Köln – Graz 1992; Timothy Garton Ash, The Polish Revolution: Solidarity, 1980-82, London 1983; Jan Kubik, The Power of Symbols against the Symbols of Power. The Rise of Solidarity and the Fall of State Socialism in Poland, University Park/Pennsylvania 1994; Klaus Bachmann, Poland 1989: The Constrained Revolution, in: Mueller/Gehler/Suppan (Eds.), The Revolutions, 47-75.

diplomatische Berichterstattung Österreichs zu Polen wurde zu Beginn des Jahres 1985 dominiert vom Prozess gegen die Mörder des Priesters Jerzy Popiełuszko, der am 19. Oktober 1984 aufgrund seiner Unterstützung der Opposition um die Gewerkschaft Solidarność von Offizieren des polnischen Staatssicherheitsdienstes ermordet worden war. Die Täter wurden in der Folge angeklagt und verurteilt, die Hintermänner gerichtlich zwar nicht weiter verfolgt, jedoch verloren viele ihre politischen Ämter (Dok. 2, 4).

Die hinter diesen Entscheidungen stehenden Motive waren für die österreichische Botschaft in Warschau offengeblieben. Kurz nach Ende des Prozesses wurden führende Funktionäre der Solidarność bei einem Treffen in Danzig verhaftet. Österreichs Diplomatie erwartete im Falle neuerlicher Unruhen Szenarien, die jenen vom Juni 1956 und Dezember 1970 in Polen glichen, als auf Demonstranten geschossen wurde. Um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken, wurde dem Westen empfohlen, die Wirtschaftsboykotte zu beenden und die Sanierung der polnischen Ökonomie zu unterstützen (Dok. 6).

Zur historischen Einordnung sei an dieser Stelle exkursartig zurückgeblendet: Der polnische Aufstand im Jahre 1956 war von einem Arbeiterstreik in Posen ausgegangen, woraus sich blutige Kämpfe mit den Streitkräften entwickelten. Am 28. Juni schlug die Armee die Proteste gewaltsam nieder. Bei den Auseinandersetzungen wurden 57 Personen getötet, ungefähr 600 wurden verletzt. Die polnische Erhebung 1970 war abermals ein Arbeiteraufstand, der vom 14. bis 22. Dezember anhielt. Es fanden Massenkundgebungen, Demonstrationen und Streiks in Danzig, Gdingen, Elbing und Stettin statt. Polen bewegte sich am Rande eines Bürgerkriegs. Der Staat reagierte mit brutalem Militär- und Milizeinsatz, bei dem dutzende Personen ihr Leben verloren und mehr als tausend verletzt wurden. Die Unruhen bedeuteten das Ende der seit 1956 währenden Herrschaft von Władysław Gomułka als Vorsitzender des Zentralkomitees der Polnischen Kommunistischen Partei. Die August-Streiks von 1980, die zur Zulassung freier Gewerkschaften führten, bewegten sich in der Kontinuität der Geschehnisse von vor zehn Jahren. Die Errichtung eines Denkmals für die Opfer des Dezember 1970 war eine der Forderungen der Streikenden von 1980. Die Verhängung des Kriegsrechts in Polen in der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember 1981 unter General Wojciech Jaruzelski verfolgte das Ziel, die aus der Streikbewegung von 1980 entstandene freie Gewerkschaft Solidarność zu zerschlagen. Am 22. Juli 1983 hob die kommunistische Führung Polens das Kriegsrecht offiziell auf. Die Gewerkschaftsorganisation Solidarität blieb

jedoch verboten. Die Revolution schien damit missglückt.⁵⁸ (Ende des Exkurses)

Anlässlich der 30. Wiederkehr der Unterzeichnung des Warschauer Paktes fand am 14. Mai 1985 ein Gipfeltreffen am gleichen Ort statt. Dabei wurde deutlich, dass sich der Armeegeneral, Vorsitzende der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) (1981–1989), Ministerpräsident der Volksrepublik Polen (1981–1985) und Staatsoberhaupt von Polen (1985–1990), Wojciech Jaruzelski, des Vertrauens Moskaus sicher sein konnte, nachdem die politisch unruhigen Zeiten im Zusammenhang mit der polnischen Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* der Vergangenheit anzugehören schienen. In Bezug auf die zweifelsfrei von Stalins Geheimdienst während des Zweiten Weltkriegs begangenen Massaker an den polnischen Offizieren und Soldaten in den Wäldern von Katyn im April und Mai 1940 hielt sich Jaruzelski an der sowjetischen Leugnungsversion in bedingungsloser ideologisch-politischer Hörigkeit gegenüber dem Kreml. Aufgrund seiner Law-and-Order-Politik wirkte er nur wenig sympathisch und überzeugend auf die polnische Bevölkerung, die anlässlich des neuen Warschauer Pakt-Gipfels Zurückhaltung, um nicht zu sagen sogar ihre negative Haltung zu den versammelten kommunistischen Parteiführern aus den „Bruderstaaten“ zum Ausdruck brachte (Dok. 19). Die Behandlung einiger prominenter Oppositioneller aus der Zeit der Solidarität, darunter die Entlassung des Wałęsa-Beraters Bronisław Geremek aus der Polnischen Akademie der Wissenschaften, deutete umso mehr auf eine weitere Verhärtung der Repressionspolitik Jaruzelskis hin (Dok. 20).

Die Erinnerungen an das Ende des Zweiten Weltkrieges mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 in Reims dienten zur Bekräftigung der „polnisch-sowjetischen Freundschaft“ und der traditionellen Zurückweisung angeblich „revanchistischer“ Tendenzen seitens der Bundesrepublik Deutschland. In seiner Botmäßigkeit gegenüber den Machthabern des Kreml erweckte Jaruzelski den Eindruck, als habe allein die Sowjetunion den Krieg gegen Hitler-Deutschland gewonnen, während Gorbatschow in seinen Ausführungen im Zusammenhang mit dem 9. Mai 1945 auch die Alliierten erwähnte (Dok. 21).

Aufgrund der Weigerung der polnischen Regierung, bei westlichen Staatsbesuchen Kontakte zu Oppositionskreisen zu gestatten, drohte die Gefahr der Abschwächung von Beziehungen und eine Einstellung der Kontakte seitens der westeuropäischen Staaten. Auch für den

⁵⁸ Jadwiga Staniszkis, *Poland's Self-Limiting Revolution*, Princeton 1984; Andrzej Paczkowski/Malcolm Byrne/Gregory F. Domber/Magdalena Klotzbach (Eds.), *From Solidarity to Martial Law: The Polish Crisis of 1980-1981. A Documentary History* (National Security Archive Cold War readers), Budapest – New York 2007.

bundesdeutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher bestand vor diesem Hintergrund kein Bedarf mehr, einen schon früher abgesagten Besuch in Polen nachzuholen (Dok. 22, 25).

Der polnische Oppositionspolitiker und katholisch-konservative Publizist Tadeusz Mazowiecki bezweifelte indes, eine Einladung nach Wien zu Vizebürgermeister Erhard Busek (ÖVP) annehmen zu können, zumal die polnischen Behörden ihm keine Reisegenehmigung gestatten würden (Dok. 26).

Das Nachlassen der Verbindungen zum Westen sollte die polnisch-kommunistischen Empfindlichkeiten insbesondere gerade gegenüber der Einladung von Oppositionellen in westliche Botschaften in Warschau nicht verringern (Dok. 25). Im Juli 1985 zeichnete sich keine Veränderung der härter gewordenen innenpolitischen Linie Warschaus ab (Dok. 35).

In der Erkundung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa war die österreichische Diplomatie auch um Kontakte zu katholischen Kreisen in Polen bemüht. Das Gesprächsklima zwischen Kirche und Staat hatte schon bessere Zeiten erlebt. Die Weigerung der überwiegenden Mehrheit der Geistlichen, an den Wahlen teilzunehmen, war für das kommunistische Regime befremdlich. Kein einziger Diözesanbischof hatte teilgenommen. Der schon erwähnte Priestermord sowie mangelnde Konzessionen des Regimes bezüglich des Landwirtschaftsfonds der Kirche hatten demotivierend auf die polnische Geistlichkeit gewirkt (Dok. 42).

In der Beurteilung der bisherigen Amtszeit Jaruzelskis kam die österreichische Botschaft in Warschau zum Ergebnis, dass sich die Kommunistische Partei Polens seit ihrem Bestehen in ihrer schwersten Krise befand und nahezu jeden Einfluss im Sinne ihrer gesellschaftlichen Gestaltungsfähigkeit verloren hatte. Hingegen zeigte sich Jaruzelski im Zuge der Verhängung des Kriegsrechts seit Dezember 1981 kompromisslos, unablässig und unversöhnlich, nachdem er sich zu Beginn noch um einen Interessenausgleich zwischen Regime und Solidarność bemüht hatte. Diese und ihr Wirken wurden seitens der österreichischen Botschaft als „entscheidende Zäsur“ in der Nachkriegsgeschichte Polens bewertet, zumal sie es schaffte, dem KP-Regime erhebliche demokratiepolitische Zugeständnisse abzurufen. Zwar hatte Jaruzelski mit der Verhängung des Kriegsrechts äußerlich besehen wieder Ruhe und Ordnung hergestellt, doch war nur ein minimaler Teil der Bevölkerung auf seiner Seite und die wirtschaftlichen Probleme waren ungelöst geblieben (Dok. 43).

Der überraschende Kurzbesuch Jaruzelskis beim französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 4. Dezember 1985 löste heftige Kritik in konservativen Medien und Kreisen der bürgerlichen Opposition Frankreichs aus, weil der polnische Potentat als „Pinochet des Ostens“ betrachtet wurde.

Der vorausgegangene Besuch Gorbatschows am 3. Oktober 1985 in Paris, das Gipfeltreffen Reagan-Gorbatschow in Genf am 19. und 20. November (das erste Treffen zwischen dem 74jährigen US-Präsidenten Ronald Reagan und dem um 20 Jahre jüngeren Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU Michail Gorbatschow), Mitterrands gaullistisch anmutende Europapolitik, die Normalisierung der Beziehungen der westeuropäischen Staaten zu Polen sowie die Verbesserung der sozioökonomischen Lage im Land selbst sollten diese Visite Jaruzelskis motivieren, gleichwohl diese eher im polnischen als im französischen Interesse lag (Dok. 44).

Der US-amerikanischen Seite war durch ihre Botschaft in Warschau der geplante Militärputsch Jaruzelskis vom Dezember spätestens im November 1981 bekannt geworden, allerdings war der genaue Zeitpunkt der Einführung des Kriegsrechts unbekannt geblieben. Das gerüchteweise Aufkommen dieser Information durch einen im Generalstab tätigen Spion, der sich bereits in den USA aufgehalten hatte, diente den polnischen Behörden als Grund, im Verhältnis zwischen der Solidarność und der US-Vertretung sowie in deren Beziehungen und Kontakte einen Keil hineinzutreiben, um sie entsprechend zu konterkarieren und zu torpedieren (Dok. 60).⁵⁹

Beim 10. Parteitag der polnischen KP vom 29. Juni bis 3. Juli 1986 anerkannte Gorbatschow in einer Rede die geglückte „Normalisierung“ und die Überwindung der Krise des Sozialismus in Polen. Das übermäßige Lob für Jaruzelski erregte selbst in Moskau Aufsehen. In der Frage der Abrüstung gebe es hingegen noch „keinen Millimeter“ Fortschritt, ließ der KPdSU-Generalsekretär durchblicken. Washington würde lediglich bremsen und Westeuropa dem Druck der USA stets nachgeben. In den Wirtschaftsbeziehungen zum Westen sprach sich Gorbatschow für eine „rationale Nutzung“ aus, die allzu starke Abhängigkeiten vermeiden und die Kooperation im RGW unterstreichen sollte (Dok. 62).

Der 10. Parteikongress der Polnischen Vereinten Arbeiter Partei (PVAP) zeigte einen Jaruzelski am Höhepunkt seiner Macht, wie Österreichs Botschafter Richard Wotava⁶⁰ urteilte, was die fortwährende Bedeutung der Präsenz der Militärs und ihre Unverzichtbarkeit für die Aufrechterhaltung der Kontrolle der Innenpolitik verdeutlichten. Die Machtfülle des Generals fand demonstrative Zustimmung seitens Gorbatschows (Dok. 63). Aufgrund oder

⁵⁹ Siehe hierzu auch Gregory F. Domber, Rumblings in Eastern Europe. Western pressure on Poland's moves towards democratic transformation, in: Bozo et al. (Eds.), Europe and the End of the Cold War, London – New York 2009, pp. 51-63.

⁶⁰ Richard Wotava (* 18.2.1933), war von 1977 bis 1982 Botschafter in Caracas, von 1982 bis 1987 in Warschau, von 1987 bis 1994 Ständiger Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen in Wien sowie bei der UNIDO, von 1994 bis 1999 Botschafter in Madrid, von 2001 bis 2005 Generalsekretär des Österreichischen Versöhnungsfonds und von 2006 bis 2011 erster Generalsekretär des Zukunftsfonds.

trotz der ständig bekundeten Verbundenheit Polens mit der Sowjetunion schien der KPdSU-Generalsekretär dem Land die Beschreitung eines eigenen Wegs des Sozialismus zu erlauben, wobei er die historische Besonderheit und die politische Sensibilität der polnischen Verhältnisse zutreffend einzuschätzen wusste.

Jaruzelski betonte in seinen Ausführungen am X. Parteikongress die Vorteilhaftigkeit eines Dialogs zwischen Staat und Kirche und kündigte eine Amnestie für politische Häftlinge an. Am Zenit der Macht bot sich für ihn die Chance, mit Rückendeckung Gorbatschows, in Kombination Demokratie- und Wirtschaftsreformen gleichzeitig in Angriff zu nehmen. Diese schienen auch notwendig, zumal es durch die machtvolle Stellung der Kirche zu einer „ideologischen Besetzung“ Polens durch den Kommunismus nicht kommen würde, wie der Papst gegenüber Botschafter Wotava in einer Privataudienz zum Ausdruck brachte (Dok. 65).

Hatte Jaruzelski ursprünglich intendiert, Repräsentanten der Kirche Mandatssitze im Sejm zu übertragen, was von katholischer Seite jedoch abgelehnt wurde, sollte nunmehr durch Einbindung von Geistlichen in ein Beratungsgremium beim Staatsrat ihre Integration in den Staat auf diese Weise gelingen. Die Wahrscheinlichkeit eines Erfolges für das kommunistische System wurde jedoch als gering eingestuft (Dok. 66).

Die labile politische und wirtschaftliche Lage in Polen steigerten den Stellenwert der DDR im RGW. Der ostdeutsche sozialistische Staat war damit indes zum wichtigsten Partner Moskaus in diesem Rahmen aufgestiegen, gleichwohl Moskau seinen diesbezüglichen Bezugspunkt aufgrund der Empfindlichkeiten der übrigen mittelosteuropäischen „Bruderstaaten“ und ihrer Vorbehalte gegenüber den ostdeutschen Kommunisten herunterzuspielen bemüht war (Dok. 74).

Trotz erkennbarer Entspannungselemente in der polnischen Innenpolitik, insbesondere hinsichtlich der inzwischen erfolgten spektakulären Freilassung politischer Häftlinge, reagierten die westlichen Staaten zur Enttäuschung des polnischen Regimes nicht mit mehr Besuchkontakten. Die Freisetzung der politischen Gefangenen war u.a. eine *conditio sine qua non*, sodass es zu einem Arbeitsbesuch Jaruzelskis in Rom vom 12. bis 14. Januar 1987 kommen konnte. Dabei war auch eine Zusammenkunft mit dem Papst geplant und dies im Hinblick auf den in Vorbereitung befindlichen dritten Besuch von Johannes Paul II. in Polen vom 8. bis zum 14. Juni 1987 (Dok. 76).⁶¹

Die Liberalisierungstendenzen in Polen hielten sich in Grenzen, wie an der Verweigerung von Ausreisegenehmigungen für Oppositionsführer Lech

⁶¹ Andreas Englisch, Johannes Paul II. Das Geheimnis des Karol Wojtyła, München – Berlin 2003; Piotr H. Kosicki, Vatican II and Poland, in: Ders., Vatican II behind the Iron Curtain, Washington 2016, pp. 127-198.

Wałęsa nach Italien und in die USA erkennbar wurde (Dok. 78).⁶² Trotz solcher entspannungspolitischer Rückschläge gab es tendenziell eine Verbesserung der Beziehungen Polens zur westlichen Staatenwelt, gleichwohl es diesen noch erheblich an Substanz mangeln sollte (Dok. 81).

Im Zuge der Freilassung von Regimegegnern im September 1986 in Polen war eine neue Lage entstanden, die von der österreichischen Botschaft in Warschau als Auftakt einer Entwicklung hin zum inneren „Burgfrieden“ gesehen wurde. Mit dieser unvorhergesehenen Entwicklung überraschte das Regime die Opposition, wobei die maßgeblichen Führer der Untergrund-Solidarität freimütig wissen ließen, nunmehr nur noch legal zu wirken. Ein „provisorischer Rat der Solidarität“ wurde begründet und eine Delegation der „Patriotischen Bewegung zur Nationalen Wiedergeburt“ (PRON) zum Studium der österreichischen Volksanwaltschaft nach Wien geschickt. Trotz dieser Neuerungen erschien ein wirklich gutes Einvernehmen zwischen Regime und Bevölkerung in Polen – im Unterschied zu Ungarn – eher unwahrscheinlich. Diese wenig zuversichtliche Beurteilung der österreichischen Botschaft in Warschau basierte auf Informationen über Unruhen in der Bevölkerung und auf Befunden, sich ihrerseits nicht mit der scheinbaren Unveränderlichkeit der kommunistischen Herrschaft abfinden oder gar zufriedengeben zu wollen (Dok. 82).

Nach der Entlassung politisch Gefangener in Polen setzte der diplomatisch versierte und sehr elanvoll auftretende Vizeaußenminister Andrzej Olechowski neue Akzente in der Vertretung eines liberaleren und offeneren Landes, sodass die Beziehungen zur westlichen Welt intensiviert werden konnten. Diese lagen aus der Sicht der österreichischen Botschaft in Warschau nicht nur im Interesse beider Seiten, sondern waren auch als Beitrag zur politischen Stabilität in Europa zu sehen. Der Ressortleiter Marian Orzechowski fand im KSZE- und UNO-Rahmen inzwischen eine für sein Land aufgeschlossener und entspanntere Atmosphäre vor (Dok. 86).

Entgegen der kritischen westlichen Wahrnehmung von General Jaruzelski trieb dieser laut österreichischer Diplomatie die politischen Reformbewegungen in Polen voran und trat auch für mehr Kritik an den bestehenden Verhältnissen in der Öffentlichkeit ein, sodass sich eine deutliche Unterstützung der Gorbatschow'schen Pläne auch mit seiner Person verbinden sollte (Dok. 92).

Die seit der Verhängung des Kriegsrechts in Polen vom 12. auf den 13. Dezember 1981 nach wie vor verbotene Gewerkschaftsbewegung „Solidarität“ stand vor der Frage, wie sie mit ihrer Vergangenheit umgehen

⁶² Reinhold Vetter, Polens eigensinniger Held. Wie Lech Wałęsa die Kommunisten überlistete, Berlin 2010.

sollte, aber noch viel mehr, wie die gegenwärtigen und zukünftigen politischen Verhältnisse im eigenen Lande zu beurteilen wären (Dok. 117).

Jaruzelski befand sich 1988 in einer Zwangslage, insbesondere mit Blick auf die problematische Frage, warum er mit der Gewerkschaftsbewegung nicht verhandeln wollte und konnte (Dok. 137). Dennoch war angesichts der massenhaften Anhängerschaft der Solidarität die Frage ungeklärt, welche Möglichkeiten der freien Betätigung, aber auch welche Grenzen sich dabei nach sieben Jahren Verbot und Illegalität für sie ergaben (Dok. 156).

Für die österreichische Vertretung in Warschau war am 14. März 1988 unverkennbar, dass es einen Zusammenhang, ja eine parallele Entwicklung zwischen der „Glasnost“-Politik in der UdSSR und der einsetzenden Reformpolitik in Polen gab.⁶³ Bemerkenswert war dabei, dass schon von einer „Gorbatschow-Epoche“ gesprochen wurde (Dok. 176), obwohl er erst seit drei Jahren als Generalsekretär der KPdSU amtierte. Dass es einen Zusammenhang zwischen der Reformpolitik des neuen Kremlherrn und entsprechenden Geschehnissen in den verbündeten Staaten gab, ist evident. Dass die dort stattfindenden Veränderungen und Umwälzungen auch Rückwirkungen auf die Sowjetunion zeitigten und zu ihrer eigenen Schwächung beitrugen, ist von der Forschung bereits erkannt worden.⁶⁴

In Polen war der von der Regierung Jaruzelski verkündete Prozess der „nationalen Verständigung“ noch nicht greifbar, indes waren jedoch Anzeichen vorhanden, dass sowohl auf Seiten der Herrschenden wie auch jener der Opposition sich zunehmend „vernünftige Ansichten“ durchzusetzen begannen. Beide Lager schienen offensichtlich bemüht, „von bisher verhärteten Standpunkten abzurücken“. Drückend blieb allerdings die polnische Staatsverschuldung, die sich im April 1988 auf 37 Mrd. US-Dollar belief (Dok. 186).

Im Mai 1988 war jedoch eine Beruhigung der politischen Lage in Polen nicht festzustellen. Neuerliche soziale Unruhen kamen auf. In Warschau hatten angeblich 240.000 und in Krakau 100.000 Menschen demonstriert. Polizeieinsätze mit Schlagstöcken und Verhaftungen waren an der Tagesordnung. Eine differenzierte Interpretation war aus Beobachterperspektive zu vernehmen, wonach keineswegs „Polen in Flammen stehe“, wie dies von Oppositionellen dargetan worden war: Die

⁶³ Siehe hierzu auch Ella Zadorozhyuk, *The USSR and the Revolutions of 1989-90. Questions of Causality*, in: Mueller/Gehler/Suppan (Eds.), *The Revolutions of 1989*, pp. 271-281.

⁶⁴ Mark Kramer, *The Collapse of East European Communism and the Repercussions within the Soviet Union*, in: *Journal of Cold War Studies* 5 (Fall 2003), 4, pp. 178-256 (Part 1); 6, 4 (Fall 2004), pp. 3-64 (Part 2); and 7, 1 (Winter 2005), pp. 3-96 (Part 3); Idem, *The Demise of the Soviet Bloc*, in: Mark Kramer/Vít Smetana (Eds.), *Imposing, Maintaining, and Tearing Open the Iron Curtain. The Cold War and East-Central Europe. 1945-1989* (The Harvard Cold War studies book series), Lanham – Plymouth 2014, pp. 369-433.

Solidarność habe nicht in allen streikenden und streikbereiten Betrieben die Führungsposition inne. Wałęsa wolle sich zwar als der Arbeiterführer Polens darstellen, wobei sich hinter ihm aber nicht so viel Macht befinde wie es den Anschein hätte. Er gab „pausenlos Interviews“ und zwar „häufig über sein privates Telefon“. Dabei würden sich jedoch, so die österreichische Botschaft, Widersprüche auftun, die darauf hindeuteten, dass es in der Solidarność-Führung weit mehr Streit denn je gäbe. Es blieb beim Stand der Dinge, wonach die Regierung unter General Jaruzelski mit Solidarność-Führer Wałęsa keinesfalls Verhandlungen aufnehmen wollte (Dok. 192).

Die erwähnten sozialen Unruhen gingen weit über das Spektrum der Gewerkschaftsbewegung Solidarność hinaus, zumal besonders auf Großbetriebe und dort streikende Arbeiter in Nowa Huta bei Krakau und auf der Lenin-Werft in Danzig verwiesen wurde. Die Streikwellen hatten aber noch nicht das gesamte Land erfasst. Vor einer Übertreibung der Entwicklung wurde seitens der österreichischen Botschaft in Warschau ausdrücklich gewarnt. Die sich ausprägende Pluralität der politischen Opposition in Polen kam durch die geplante Gründung eines „Komitees zur Beachtung der Menschenrechte“ (KOR) zum Ausdruck, wie die diplomatische Vertretung in Warschau am 9. Mai 1988 berichtete (Dok. 193).

Einmal mehr äußerte sich die Botschaft kritisch zu neuerlichen Streikunruhen in Polen im Mai 1988: Wałęsa habe die Streikbereitschaft der polnischen Bevölkerung wie auch sein eigenes Charisma überschätzt. Widersprüchliche Äußerungen hätten seine Glaubwürdigkeit beeinträchtigt. Weit über die Anliegen der streikenden Arbeiter hinausgehende Erwartungen, wie die europäische Nachkriegsordnung von Jalta zu hinterfragen, stellten für Österreichs neuen Botschafter in Warschau, Andreas Somogyi⁶⁵ „ein gefährliches Unterfangen“ dar. Unbestritten war für ihn, dass die Vereinigten Staaten sehr einseitig auf die Solidarność-Bewegung gesetzt hätten. Wałęsa sei wöchentlich von US-Diplomaten besucht und wohl auch beeinflusst worden. In der Zwischenzeit hätte Washington eingesehen, die Streikbereitschaft der Polen und den Einfluss von Solidarność überbewertet zu haben. Klar schien außerdem, dass „ein brodelndes instabiles Polen den USA vor dem bevorstehenden Moskauer Gipfel vom 29. Mai bis 3. Juni 1988 zupass gekommen wäre“. Somogyi neigte ebenfalls zur Auffassung, dass Vorhersagen über die weitere Entwicklung der Streikbewegung „unmöglich seien bei diesem leicht reizbaren, aufwallenden, zur Dramatisierung neigenden und romantischen Volk“. Die Initiative der in Polen so mächtigen wie gesellschaftspolitisch einflussreichen katholischen Kirche, als Vermittler

⁶⁵ Andreas Somogyi (* Budapest 16.10.1938), diplomatischer Vertreter Österreichs von 1976 bis 1979 in Rio de Janeiro, von 1979 bis 1983 Botschafter in Bukarest, von 1987 bis 1989 Botschafter in Warschau und von 1990-1994 Botschafter in Brasilien.

zwischen den streikenden Arbeitern und der Regierung aufzutreten, sei von Regierungsseite positiv aufgenommen worden (Dok. 195).

Am 7. Juni 1988 fragte sich Somogyi, was nun geschehen sollte, nachdem die Streiks in Polen abgeklungen waren. Als das für ihn einzig wahrscheinlich positive Ereignis der Mai-Unruhen sei das stärkere Aufeinanderzugehen zwischen polnischem Staat und katholischer Kirche zu werten. So war es am 24. Mai noch zu einer Begegnung zwischen Zdzisław Sadowski, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden des Regierungskomitees zur Durchführung der Wirtschaftsreform, und dem polnischen Kardinal-Primas Józef Glemp gekommen, bei der gesprochen wurde über die Liberalisierung der Ökonomie, die Ausweitung der Privatwirtschaft, die Dezentralisierung und Autonomie des Genossenschaftswesens sowie die Verbesserung des Lebensmittelangebots, die Bildung autonomer Vereinigungen, die Entpolitisierung des wirtschaftlichen Entscheidungsprozesses in den Betrieben sowie den gewerkschaftlichen Pluralismus und die Schaffung eines Konsultativ-Rates auf Basis der von den genannten autonomen Organisationen frei gewählten und von diesen auch zu entsendenden Vertretern. Die Solidarność unter Führung von Wałęsa wurde von der Regierung weiterhin abgelehnt. Der kommunistische Staat, die Polnische Vereinte Arbeiterpartei (PVAP) und die katholische Kirche waren jedoch nähergerückt. Aus Regierungssicht schien ein Zusammengehen mit der katholischen Kirche im Vergleich zur Solidarność mit Wałęsa das geringere politische Übel. Glemp, der die Konkurrenz mit der Kirche hinsichtlich der Beeinflussung der polnischen Bevölkerung durch die Gewerkschaftsbewegung Solidarność mit scheelen Augen sehe, könne diese Annäherung an die Regierung nur recht sein (Dok. 201, 206).

In einem Bericht vom 16. Juni 1988 über die nach wie vor – so die österreichische Botschaft – verbotene Gewerkschaft Solidarność konnte sich der Verfasser nach den Mai-Unruhen des Eindrucks nicht erwehren, dass die „sogenannte 'Solidarität'“ weder über ein Konzept noch über eine ausformulierte Strategie verfügte: Man versuche sich dauernd durch gesellschaftspolitische Aktivitäten in Erinnerung zu rufen, um auf die Regierung Druck auszuüben und auf die Einladung zur „nationalen Versöhnung“ seitens der kommunistischen Herrscher zu warten. Als Haupthindernis für einen Dialog wurden psychologische Barrieren der Führungspersönlichkeiten und Obsessionen auf beiden Seiten genannt. Mittelsmänner hätten bisher ohne Erfolg einen Brückenschlag versucht. Die Persönlichkeit Wałęsas wurde von der österreichischen Botschaft in Warschau leidenschaftslos und nüchtern beurteilt, seine Stärke vor allem in seinem symbolischen Wert gesehen und in seiner Fähigkeit, im Falle einer

Krise, der Regierung eine Hilfe zu sein! Als rede- und sprachgewandt galt er nicht, was sich auch in seinen Erklärungen widerspiegelte, die mitunter missverständlich und entstellt wiedergegeben würden. Dagegen erschien Jaruzelski als „redlicher Soldat“, der, so ein Gewerkschaftsvertreter der Solidarność, „ehrlich der Auffassung sei, nur über die Partei und vor allem über die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion Polen einen Dienst erweisen zu können“. Offen blieb bei allem, ob Jaruzelski als „polnischer Patriot“ bezeichnet werden könne. Der österreichischen Vertretung in Warschau war nicht entgangen, dass die führenden Berater der Solidarność von der Gewerkschaftsorganisation als Hauptaktionsfeld abgerückt waren und zum Teil ihre Aktivitäten in andere Organisationen verlagert hatten, wie z.B. in den Klub der katholischen Intelligenz (KIK) oder in halbstaatliche Wirtschaftsorganisationen wie Beratungs- und Forschungsorgane oder den Konsultativrat beim Staatsrat (Dok. 203).

Wenngleich die offizielle Zahl der politischen Häftlinge sich als relativ gering darstellte, war deutlich geworden, dass nach wie vor eine gezielte Politik der polnischen Behörden darin bestand, Repressalien auf missliebig gewordene politisch aktive Oppositionelle auszuüben. So fanden viele Beschlagnahmungen und zahlreiche Konfiszierungen von Wohnungseinrichtungsgegenständen oder Fahrzeugen statt, bei denen von den Behörden „alles, was nicht niet- und nagelfest sei“, mitgenommen wurde (Dok. 207).

In Gesprächen der Vertretung der österreichischen Botschaft in Warschau mit Weihbischof Bronisław Dąbrowski, einem Vertrauten von Glemp, wurde deutlich, dass die wiederholt sich widersprechenden Feststellungen von Wałęsa dazu führten, dass er weder ein ernsthafter Gesprächspartner der Regierung Jaruzelski noch ein solcher für die katholische Kirche war. Dąbrowski gab zu erkennen, dass der Demokratisierungsprozess in Polen nur in kleinen Schritten erfolgen könne, widrigenfalls man in ein politisches Chaos abgleiten würde. Während der Streikunruhen 1988 war demnach zur großen Überraschung zum Ausdruck gekommen, dass die Gewerkschaftsbewegung Solidarność gar nicht über den Rückhalt in der Bevölkerung verfügte, der allgemein angenommen wurde (Dok. 210).

Was die Ausrichtung der polnischen Bevölkerung im sozialistischen Sinne anging, war man an der österreichischen Botschaft am 12. Juli 1988 der Auffassung, dass die Wirtschaftsreform der Regierung nur Erfolgsaussichten hat, wenn diese auch mit gesellschaftspolitischen Neuerungen Hand in Hand gehen würde. Nach einer der Botschaft vorliegenden Einschätzung des Politbüros der PVAP waren im Sommer 1988 lediglich 5% der Bevölkerung bereit, die Kommunisten zu unterstützen. Der nach wie vor verbotenen Solidarność sollten hingegen nicht mehr als 17% folgen und das Gros des

polnischen Volkes mit ca. knapp 80% mehr oder weniger stark der katholischen Kirche nahestehen (Dok. 211).⁶⁶

Bei seinem Besuch in Polen vom 11. bis 14. Juli 1988 ging Gorbatschow zwar in seinen öffentlichen Verlautbarungen auf die Opfer der Geschichte ein, vermied jedoch zur Enttäuschung vieler Oppositioneller Hinweise auf den Mord an den über zehntausend von polnischen Offizieren und Soldaten in den Wäldern von Katyn bei Smolensk vom 3. April bis 11. Mai 1940 während des Zweiten Weltkriegs, die Jahrzehnte zuvor schon und bis zuletzt der deutschen Seite angelastet, aber von der sowjetischen NKWD begangen worden waren. Die Unterlassung der Erwähnung dieses Massenmordes war umso bemerkenswerter, als die polnische Bevölkerung – laut österreichischer Botschaft – bekannterweise dies als eine offene Wunde empfand. Für den österreichischen Botschafter Somogyi stand jedoch noch nicht eindeutig fest, ob Stalin oder Hitler an der massenhaften Ermordung polnischer Militärschuld war, doch vermochte er die Leidenschaft im polnischen Volk zu erkennen, den Sowjets, die man wesentlich mehr hassen würde als die Deutschen, die Schuld an diesem Verbrechen zuzuschreiben. Es sei jedoch von polnischer Seite „naiv“ gewesen, so Somogyi, anzunehmen, dass Gorbatschow eine sowjetische Schuld auf polnischem Boden zugeben würde. Mehrfach hatte er die „Perestroika“ in seinen Reden erläutert, war auf die Fragen der Abrüstung in den Ost-West-Beziehungen eingegangen, wiewohl er in seinen Ausführungen mit keinem Wort die Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* erwähnt, jedoch die Politik Jaruzelskis hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche wohlwollend im Urteil bedacht hatte. Sechsmal erwähnte Gorbatschow die Zugehörigkeit der polnischen Westgebiete zu Polen, besonders die Stadt Stettin. Während seines Polenaufenthaltes machte er keine unmissverständliche Äußerung zur Frage der Beibehaltung der Breschnew-Doktrin, sodass diese Frage weiter offenbleiben musste. Sein Besuch diente nach Ansicht der österreichischen Botschaft primär der wechselseitigen Versicherung von Unterstützung bei Reformen und der Betonung der exzellenten offiziellen Beziehungen zwischen Moskau und Warschau (Dok. 214, 215).

Die von polnischer Seite propagierte „Europäisierung Europas“ wurde indes von sowjetischer Seite zurückgewiesen, weil diese Vorstellung den Eindruck erwecken würde, dass eine Abkoppelung von den USA und Kanada beabsichtigt sei. Moskau wiederholte offiziell zuletzt mehrfach, dass keine solche Absicht verfolgt werde. Das „gemeinsame Haus Europa“ wurde in Wien weiterhin als eine typische (gemeint unausgegorene) Gorbatschow-Idee

⁶⁶ Siehe hierzu auch Bernd Schäfer, *The Catholic Church and the Cold War's End in Europe. Vatican Ostpolitik and Pope John Paul II. 1985-1989*, in: Bozo, et al. (Eds.), *Europe and the End of the Cold War*, pp. 64-77.

aufgefasst, weil diese nach wie vor weder definiert noch elaboriert erschien. Es sei eine Aufforderung an die ehemaligen Alliierten, ein solches Haus zu entwickeln. Solche Empfehlungen waren mehrfach an den Westen ergangen. Laut dem zuständigen Abteilungsleiter des polnischen Außenministeriums würde die KSZE die Basis des „gemeinsamen europäischen Hauses“ bilden, was auch so bleiben sollte. Zusätzlich könnten noch geregelte Kooperationen zwischen NATO und Warschauer Pakt sowie dem Council of Mutual Economic Cooperation (COMECON) und der EG bzw. der European Free Trade Association (EFTA) hinzutreten. Während seines Polenbesuchs hatte Gorbatschow öfter das Konzept des „gemeinsamen europäischen Hauses“ angesprochen. Der sowjetische KSZE-Experte Lew Mendelewitsch hatte zudem angeregt, dass Polen diese Idee weiterentwickeln solle. Feststand jedenfalls für die Botschaft, dass das von Chruschtschow entwickelte Konzept des kollektiven europäischen Sicherheitssystems, welches in Folge von Breschnew immer wieder thematisiert worden sei, schon seit Jahren politisch „tot“ und „kaum wiederbelebt“ worden war (Dok. 217).

Die polnische Regierung äußerte sich über den Juli-Besuch Gorbatschows „äußerst zufrieden“. Ein neues Kapitel in den zwischenstaatlichen Beziehungen wäre damit aufgeschlagen worden. Eine solche Visite habe bisher in Polen noch nicht stattgefunden. Dem „kontaktfreudigen Generalsekretär“ wurde ein Empfang bereitet „wie noch nie einem Ausländer in Polen“, berichtete Botschafter Somogyi. Zufriedenheit bestand insofern, als erstmals offiziell über das Schicksal der in der UdSSR lebenden sowjetischen Staatsbürger polnischer Nationalität gesprochen worden war und Maßnahmen für deren weitere Behandlung im Sinne von Eigenständigkeit getroffen werden sollten (Dok. 220).

Der zwischenzeitlich bekanntgewordene Mordfall des Solidarność-Beraters Jan Strzelecki warf indes die beklemmend wirkende Frage auf, ob es sich um einen zweiten „Fall Popiełuszko“ handeln würde. Der Warschauer Weihbischof Władysław Miziołek, der die Grabrede für Strzelecki gehalten hatte, brachte dabei zum Ausdruck, dass die grausame Ermordung keinen zweiten „Fall Popiełuszko“ darstelle, was die Botschaft als ominös und möglicherweise auch unverantwortlich bezeichnete. Die Solidarność gestaltete die Beisetzung Strzeleckis zu einer Machtmanifestation. Somogyi hielt es für unvorstellbar, dass die polnischen Machthaber die „Beseitigung“ Strzeleckis angeordnet hätten, doch Übergriffe der Exekutivorgane gegen seine Person konnte er nicht ausschließen (Dok. 221).

Die Botschaft beschäftigte sich weiter aufgeschlossen und interessiert mit den neuerlichen Versuchen der polnischen Regierung, im Bereich der Innenpolitik Befriedungsmaßnahmen zu ergreifen. Das Warschauer Regime hatte in der ersten Jahreshälfte 1988 indes führende Repräsentanten der

verbotenen Gewerkschaft Solidarność für einen Anti-Krisen-Pakt zu gewinnen versucht. Mit der geplanten Einführung eines Vereinsgesetzes, wie mit dem Konzept der „reformorientierten Koalition“, hatte die polnische Regierung Schritte unternommen, die innenpolitische Situation zu befrieden und zu entschärfen. Doch Botschaftsrat Michael Weninger⁶⁷ von der Botschaft in Warschau hielt fest, dass ohne Einbeziehung der Solidarność und Wałęsas der Erfolg dieser Unternehmungen fraglich sei (Dok. 224).

Das Verhältnis Polens zur Sowjetunion, die Einsetzung einer gemeinsamen Historikerkommission und wie diese durch den polnischen stellvertretenden Vorsitzenden gewertet wurde, beschäftigten die Botschaft im August 1988. Der Ko-Vorsitzende der gemeinsamen Historikerkommission Jarema Maciszewski sah allein den Umstand des Bestehens einer solchen Einrichtung als „sensationell“ an, zumal es noch vor nicht allzu langer Zeit komplett ausgeschlossen gewesen sei, die sogenannten „weißen Flecken, die zu den schmerzhaftesten polnischen Wunden in der gemeinsamen Geschichte zählen“ würden, durch eine wissenschaftliche Einrichtung aufzuarbeiten. Dazu zählten die Geschehnisse im Zeitraum von 1917 bis 1945, insbesondere Ursache, Verlauf und Folgen des russisch-polnischen Krieges von 1920, die Beseitigung der Kommunistischen Partei

⁶⁷ Michael Heinrich Weninger (* 18.2.1951 in Wiener Neustadt), von 1977 bis 1979 Studienassistent am Institut für Dogmatik der Universität Innsbruck und am Bischöflichen Ordinariat Innsbruck, von 1980 bis 1982 Besuch der Diplomatischen Akademie Wien, von 1984 bis 1986 Attaché an der Österreichischen Botschaft Moskau, von 1984 bis 1986 Erster Botschaftssekretär an der Botschaft in Madrid, von 1986 bis 1991 Botschaftsrat an der Botschaft in Warschau und an der Botschaft in Moskau (1991), von 1991 bis 1992 Leiter des neuerrichteten Österreichischen Generalkonsulates (Generalkonsul) und Leiter der neu errichteten Botschaft in der Ukraine in Kiew (Ständiger Vertreter), von 1993 bis 1997 Leiter der Österreichischen Botschaft in Belgrad als Ständiger Vertreter und nach der völkerrechtlichen Anerkennung von Serbien und Montenegro als außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter, von 1997 bis 2001 im Außenministerium Stellvertretender Leiter der Abteilung für EU-Erweiterung sowie Außenwirtschaftsbeziehungen zu Zentral-, Ost- und Südosteuropa und Leiter der Unterabteilung für Auf- und Wiederaufbau in Südosteuropa tätig, von 2001 bis 2007 erster Österreicher als Politischer Berater der Präsidenten der Europäischen Kommission (Romano Prodi/Group of Policy Advisors [GOPA] und Jose Manuel Barroso/Bureau of European Policy Advisors [BEPA]) zuständig für den Dialog mit den Religionen, Kirchen und Weltanschauungen sowie außenpolitisch für die Staaten Süd-Ost-Europas, von 2007 bis 2008 im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (Abteilung für Asien, Australien, Neuseeland, Ozeanien; ASEM und regionale Zusammenschlüsse wie ASEAN, SAARC und ARF), 2008 Sondergesandter des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten in Ndjamena/Tschad, 2008/09 Leiter der Botschaft in Sarajevo. 2009 Leitung der Abteilung für wissenschaftliche Zusammenarbeit und Dialog der Kulturen und Religionen im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten in Wien (Interkultureller und interreligiöser Dialog, Task Force „Dialog der Kulturen“, multilaterale und bilaterale universitäre Zusammenarbeit), 2011 als erster österreichischer Diplomat Empfang der Priesterweihe (Erzdiözese Wien).

Polens, das Leid der nach dem Einmarsch der Roten Armee am 17. September 1939 in Ostpolen zwangsdeportierten und der nach dem Zweiten Weltkrieg verschleppten und westverschobenen polnischen Bevölkerung, die Entwicklung und das Schicksal der polnischen Untergrundarmee Armia Krajowa sowie die deutsche Niederschlagung des Warschauer Ghettoaufstands vom 1. August 1944 und das mögliche, aber nicht erfolgte Eingreifen der Sowjetarmee. Maciszewski beschrieb die Hauptprobleme jener psychologisch bedingten unterschiedlichen Auffassungen auf sowjetischer wie polnischer Seite, die miserable Quellenlage, die vielfach kryptisch und lückenhaft sei, aber auch die politische Situation, die zwischen Warschau und Moskau noch nie so günstig gewesen wäre, um entsprechend agieren zu können (Dok. 225).

Die Wirtschaftsreform in Polen war mit einem harten Durchgreifen der Regierung verbunden. Wie am 12. August 1988 berichtet wurde, waren die Ursachen für den Rückgang des Warenangebots Mängel bei Rohmaterialien, ihre schlechte Verarbeitung, die enorme Vergeudung von Produktionsmitteln und die Unzulänglichkeit der Distributionen. Die Regierung musste die dramatische Verschlechterung auf dem Gebiet der öffentlichen Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und sonstigen Verbrauchsgütern zugeben. Allein von 28 Warengruppen des alltäglichen Bedarfs blieben 15 weit unter den schlechten Produktionsresultaten von 1987 zurück (Dok. 229).

Die polnische Gewerkschaftsbewegung Solidarität war immer noch verboten während der Offizielle Polnisch-Nationale Verband der Gewerkschaften (OPZZ) nach wie vor an einem eklatanten Mangel an Mitgliedern und gewerkschaftspolitischer Relevanz für die polnischen Werktätigen litt (Dok. 233).

Im August 1988 wurde eine Stiftung der verbotenen Gewerkschaft Solidarność in der Volksrepublik Polen zugelassen. Sie stand unter organisatorischer Leitung von Wałęsa und hatte bereits verbotenerweise seit 1987 gearbeitet. Ihr Hauptanliegen bestand in der medizinischen Betreuung von Arbeitern. Wie die Botschaft ermittelte, waren der Stiftung bisher 3 Mio. US-Dollar als Gabe des amerikanischen Kongresses zugeflossen (Dok. 231).

Die Debatte über mögliche Demokratisierungsbemühungen ging hingegen unablässig weiter. Offener Streitpunkt war die Forderung der Kirche, dass es für polnische Staatsbürger, welche einer neu gegründeten Organisation beitreten wollten oder nicht, zu keinen gesellschaftlichen Nachteilen kommen dürfe. Das Recht auf Freiheit sollte gesetzlich verankert werden und für keine Organisation eine Monopolstellung gewährleistet sein, sodass keine Vereinigung in Warschau oder im gesamten Land einen Ausschließlichkeitsanspruch für sich erheben sollte. Konkurrenz müsse gewährleistet bleiben. Sollte das neue Vereinsgesetz in der von einer

gemischten Kommission ausgearbeiteten Form verabschiedet werden, würde sich eine geradezu sensationelle Entwicklung in Polen anbahnen, so die Botschaft am 19. August 1988. Es wäre der erste Reformschritt, welcher das politische System selbst betreffen würde (Dok. 234) und neue Erwartungen weckte.

In Polen hielt umso mehr eine weitere Streikwelle an. Es handelte sich hauptsächlich um junge Arbeiter zwischen 18 und 23 Jahren, welche nicht der verbotenen Gewerkschaft *Solidarność* angehörten. Ihre Forderungen waren wirtschaftlicher Natur, z.B. Lohnanhebungen sowie die Verbesserung des Warenangebots von Grundnahrungsmitteln und der Sozialleistungen. Ihr Hauptanliegen bestand in der Wiederezulassung der verbotenen Gewerkschaft *Solidarność*. Die katholische Kirche hatte sich zur Streikwelle nicht direkt geäußert. Im Hintergrund waren verschiedene der Kirche nahestehenden Personen vermittelnd tätig. Bereits am 12. August folgte eine Begegnung zwischen Kardinal Glemp und dem Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski (Dok. 237).

Die anhaltende Streikwelle sollte nicht zur Beruhigung der politischen Situation beitragen, wodurch der Partei- und Staatsführung mehr und mehr klar wurde, dass ihr „das Wasser bis zum Halse stehe“ und es erforderlich wäre, die Arbeiterschaft stärker einzubinden. Die Frage der Zulassung der Solidarität hatte sich weiter zugespitzt. Die Bauernschaft verfügte trotz ihrer ökonomischen Relevanz nur über einen geringen politischen Einfluss, da sie im Gegensatz zur Arbeiterschaft nicht auf bedeutende Streikpotentiale zurückgreifen konnte. Jaruzelski war zwar nach wie vor nicht beliebt, aber „ungewöhnlich geachtet“, wie die österreichische Botschaft Bonn ermittelte. Es gebe soweit auch Anzeichen, dass der General „der täglichen Geschäfte müde sei und sich aus der Partei in Richtung Staatspräsidentschaft bewegen“ wolle. Geeignete Nachfolger waren noch nicht genannt, bisher auftauchende Namen würden „wenig Gutes erwarten“ lassen (Dok. 239).

Hinsichtlich der sich entwickelnden gewerkschaftlichen Vielfalt in Polen fanden Gespräche zur Vorbereitung des sogenannten „Runden Tisches“ statt, der Vertreter einer breit gestreuten Opposition mit den führenden Vertretern der kommunistischen Partei zusammenführen sollte. Dieses Vorhaben wurde für Mitte September 1988 in Aussicht genommen und das Hauptthema war der gewerkschaftliche Pluralismus (Dok. 240).

Mitte September 1988 berichtete die Botschaft vom Rücktritt der polnischen Regierung. Die anhaltend unbefriedigende Wirtschaftslage war bestimmend dafür, dass Jaruzelski der allgemeinen Unzufriedenheit Rechnung tragend sich entschlossen hatte, Premierminister Zbigniew Messner fallen zu lassen. Unmut weiter Parteikreise gab es jedoch auch aufgrund des autokratischen Führungsstils von Jaruzelski. Zudem hatte er, wie kritisiert

wurde, nun der Aufnahme von Verhandlungen mit dem bisher zur politischen Unperson abgestempelten Wałęsa zugestimmt und nur die militärischen Mitglieder des Politbüros entsprechend davon in Kenntnis gesetzt. Keinesfalls schien jedoch Jaruzelski bereit, wie man zu berichten wusste, der Solidarność ein Eigenleben als völlig unabhängige Organisation zu gestatten. Sie könne nur als Fraktion im Allpolnischen Gewerkschaftsbund (OPZZ) eine Rolle spielen (Dok. 241).

Nach dem Rücktritt Messners (Dok. 245) wurde mit der Regierungsbetrauung von Mieczysław Rakowski gerechnet. Wie Botschafter Somogyi am 20. September 1988 berichtete, war die angebliche Unbeliebtheit Rakowskis in der Bevölkerung und beim Klerus, die „möglicherweise auch etwas mit seiner angeblich jüdischen Abstammung zu tun“ habe, ein Hinweis darauf, dass Jaruzelski gegenüber eigenen Gefolgsleuten ein Zeichen setzen wollte, keineswegs gewillt zu sein, voll und ganz auf die Linie der Opposition einzuschwenken (Dok. 243).

In einem ausführlichen Bericht vom 21. September 1988 gab die Botschaft einen Überblick und eine Wertung der polnischen Opposition ab. Allein zwölf verschiedene Organisationsformen und Vereinigungen wurden in Polen aufgezählt. Zweifelhaft war dabei, ob alle regimegegnerischen Gruppen und ihre Vertreter grundsätzlich eine westliche Demokratie anstreben würden. Vielen Oppositionellen sei das, was eine westliche Demokratie eben darstelle, „eigentlich gar nicht bekannt“, außerdem dem polnischen Volk „ein gewisser anarchistischer Zug nicht fremd, d.h. zerstören und dann wird man weitersehen“ (Dok. 244).

Mit einer Übergangsregierung Rakowski zu rechnen, schien der Botschaft nicht sehr wahrscheinlich. Sollte sie aber materielle Erfolge erreichen können, wäre die Bildung einer neuen Regierung wiederum unter dessen Führung im Jahre 1990 denkbar. Sollte die Wahl auf Rakowski fallen, war bereits bekannt, dass er zu Jaruzelski ein ausgezeichnetes Verhältnis besaß und der General daher noch für einige Zeit die Geschicke Polens weiter leiten würde (Dok. 245, 246).

Die politische Entwicklung nahm seit 1988 und zu Beginn des Jahres 1989 eine derartige Dynamik an, dass sich fragte, wie weit sich die Volksrepublik Polen eigentlich schon von der Sowjetunion entfernt hatte oder sogar als unabhängig von ihr angesehen werden konnte (Dok. 285). Nicht zu übersehen waren die daraufhin einsetzenden wechselseitigen Wahrnehmungen in den noch bestehenden sozialistischen Volksrepubliken im Sowjetverbund. So wurden der Umgang der kommunistischen Regierung in der Tschechoslowakei mit dem Dissidenten und Schriftsteller Václav Havel und seine Verurteilung (Dok. 302) sehr aufmerksam in Polen registriert sowie von

der politisch engagierten und interessierten Öffentlichkeit auch verurteilt (Dok. 303).

Wie in keinem anderen sozialistischen Staat gab es in Polen anhaltende Streiks und Unruhen über die 1970er und 1980er Jahre hinausgehend mit entsprechender politischer Signalwirkung und Strahlkraft auf die in den sozialistischen „Bruderstaaten“ lebenden Menschen und Sympathisanten der Politik Gorbatschows. Die breitgefächerte Opposition hatte in Polen einen derartigen Zulauf, dass die kommunistische Regierung gezwungen war, einen „Runden Tisch“ zu etablieren, der zum Muster für Reformbewegungen und Konzessionen der Regierung gegenüber der Opposition in weiteren sozialistischen Staaten wurde. Die positiven Ergebnisse der Verhandlungen vom Frühjahr 1989 hatten eine Beispielfunktion für Reformbestrebungen in Ungarn und um ein halbes Jahr verzögert schließlich auch in der DDR und der Tschechoslowakei (Dok. 324, 344).

Im April 1989 war die Realisierung der Verhandlungsergebnisse des „Runden Tisches“ in Polen für alle Welt erkennbar. Sie bedeuteten im Grunde den politischen Durchbruch zur Teil-Emanzipation von der kommunistischen Herrschaft (Dok. 334).

Das Land war allein schon aufgrund seiner Größe und der prekären geopolitischen Konstellation für Moskau wiederholt ein Fall von besonderer außen-, bündnis- und sicherheitspolitischer Brisanz. Sehr wohl wusste man in der Metropole der Sowjetunion über die belastete Geschichte zwischen Polen und Russland im Laufe der Jahrhunderte. Die Stimmung in der polnischen Volksrepublik war durch die starke Präsenz der römisch-katholischen Kirche und den ersten polnischen Papst der Geschichte, Johannes Paul II. (Karol Wojtyła), sowohl von einer antirussischen und antisowjetischen als auch von einer antikommunistischen Stimmung geprägt (Dok. 354).

Das endgültige Ergebnis der Parlaments- und Senatswahlen in Polen vom 4. und vom 18. Juni 1989 sollte ein deutliches Signal für Aufbruch und Veränderung wie auch gleichzeitig eine Niederlage für alle Gegner eines Reformkommunismus bzw. Befürworter des Festhaltens an starren poststalinistisch-sozialistischen Strukturen werden (Dok. 371, 504). Die westlichen Missionschefs kamen zu einer Unterredung mit Rakowski am 16. Juni 1989 zusammen, um über die innenpolitische Lage in Polen zu konferieren. Schließlich folgten die ersten freien Wahlen in einer noch bestehenden sozialistischen Volksrepublik, die letztlich einen deutlichen Sieg des katholisch-liberal-konservativen Oppositionellen Tadeuz Mazowieki bewirkten (Dok. 358).

Der Sieg der Oppositionellen war aber nicht voll auszukosten, weil nur ein Teil des polnischen Parlaments nachzubesetzen war. Die Herrschaft blieb geteilt zwischen Neuem und Altem. Einerseits wurde Mazowieki

Ministerpräsident, andererseits blieb General Jaruzelski Staatspräsident der Volksrepublik Polen (Dok. 380). Die revolutionären Umwälzungen waren aber trotz Beibehaltung seiner Position nicht mehr aufzuhalten. So wurde im Juli 1989 ein freier Markt für Lebensmittel eingeführt (Dok. 385).

Trotz aller Fortschritte und Veränderungen im politischen System bestanden jedoch noch Gefährdungspotentiale für den laufenden Demokratisierungsprozesses (Dok. 399), die es aus der Sicht der Kritiker der Einparteien-Diktatur zu beseitigen galt. In dieser Hinsicht sollte die Gewerkschaft *Solidarność* eine Schlüsselrolle einnehmen, was sich aus einem Gespräch mit ihrem Führer Wałęsa ergab (Dok. 427).

In der zweiten Jahreshälfte 1989 sandte die polnische Regierung zukunftsorientierte Signale an die Staaten Westeuropas und die USA (Dok. 389). Durch diese erkennbare Westorientierung der Regierung Mazowiecki zeichnete sich auch Polens Perspektive in das gemeinschaftlich-institutionalisierte Europa ab (Dok. 390). Durch die weit fortgeschrittene Demokratisierungsentwicklung lag es nahe, die Gewerkschaftsbewegung „Solidarität“ auch als ein Gewerkschaftsmodell für ganz Mittel- und Osteuropa anzusehen (Dok. 394).⁶⁸

Gegen Jahresende 1989 zeigte der Abschlussbericht der Botschaft auf, dass die Demokratieentwicklung in der inzwischen schon nicht mehr als „Volksrepublik“, sondern praktisch als „Republik“ zu bezeichnenden polnischen Staatlichkeit von allen vormaligen realexistierenden sozialistischen Ländern am weitesten fortgeschritten war (Dok. 462).

Aufgrund der parteipolitischen Dynamik und systempolitischen Öffnung der neuen republikanischen Staatsform wurde 1991 die Sehnsucht der Menschen nach Zugehörigkeit zu Europa befördert, womit gleichzeitig Identitätsprobleme offenkundig wurden: Mit dem polnisch-römischen Katholizismus und dem polnischen Nationalismus waren relativ deutlich ausgeprägte Identitäten als kulturelle Selbstverständnisse des Landes vorhanden, die sich in Zukunft mit dem gemeinschaftlichen Europa als nicht leicht verträglich bzw. problemlos vereinbar erweisen sollten (Dok. 657).

Im Frühjahr 1990 war bereits die Entwicklung hin zu einer parlamentarischen Demokratie in der nunmehr so bezeichneten „Republik Polen“ ein unumkehrbarer Prozess (Dok. 504) und im Herbst der Fortgang der Reformpolitik unaufhaltsam (Dok. 587). Bei aller Fortschrittlichkeit war jedoch erkennbar, dass sich die herausbildende neue Parteienlandschaft immer stärker diversifizierte und zersplitterte, wodurch die Gefahr eines politischen

⁶⁸ Siehe hierzu auch Andrzej Paczkowski, *Playground of Superpowers, Poland 1980-89. A View from Inside*, in: Olav Njølstad (Ed.), *The last decade of the Cold War. From conflict escalation to conflict transformation* (Cass series – Cold War history 5), Portland 2004, pp. 372-401.

Lähmungszustandes bestand (Dok. 605). So fragte die Forschung auch, ob der Untergang des Kommunismus in Polen eine inszenierte Evolution oder eine gescheiterte Revolution war.⁶⁹

2. Gewaltverzicht und Machtteilung:

Ungarns „schleichende“ Transformation und vereinbarte Revolution

Die revolutionären Vorgänge in Polen gingen allen umbruchartigen Entwicklungen in den ausklingenden 1980er Jahren in Mitteleuropa voraus. Sie waren so anregend, inspirierend und motivierend wie leitend, so dass die Ungarn als nächste folgten.⁷⁰

Nach dem Ableben von KPdSU-Generalsekretär Konstantin Tschernenko am 10. März 1985 richtete sich der Blick der veröffentlichten Meinung Ungarns rasch auf seinen Nachfolger Gorbatschow, über dessen Wahl allenthalben Zufriedenheit und Zuversicht in der ungarischen Öffentlichkeit geäußert wurden. Im Sinne der Demokratisierung der Politik und der Modernisierung der Wirtschaft sollte sich Ungarn in die gleiche Richtung wie die reformorientierte Sowjetunion bewegen (Dok. 11).

Der XIII. Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) vom 25. bis 28. März 1985 erfreute sich besonders großen westlichen Medieninteresses. Zur Lage der Gesellschaft und der Lebensbedingungen äußerten sich Parteisekretär János Kádár wie auch andere politische Redner öffentlich, ohne die Verhältnisse zu beschönigen. Untererreichte Zielvorgaben wurden offen zugegeben. Konzidiert wurde, zu viel versprochen und sich dabei übernommen zu haben. Die Führung räumte ein, dass die

⁶⁹ Tom Junes, The demise of communism in Poland. A staged evolution or failed revolution?, in: Kevin McDermott/Matthew Stibbe (Eds.), The 1989 Revolutions in Central and Eastern Europe. From Communism to Pluralism, Manchester 2016, pp. 96-112.

⁷⁰ Rudolf L. Tökés, Hungary's Negotiated Revolution: Economic Reform, Social Change, and Political Succession 1957-1990, Cambridge: Cambridge University Press 1996; Andreas Oplatka, Der Eiserner Vorhang reißt. Ungarn als Wegbereiter, Zürich 1990; Ders., Hungary 1989: Renunciation of Power and Power-Sharing, in: Mueller/Gehler/Suppan (Eds.), The Revolutions, 77-91; Andreas Schmidt-Schweizer, Die politischen Auseinandersetzungen am 'Nationalen Runden Tisch.' Systemtransformation auf dem 'Verhandlungsweg?', in: *Südosteuropa* 46 (1997), 1/2, 37-64; Ders., Die Öffnung der ungarischen Westgrenze für die DDR-Bürger im Sommer 1989. Vorgeschichte, Hintergründe und Schlussfolgerungen, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 37 (1997), 1, 33-53; Ders., Motive im Vorfeld der Demontage des 'Eisernen Vorhangs' 1987-1989, in: Peter Haslinger (Hrsg.), Grenze im Kopf, Frankfurt/Main – Berlin – Bern 1999, 127-139; Ders., Vom Reformsozialismus zur Systemtransformation. Politische Veränderungsbestrebungen innerhalb der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP) von 1986 bis 1989, Frankfurt am Main – Berlin – Bern 2000; Ders., Politische Geschichte Ungarns 1985-2002. Von der liberalisierten Einparteienherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase (Südosteuropäische Arbeiten 132), München 2007; Andreas Oplatka, Der erste Riss in der Mauer: September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze, Wien 2009; Odd Arne Westad, Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte, Stuttgart 2019, S. 645-684.

weltwirtschaftlichen Veränderungen zu zögerlich erkannt worden seien. Innerhalb der Partei hatte bereits ein heftiges Tauziehen zwischen Konservativen und Reformern eingesetzt, wobei die Reformanhänger die Oberhand behielten. Trotz der Eingeständnisse wollte die Parteileitung noch am bisherigen und herkömmlichen Kurs festhalten, wie auch ein klares Bekenntnis zum neuen Generalsekretär Gorbatschow fehlte (Dok. 18). Im Laufe des folgenden Jahres zeichneten sich jedoch Änderungen ab.

Die ungarische Reaktion auf den 27. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 zeigte, wie vorsichtig und zögerlich Kádár auf die Reformfrage reagierte, während er sein Einverständnis mit der Außenpolitik Gorbatschows zu verstehen gab. Die bisherigen ungarischen Maßnahmen selbst hatten noch nicht die wirtschaftlichen Versprechen einlösen können. Abgesehen von Kádárs Zurückhaltung wurde die Politik Gorbatschows als Bestätigung der bisherigen ungarischen Liberalisierungsmaßnahmen gewertet. Das Ausmaß der sowjetischen Reformen erschien weniger weitreichend, insbesondere was die Lenkungswirtschaft und Privatinitiativen anging (Dok. 50).

Der „Freundschaftsbesuch“ von Gorbatschow in Budapest am 8./9. Juni 1986, offiziell ein Staatsbesuch, brachte sein Interesse am ungarischen Wirtschaftskurs wie auch das Bemühen zum Ausdruck, die bilateralen Beziehungen in demonstrativer Übereinstimmung der Auffassungen in allen Grundsatzfragen zu dokumentieren. Die Visite diente dem Versuch der Imageaufbesserung nach dem verheerenden Reaktorunfall in Tschernobyl vom 26. April. Zwischen beiden Parteichefs schien ein gutes Verhältnis zu bestehen. An Ungarns Reformpolitik äußerte Gorbatschow keine Kritik, sondern zollte Anerkennung. (Dok. 57).

Die Neubewertung vorrevolutionärer Ereignisse machte auch in Ungarn nicht Halt. Die Aufstände vom Oktober und November 1956 wurden im Zeichen der Wiederkehr des 30jährigen Gedenkens an ihre blutige Niederschlagung durch die sowjetischen Panzer neu interpretiert und umgedeutet. Von nun an war kaum mehr von einer „Konterrevolution“, sondern von einem „Freiheitskampf“ die Rede, was den historischen Tatsachen auch mehr entsprach (Dok. 84).

Um die Jahreswende 1986/87 war die Stimmung in der Bevölkerung der Volksrepublik Ungarn sehr gemischt. Es gab Enttäuschungen in Bezug auf die gestiegenen und noch nicht in Erfüllung gegangenen Erwartungen der Systemtransformation, aber auch Gerüchte insbesondere mit Blick auf personelle Veränderungen in der Führungsriege der Kommunistischen Partei (Dok. 91).

Es stand für die kommunistischen Spitzenfunktionäre Ungarns nunmehr außer Diskussion, die sowjetischen Reformbestrebungen wie auch die

Erklärungen Gorbatschows auf dem Friedensforum in Moskau vom 14. bis 16. Februar 1987 voll und ganz zu billigen und entsprechend zu unterstützen (Dok. 96).

Die Kontakte zwischen Budapest und Wien intensivierten sich seit 1987/88, wie ein politischer Meinungs austausch des Generalsekretärs des österreichischen Außenministeriums mit dem ungarischen Außenminister Gyula Horn am 30. Oktober 1987 belegte. Gesprächsinhalte waren der sowjetische Reformkurs wie auch die Reformbestrebungen innerhalb des RGW (Dok. 147). Der Austausch fand bereits zuvor seinen Ausdruck, als es um die Diskussion internationaler Fragen ging (Dok. 146).⁷¹

Bereits im September 1987 hatte in Ungarn eine erste Begegnung von Vertretern des „Demokratischen Forums“ stattgefunden. Im Jahr darauf hatten sich die Proponenten ein Statut erarbeitet und in Lakitelek eine Gründungsversammlung abgehalten. Das Forum verstand sich als „demokratisch geistig politische Bewegung“ und unabhängige soziale Organisation. Es wollte nicht als oppositionelle Kraft gelten, gleichwohl auch nicht als regierungsnah (Dok. 238).

Indes ging der wirtschaftliche Reformprozess in Ungarn unaufhaltsam weiter, wobei die Parteiführung es in Kauf nahm, dass es zu einer Interessenskollision mit Teilen der Bevölkerung oder Betrieben kommen würde. Seit praktisch vier Jahrzehnten wurde erstmalig wieder eine Landespartei konferenz der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) für den 20. Mai 1988 einberufen, ein Instrumentarium, welches höchst selten benutzt worden war. Dieses unterschied sich von den üblichen Parteiveranstaltungen hinsichtlich der Wahl der Delegierten. Während diese bei Parteitagen von der Basis entsandt wurden, beschloss das ZK der USAP nun, dass die Parteikomitees der Hauptstadt, der Komitate und die Komitees mit Komitatskompetenz auf jeweils 1.000 Mitglieder einen Delegierten für die Parteikonferenz zu wählen hatten (Dok. 185).

Anlässlich des Besuchs des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolai Ryschkow (1985–1991) in der ungarischen Volksrepublik vom 18. bis 20. April 1988 wurde gemeinsam mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Károly Grósz der „radikalen Erneuerung der Arbeit des RGW“ einvernehmlich Priorität eingeräumt. Dafür erschienen Strukturanpassungen notwendig. Bis diese in Angriff zu nehmen waren, sollten auf bilateraler Ebene zwischen der Sowjetunion und Ungarn Fortschritte angestrebt werden. Der INF-Vertrag, die Abrüstungsverhandlungen und das Wiener KSZE-

⁷¹ Siehe hierzu auch Oliver Rathkolb, Die Österreichische „Ostpolitik“ gegenüber Ungarn, in: István Majoros/Zoltán Maruzsa/Oliver Rathkolb (Hrsg.), Österreich und Ungarn im Kalten Krieg, Wien – Budapest 2010, S. 211-226.

Folgetreffen wurden ausdrücklich im Sinne der Weiterführung dieser Maßnahmen begrüßt (Dok. 189).

Die vom 20. bis 22. Mai 1988 abgehaltene Landesparteiokonferenz der USAP legte einen Machtkampf an der Parteispitze sowie eine öffentlich geführte Programmdiskussion offen, was für kommunistische Verhältnisse ungewöhnlich war. Zentrale Ergebnisse waren die Erneuerung der Parteiführung und ein wirtschaftspolitisches Reformprogramm. Der neue Generalsekretär, Ministerpräsident Grósz, galt als „dynamische Persönlichkeit mit großer Arbeitskapazität“. Sein Hauptaugenmerk galt der Ökonomie, wobei er eine pragmatische Kursrichtung verfolgte und tiefgreifende Reformen anstrebte. Auch innerhalb des Politbüros war der Erfolg der Reformbefürworter erkennbar. Bedeutsam erschien die Wahl des Generalsekretärs der Patriotischen Volksfront, Imre Pozsgay, sowie des „geistigen Vaters der Wirtschaftsreformen“, Rezö Nyers, und des jungen, erst 40jährigen ZK-Sekretärs Miklós Németh (Dok. 198).

Bemerkenswert war im Herbst 1988 auch eine Intensivierung von Demokratisierungsbestrebungen, verbunden mit einer Neuordnung des Vereins- und Versammlungswesens (Dok. 254). Was sich im Laufe des Jahres schon angedeutet hatte, wurde zu Beginn 1989 immer offenkundiger, nämlich der einsetzende breite und viele Themen umfassende Informationsaustausch zwischen den kommunistischen Machthabern und der sehr facettenreichen Opposition (Dok. 289) im Rahmen eines „Nationalen Runden Tisches“.⁷²

Im Zeichen des vom kommunistischen Regime als „Dialog“ bezeichneten Meinungsaustausches taten sich sehr bald Kontroversen und Konflikte um die Deutung der revolutionären Ereignisse vom Oktober und November 1956 auf. Dabei ging es um die Frage, ob es sich letztlich um das vorgegebene verordnete Bild von einer „Konterrevolution“ oder um die von der Opposition geforderte Deutung eines „Freiheitsaufstandes“ handelte (Dok. 290).

Die Diskussion um eine Neubewertung der revolutionären Ereignisse des Herbstes 1956 führte auch zu einer Rehabilitierung des seinerzeitigen

⁷² Andreas Schmidt-Schweizer, Die politischen Auseinandersetzungen am „Nationalen Runden Tisch“. Systemtransformation auf dem „Verhandlungsweg“?, in: *Südosteuropa* 46 (1997) Heft 1/2, S. 37-64; Fricz Tamás, Democratisation, the party system and the electorate in Hungary, in: Mária Schmidt/László Tóth (Eds.), *From totalitarian to democratic Hungary. Evolution and transformation 1990-2000* (Atlantic studies on society in change No. 116), Boulder/Colorado – Highland Lakes/New Jersey 2000, pp. 106-146; András Bozóki (Ed.), *The Roundtable Talks of 1989. The Genesis of Hungarian Democracy. Analysis and Documents*, Budapest – New York 2002, pp. XV-XXXI; Zoltán Ripp, Unity and Division. The Opposition Roundtable and Its Relationship to the Communist Party, in: András Bozóki (Ed.), *The Roundtable Talks of 1989. The Genesis of Hungarian Democracy. Analysis and Documents*, Budapest – New York 2002, pp. 3-39; Erzsébet Ripp, Chronology of the Hungarian Roundtable Talks. January 1989 – April 1990, in: ebd., pp. 366-383; Andreas Oplatka, Hungary 1989. Renunciation of Power and Power-Sharing, in: Mueller/Gehler/Suppan (Eds.), *The Revolutions of 1989*, pp. 77-91.

ungarischen Ministerpräsidenten Imre Nagy (1953–1955, 1956).⁷³ Die Exhumierung seiner Leiche und die Umbettung im Sinne einer neuen Begräbnisgedenkfeier machten am 16. Juni 1989,⁷⁴ exakt an dem Tag seiner Hinrichtung im Jahre 1958, deutlich, dass eine Zeitenwende auch in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Ungarn eingesetzt hatte. Die russisch-sowjetischen Einschätzungen zu Nagy und den Ereignissen von 1956 zeigten, dass auch aus der Sicht der Sowjetführung von einer Zustimmung zu dieser Neuinterpretation auszugehen war (Dok. 357).

Aufschlussreich waren ebenso die sehr unterschiedlichen Reaktionen der sozialistischen „Bruderstaaten“ Mittel- und Osteuropas auf das Begräbnis von Nagy. Während das reformorientierte und sich transformierende Regime in Polen aufgeschlossen und verständnisvoll reagierte, fielen die Reaktionen der starrsinnigen SED-Führung und der kommunistischen Führung der Tschechoslowakei kühl abwartend bis strikt ablehnend aus (Dok. 360).

So kam dieser Trauerfeier für Nagy als Opfer der Geschehnisse von 1956 eine wichtige Signalfunktion hinsichtlich der Auswirkungen auf die sozialistisch-verbündeten Staaten zu (Dok. 363). Eine Duplizität der Ereignisse bestand darin, dass während der Umbettung Nagys der jahrzehntelange Kommunistenführer Ungarns, János Kádár, in einem dahinsiechenden Zustand in einem Budapester Spital lag. Er wurde in Folge seines Ablebens am 6. Juli 1989 in Budapest ohne größeres Aufsehen beerdigt (Dok. 378).

Der Beitritt Ungarns zur Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 samt ihrem Zusatzprotokoll von 1967 am 12. Juni 1989 – angekündigt bereits am 17. März durch den United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) – als erstes sozialistisches Land überhaupt und die konsequente innerstaatliche Durchführung von Asylverfahren waren unüberhörbare Signale mit Blick auf die Bereitschaft der Führung in Budapest, sich gegenüber den ostdeutschen Flüchtlingen im eigenen Lande unter Beachtung des internationalen Flüchtlingsrechts korrekt, d.h. untersützend, wohlwollend und verständnisvoll zu verhalten – ganz anders als die übrigen sozialistischen Staaten es taten (Dok. 356, 403).

Im Laufe des Sommers 1989 zeigte sich dann auch die konziliante und zunehmend offenere Haltung der reformkommunistischen Partei Ungarns mit Blick auf ausreisewillige DDR-Urlauber am Plattensee (Balaton). Sie erhielten bereits die notwendigen Papiere und Stempel, um die Ausreise und damit ihre Absetzbewegung und Flucht aus der DDR im Laufe des Juli,

⁷³ Levente Sipos, Imre Nagy and the Patriotic Popular Front, in: István Feitl/Balázs Sipos (Eds.), *Regimes and transformations. Hungary in the twentieth century*, Budapest 2005, pp. 227-259.

⁷⁴ Karl P. Benziger, *The Funeral of Imre Nagy. Contested History and the Power of Memory Culture*, in: *History and Memory* 12 (Fall/Winter 2000), 2, pp. 142-164.

August und September 1989 zu ermöglichen (Dok. 384, 386). Einen ersten symbolhaften Durchbruch stellte am 19. August das sogenannte Paneuropa-Picknick dar, als es hunderten von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern, die ihren Urlaub in Ungarn verbrachten, gelang, die ungarisch-österreichische Grenze zu überschreiten.⁷⁵

Der Trend zur Neubewertung der gewaltsamen Aufstände und vorrevolutionären Ereignisse im sowjetischen Herrschaftsbereich nahm im Laufe des Sommers 1989 weitere Ausmaße an, indem auch die Erinnerung an die Militärintervention des Warschauer Paktes zur Niederschlagung des sogenannten „Prager Frühling“ ab dem 21. August 1968⁷⁶ in anderen mittelosteuropäischen Staaten entsprechende Rückwirkungen zeitigte und Stellungnahmen provozierte, die noch mehr oder weniger sowjetkonform ausfielen. So gestalteten sich auch die ungarischen Stellungnahmen zur Militärintervention des Warschauer Paktes in der ČSSR im Jahre 1968 sehr positiv im Sinne der Uminterpretation für die tschechoslowakischen Reformsozialisten (Dok. 391) – dagegen ließ sich die SED-Führung in Ost-Berlin dazu nicht vernehmen.

Einmal mehr deutlich wurde der unumkehrbare Trend der ostdeutschen Absetzbewegung in Richtung Westen in der Nacht vom 10. auf den 11. September 1989 durch die regierungsoffiziell positive ungarische Haltung bei der Grenzöffnung für Ausreisewillige und Flüchtlinge aus der DDR (Dok. 408).⁷⁷ Jene ostdeutschen Emigranten, die über Ungarn nach Österreich und weiter nach Bayern in die Bundesrepublik reisten, wurden von einer teils abwartend-distanzierten, teils duldend-wohlwollenden Haltung der Führung der Sowjetunion begleitet und kommentiert (Dok. 409). Diese Bürgerinnen und Bürger aus der DDR brachten durch ihre Handlungen demonstrativ und

⁷⁵ Norman Naimark, „Ich will hier raus.“ Emigration and the Collapse of the German Democratic Republic, in: Ivo Banac (Ed.), *Eastern Europe in Revolution*, Ithaka 1993, pp. 72-116, siehe mehr zu den Hintergründen: Maximilian Graf, *Das Paneuropäische Picknick im Kontext. Wie Österreich zum Tor in die Freiheit werden konnte und welche Folgen dies hatte*, in: Stefan Karner/Philipp Lesiak (Hrsg.), *Der erste Stein aus der Berliner Mauer. Das paneuropäische Picknick 1989* (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung, Graz – Wien – Raabs 30), Graz 2019, S. 33-59.

⁷⁶ Jan Pauer, Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe, Planung, Durchführung, Bremen 1995; Stefan Karner/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarjan/Viktor Vladimirovich Iščenko/Michail Prozumensčikow/Peter Ruggenthaler/Oldřich Tůma/Manfred Wilke (Hrsg.), *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968*, 2 Bde, Köln – Weimar – Wien 2008.

⁷⁷ Siehe hierzu Michael Gehler, Bonn – Budapest – Wien. Das deutsch-österreichisch-ungarische Zusammenspiel als Katalysator für die Erosion des SED-Regimes 1989/90, in: Andrea Brait/Michael Gehler (Hrsg.), *Grenzöffnung 1989. Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich* (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Salzburg 49), Wien – Köln – Weimar 2014, S. 135-162.

durch die entsprechende TV-mediale Verbreitung ihres Handelns die sozialistische Einparteien-Diktatur des SED-Systems mehr und mehr ins Wanken.

Die Wahlen am 25. März 1990 fielen in Ungarn in deutlicher Weise für den Systemwechsel aus: Der Christdemokrat József Antall⁷⁸ war Sieger einer zukünftigen christlich-demokratisch-bürgerlich-liberaldemokratischen Regierung (Dok. 502). Sehr genau wurde das Programm des neuen ungarischen Ministerpräsidenten analysiert. Es deutete in Richtung eines historischen Paradigmenwechsels durch den Reformpolitiker, der selbst auch Historiker war (Dok. 524).

Das, was sich viele Ungarn schon im Jahr 1956 wünschten, folgte schließlich ab Herbst des Jahres 1990: der einsetzende Abzug der sowjetischen Truppen. Dabei handelte es sich auch um Ausgleichsmaßnahmen und Kompensationszahlungen zwischen Budapest und Moskau (Dok. 535). Ungarn war als erstes Land des Warschauer Paktes frei von sowjetischen Truppen. Am 19. Juni 1991 verließ der letzte Sowjetsoldat das Land. Damit war das Zeitalter der Sowjetbesetzung Ungarns und somit auch die Epoche des Kalten Krieges für Ungarn beendet.⁷⁹

3. Reformblockade und Systemerstarrung in der DDR

In Ostdeutschland hatte sich ein ökonomischer Abwärtstrend in den 1980er Jahren bemerkbar gemacht. Dank umfangreicher Milliarden-Kredite v.a. von Banken der Bundesrepublik, aber auch durch Milliarden-Hilfe aus Österreich,⁸⁰ folgte ein leichter Anstieg der Wirtschaftsentwicklung. Dieser konnte jedoch nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass die DDR zu diesem Zeitpunkt weit über ihre Verhältnisse lebte.⁸¹

⁷⁸ András Gergely, József Antall. Prime Minister of the change of régime, in: Mária Schmidt/László Tóth (Eds.), *From totalitarian to democratic Hungary. Evolution and transformation 1990-2000* (Atlantic studies on society in change No. 116), Boulder/Colorado – Highland Lakes/New Jersey 2000, pp. 147-162; siehe die Rede vom 23. 3. 1990 „On the Eve of the Election“: József Antall, Prime Minister of Hungary. Selected Speeches and Interview (1989-1993), Budapest 2008, pp. 100-110.

⁷⁹ Krisztián Ungváry, Ungarn und das Ende des Kalten Krieges, in: Katharina Hochmuth (Hrsg.), *Krieg der Welten. Zur Geschichte des Kalten Krieges*, Berlin 2017, S. 287-300.

⁸⁰ Maximilian Graf, Before Strauß: The East German Struggle to Avoid Bankruptcy During the Debt Crisis Revisited, in: *The International History Review* (2019). OnlineFirst: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/07075332.2019.1641542> (Abruf 15.1.2022).

⁸¹ Günter Kusch/Rolf Montag/Günter Specht, *Schlußbilanz – DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik*, Berlin 1991; Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, *Der ökonomische Niedergang der DDR*, in: *Deutschland Archiv* (1995), 6, S. 588-602; Albert Ritschl, *Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR. Ein Zahlenbild 1945-1989*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (1995) 2, S. 11-46; Jeffrey Kopstein, *The Politics of Economic Decline in East Germany 1945-1989*, Chapel Hill 1997; A. Steiner, *Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang. Zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR*, in: Konrad H. Jarausch/Martin

Wie weit das „neue politische Denken“, wie es von Gorbatschow und seinen Beratern apostrophiert und propagiert wurde, auch Auswirkungen auf den ostdeutschen sozialistischen Staat in der Endphase der Ära Erich Honecker (1971–1989),⁸² also noch vor seinem viel beachteten Besuch vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik hatte, beschäftigte auch die österreichische Diplomatie. Es war jedoch im Zeitraum von 1985 bis 1989 kein Anzeichen erkennbar, dass sich der Chef der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) bereit- und freiwillig sowie entschlossen und offen für Gorbatschows Reformkurs in der DDR einsetzen und ihn auch umsetzen würde (Dok. 103). Ganz im Gegenteil und im Gegensatz zur Parole „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“⁸³ schien alles darauf hinzudeuten, dass Honecker diesen neuen Trend in der UdSSR entschieden ablehnte und sich ihm kategorisch entgegenstellte.

Die Auswirkungen der Reformpolitik Gorbatschows trafen alle Einparteien-Systeme im sogenannten Ostblock.⁸⁴ Die Folgen für den ostdeutschen Quasi-Einparteienstaat wurden nach dem Besuch Honeckers in Bonn weiterhin aufmerksam vom Ballhausplatz beobachtet. Wenngleich „Glasnost“ und „Perestroika“ die SED-Führung völlig unbeeindruckt ließen, waren die Reaktionen in Teilen der Gesellschaft und der Öffentlichkeit der DDR unübersehbar, denn es deuteten sich bereits zunehmend unverhohlene Sympathien und nahezu kollektive Zuwendungen zu Gorbatschows Reformkurs an, die politisch einiges in Bewegung und den diktatorisch geführten SED-Staat in Bedrängnis bringen sollten (Dok. 141).

Trotz aller nach außen bekundeter und äußerlicher „Freundschaft“ und „Solidarität“ im gemeinsamen „Klassenkampf“ im Jargon der sozialistischen Phraseologie waren beim Arbeitsbesuch des Generalsekretärs der SED und dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR in der Sowjetunion vom 27. bis 29. September 1988 keine Anzeichen erkennbar, dass der ostdeutsche Potentat dem von Gorbatschow eingeschlagenen reformpolitischen Weg folgen würde

Sabrow (Hrsg.), Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 153-192.

⁸² Norbert F. Pötzl, Erich Honecker. Eine deutsche Biographie, Stuttgart – München 2002; Martin Sabrow, Der führende Repräsentant. Erich Honecker in generationsbiographischer Perspektive, in: *Zeithistorische Forschungen*. Band 10, 2013, S. 61-88; Martin Sabrow, Erich Honecker. Das Leben davor. 1912-1945, München 2016.

⁸³ <https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/plakat-von-den-sowjetmenschen-lernen.html> (Abruf 15.1.2022); zur Desillusionierung und zum Glaubensverfall der SED-Kader als Voraussetzung für die friedliche Revolution 1989 siehe Manfred Wilke, Die DDR als sowjetischer Satellitenstaat (Wissenschaftliche Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung, Graz – Wien – Raabs, Sonderband 26), Berlin 2021, S. 155-169.

⁸⁴ Stathis N. Kalyvas, The Decay and Breakdown of Communist One-Party Systems, in: *Annual Review of Political Science* (1999), 2, pp. 323-343.

(Dok. 249). Die Partei hatte zeitweise bis zu 3,5 Millionen Mitglieder. Dadurch und dank der ihr angeschlossenen „Massenorganisationen“ schien die gesellschaftliche Einheitlichkeit gesichert und die politische Stabilität gewährleistet. Der österreichische Botschafter in Ost-Berlin sah die DDR von 1988 bis 1989 daher noch als ungefährdet an.⁸⁵

Eine Zuspitzung der sich scheinbar nicht verändernden politischen Lage im Quasi-Einparteien-Staat entstand durch den für alle Welt sichtbaren Wunsch der ostdeutschen Urlauber in Ungarn, im Sommer 1989 über Österreich in den freien Westen zu gelangen. Die Einstellung der ungarischen reformkommunistischen Führung zu diesem Thema, die sich mehr und mehr den bundesdeutschen Interessen zur Förderung der deutschen Einigungsbewegung und letztlich zur Wiederherstellung der deutschen Einheit näherte, wurde zur Schlüsselfrage für die Fortexistenz des SED-Systems (Dok. 405, 407, 408).

Die Gestattung der Weiterreise der Ostdeutschen durch Österreich nach der offiziellen Grenzöffnung Ungarns in der Nacht vom 10. auf den 11. September 1989 ab 0 Uhr war der erste Riss in der Mauer, wie es der ungarische Publizist Andreas Oplatka⁸⁶ metaphorisch genannt hatte. Gleichwohl hat zuvor bereits der Historiker Andreas Schmidt-Schweizer⁸⁷ auf die reformsozialistischen Transformationsprozesse schon vor dem Revolutionsjahr aufmerksam gemacht wie auch auf die Signalfunktion der Grenzöffnung im Spätsommer 1989 hingewiesen (Dok. 407, 408, 409). Zudem fragte sich, ob nicht die umwälzenden Vorgänge im Polen der 1980er

⁸⁵ Michael Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands 1989/90, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 57 (2009), 5, S. 427-452; Ders., Austria, the Revolutions and the Unification of Germany, in: Mueller/Gehler/Suppan (Eds.), *The Revolutions of 1989*, pp. 437-466; siehe zur Gesellschafts- und Diktaturkrise: Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009, S. 301-404.

⁸⁶ Andreas Oplatka, *Der erste Riss in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze*, Wien 2009.

⁸⁷ Andreas Schmidt-Schweizer, Die Öffnung der ungarischen Westgrenze für die DDR-Bürger im Sommer 1989. Vorgeschichte, Hintergründe und Schlußfolgerungen, in: *Südosteuropa-Mitteilungen* 37 (1997), 1, S. 33-53; Ders., Motive im Vorfeld der Demontage des „Eisernen Vorhangs“ 1987-1989, in: Peter Haslinger (Hrsg.), *Grenze im Kopf*, Frankfurt/Main – Berlin – Bern 1999, S. 127-139; Helmut Wohnout, Vom Durchschneiden des Eisernen Vorhangs bis zur Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Österreichs Außenminister Alois Mock und die europäischen Umbrüche 1989-1992, in: Brait/Gehler (Hrsg.), *Grenzöffnung 1989*, S. 185-219; Ders., Die Umbrüche 1989 aus der Perspektive der österreichischen Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung des bilateralen Verhältnisses zu Ungarn, in: Csaba Szabó, *Österreich und Ungarn im 20. Jahrhundert* (Publikationen der Ungarischen Geschichtsforschung in Wien Bd. IX), Wien 2014, S. 325-342.

Jahre bereits den ersten Riss in der Mauer bewirkten,⁸⁸ dem dann ein weiterer durch Ungarn folgte.

Die abwartende, aber nicht negative Haltung des Kremls in der Frage des Transfers der DDR-Flüchtlinge von Ungarn über Österreich in die Bundesrepublik (Dok. 409) war wie schon das „Paneuropa-Picknick“ am 19. August im grenznahen Raum von Österreich und Ungarn von Klingenberg/Sopron ein weiterer unübersehbarer Indikator für die sich abzeichnenden politischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa.⁸⁹

Das zukünftige Schicksal der DDR war mit diesem Dammbbruch vom 11. September 1989 an der ungarisch-österreichischen Grenze, der die größte Fluchtbewegung von Ostdeutschen seit dem Bau der Berliner Mauer vom 13. August 1961 darstellte, von immenser öffentlicher Bedeutung. Darüber war sich der bundesdeutsche Botschafter in Wien, Dietrich Graf v. Brühl, voll und ganz im Klaren, der, gemeinsam mit seiner Gattin Octavia, alle Hände voll zu tun hatte, um die DDR-Flüchtlinge auf ihrer Durchreise durch Österreich zu versorgen.⁹⁰

Neue Parteien und demokratische Organisationen schossen inzwischen in Ostdeutschland wie Pilze aus dem Boden: das „Neue Forum“ am 10. September, „Demokratie jetzt“ am 12. September, die Sozialdemokratische Partei am 7. Oktober und der „Demokratische Aufbruch“ am 29. Oktober 1989.⁹¹ Bestärkt durch Gorbatschow und die Veränderungen in den

⁸⁸ Frank Hadler, *The Polish 1989. The First Break in the Wall after a Decade of Struggle for the State of Solidarity*, in: Ulf Engel/Frank Hadler/Matthias Middell (Eds.), *1989 in a Global Perspective (Global history and international studies XI)*, Leipzig 2015, pp. 63-79.

⁸⁹ Maximilian Graf, *Die Welt blickt auf das Burgenland – Die Grenze wird zum Abbild der Veränderung*, in: Ders./Alexander Lass/Karlo Ruzicic-Kessler (Hrsg.), *Das Burgenland als internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert*, Wien 2012, S. 135-179.

⁹⁰ Siehe hierzu auch die Zeitzeugengespräche in: Michael Gehler/Andrea Brait, *Erweiterte Diplomatiegeschichte durch Oral History im Zeichen von Internationaler Geschichte*, in: Michael Gehler/Andrea Brait (Hrsg.), *Am Ort des Geschehens in Zeiten des Umbruchs. Lebensgeschichtliche Erinnerungen aus Politik und Ballhausplatzdiplomatie vor und nach 1989 (Historische Europa-Studien 17/Teilband 3)*, Hildesheim – Zürich – New York 2017, S. 9-77; zu den Flüchtlingen in den westdeutschen Botschaften siehe Katarzyna Stokłosa, *Die letzte Fluchtwelle aus der DDR im Jahr 1989. Aus den Berichten der westdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 64 (2015), 1, S. 40-80.

⁹¹ Wolfgang Ullmann, *Demokratie – jetzt oder nie! Perspektiven der Gerechtigkeit*, München 1990; Christiane Lemke, *Christiane, Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR*, Darmstadt 1991, S. 276-278; Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989*, Berlin 1997; Ders., *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90*, München – Zürich 2008, S. 111-215; Irena Kukutz, *Chronik der Bürgerbewegung Neues Forum 1989-1990*, hrsg. v. d. Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., Berlin 2009; Mut. *Frauen in der DDR – mit Fotos und Dokumenten*, München 2005; Peter Gohle, *Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90*, Bonn 2014.

sozialistischen Nachbarstaaten führten die anhaltenden und immer massenhafter werdenden Demonstrationen zur Verschärfung der ostdeutschen Staatskrise und letztlich zur völligen Demontage der SED-Herrschaft, die sich größtenteils durch eine schleichende Selbstaufgabe vollzog. Vorentscheidend für die sich abzeichnende „Wende“, wie das zunehmend geflügelte Wort in der ostdeutschen Bevölkerung lauten sollte, war der Massenexodus zehntausender DDR-Flüchtlinge zunächst über Ungarn und dann über die ČSSR, die von dort ihre Ausreise in die Bundesrepublik erzwangen. Flankiert wurden diese Vorgänge durch den disziplinierten Massenprotest bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig im Oktober und November sowie in anderen größeren Städten der DDR. Die Welle der Protestbewegung war vom sächsischen Plauen ausgegangen und über Dresden weiter nach Leipzig getragen worden, bis sie letztendlich auch Ost-Berlin erreichte.⁹² Der „Urlaubsrevolution“ außerhalb in Ungarn folgte eine „Feierabend-Revolution“ innerhalb der DDR.⁹³

Die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Staatsgründung der DDR am 7., 8. und 9. Oktober 1989 waren begleitet von sich steigenden sowie immer mutiger und vehementer werdenden Protestaktionen unter Einhaltung der Demonstrationsdisziplin – allerdings bei einem sich entgegenstellenden brutalen Polizeieinsatz.⁹⁴ Der SED-Führung fiel nichts anderes ein, als im Wesentlichen stur zu sein sowie nur hinhaltend und zögerlich an einer neuen Reiseverordnung zu arbeiten. Der starrsinnig bleibende Honecker musste aufgrund wachsender Kritik in der Parteiführung am 18. Oktober widerwillig

⁹² Uwe Schwabe, *Der Herbst '89 in Zahlen – Demonstrationen und Kundgebungen vom August 1989 bis zum April 1990*, in: Eberhard Kuhrt u.a. (Hrsg.), *Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft*, Opladen 1999, S. 719-735.

⁹³ Ludger Kühnhardt, *Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang*, München 1994, S. 260; Richard Schröder, *Repräsentationsauffassungen und Parlamentarisierung in der DDR: Quellen, Formen und Folgen*, in: Uwe Thaysen/Hans Michael Kloth (Hrsg.), *Wandel durch Repräsentation – Repräsentation durch Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR*, Baden-Baden 1992, S. 145-161, hier S. 146; Karlheinz Blaschke, *Die „sächsische“ Revolution von 1989 – ein städtisches Ereignis*, in: Bernhard Kirchgässner/Hans-Peter Becht (Hrsg.), *Stadt und Revolution (Stadt in der Geschichte 27)*, Stuttgart 2001, S. 109-123; Hans-Hermann Hertle, *The October Revolution in East Germany*, in: Mueller/Gehler/Suppan (Eds.), *The Revolutions*, pp. 113-135; Janusz Sawczuk, *Turbulentes 1989. Genese der deutschen Einheit (Nationalisms across the Globe 6)*, Oxford – Bern – Berlin – Bruxelles – Frankfurt am Main – New York – Wien 2011.

⁹⁴ Schröder, *Repräsentationsauffassungen*, S. 146-147; Martin Sabrow, *1989 und die Rolle der Gewalt*, Göttingen 2012.

zurücktreten.⁹⁵ Sein Nachfolger Egon Krenz kündigte die „Wende“⁹⁶ an. Es gelang jedoch keine Beruhigung und Stabilisierung der politischen Verhältnisse. Am 21. Oktober demonstrierten in Leipzig 250.000 Menschen und am 4. November 500.000 auf dem Alexanderplatz in Berlin, bei der Krenz schon keine öffentliche Präsenz mehr zeigte. Der Staatssicherheitsdienst war nicht mehr in der Lage, die unüberschaubar gewordenen Proteste einzufangen und einzudämmen. Am 7. November trat die Regierung Willi Stoph zurück. Die vorzeitig und für alle Welt völlig überraschend durch Günther Schabowski am 9. November 1989 auf einer Pressekonferenz auch vor westlichen Journalisten verkündete neue Reiseregulation, die praktisch auf eine Öffnung der Grenzübergangstellen (GÜSt) an den Ostsektoren Berlins hinauslief, bedeutete die „unbeabsichtigte Selbstaflösung des SED-Staates“⁹⁷ sowie die „wirklich entscheidende Niederlage“⁹⁸ für die DDR-Regierung und ihr Ende,⁹⁹ gleichwohl diese Handlung zu ihrer Rettung gedacht war.¹⁰⁰ Die Menschen hatten die Botschaft verstanden, bewegten sich zu den GÜSt und erzwangen gegenüber den instruktionslosen und überforderten Grenzbeamten die Sektoren-Grenzöffnung. Der „Fall der Mauer“ war nicht ausgehend vom Westen erfolgt.¹⁰¹ Die Mauer wurde von

⁹⁵ Hans-Hermann Hertle, Der Sturz Erich Honeckers. Zur Rekonstruktion eines innerparteilichen Machtkampfes, in: Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln – Weimar – Wien 1999, S. 327-346.

⁹⁶ Honecker-Nachfolger Egon Krenz benutzte den Begriff „Wende“, hat ihn aber nicht erfunden, siehe <https://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Wende-Stammt-der-Begriff-wirklich-von-Egon-Krenz2>; der Begriff wurde von dem Schriftsteller Volker Braun geprägt. Der Kulturhistoriker und Soziologe Bernd Lindner hat dies entdeckt und nachgewiesen.

⁹⁷ Hermann H. Hertle, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstaflösung des SED-Staates, Opladen – Wiesbaden 2. Auflage 1999; Mary Elise Sarotte, The Collapse. The Accidental Opening of the Berlin Wall, New York 2015.

⁹⁸ Ben Fowkes, Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa, Mainz 1994, S. 199-200.

⁹⁹ Michael Gehler, The End of the Communist Regime in the GDR, in: Florin Abraham (Ed.), Annus Mirabilis. Three decades After. Desires, Achievements, Future, București 2020, pp. 165-190.

¹⁰⁰ Siehe hierzu Hans-Hermann Hertle/Theo Pirker/Rainer Weinert (Hrsg.), „Der Honecker muss weg!“ Protokoll eines Gesprächs mit Günther Schabowski am 24. April 1990 in Berlin-West (Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung 35), Berlin 1990 und den Vortrag und das Gesprächsdokument mit Günther Schabowski, „Am 9. November 1989 begannen wir mit dem Mauerabbriss, um die DDR nicht mehr zu stabilisieren, sondern schlicht zu retten!“, in der mit über 50 befragten Zeitzeugen publizierten Dokumentation von Oliver Dürkop/Michael Gehler (Hrsg.) Deutsche Einigung 1989/90. Zeitzeugen aus Ost und West, Reinbek 2021, S. 1671-1690.

¹⁰¹ Andreas Wirsching, Die Mauer fällt. Das Ende des doppelten Deutschland, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.), Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, S. 357-374; Ders., Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012, S. 54-77; Svetlana Savranskaya, The Fall of the Wall, Eastern Europe, and Gorbachev's Vision of Europe after the Cold War, in: Mark Kramer/Vít Smetana (Eds.),

der SED-Führung selbst zur Disposition gestellt und von den Ostdeutschen eingedrückt.

Die zahlreichen menschlichen Begegnungen in Berlin vom 9. auf den 10. November führten zwar zu einer kurzfristigen Entlastung des massiv unter Druck geratenen SED-Systems, nahmen aber gleichzeitig die später folgende staatliche Einheit vorweg. Zunächst war es der Ruf nach mehr Bürgerrechten und freien Wahlen sowie die Forderung nach Auflösung des SED-Regimes („Wir sind das Volk“¹⁰²). Nach dem 9. November folgten dann jedoch vermehrt leitende Sprechchöre wie „Deutschland einig Vaterland“¹⁰³ und „Wir sind ein Volk“.¹⁰⁴ Die gesellschaftspolitischen Freiheitsforderungen wurden von nationalen Motiven überlagert und abgelöst – eine Parallele zum Geschehen vom 16. auf den 17. Juni 1953 in der DDR.¹⁰⁵

Beginnend ab dem 9. Oktober mit dem Ausbleiben eines behördlich-staatlichen Eingreifens gegen die massenhaft demonstrierenden Leipziger und spätestens am 9. November¹⁰⁶ mit der vorzeitigen Preisgabe des Mauer-Pfands in Berlin gab nicht nur die SED-Führung das Heft aus der Hand und ihre eigentliche Lebensversicherung auf, sondern es geriet auch der ahnungslose und nicht-konsultierte Kreml in die deutschlandpolitische Defensive. Er verlor das Momentum in der Gestaltung und Regelung der deutschen Frage und konnte nur mehr reagieren.¹⁰⁷

Imposing, Maintaining, and Tearing Open the Iron Curtain. The Cold War and East-Central Europe. 1945-1989 (The Harvard Cold War studies book series), Lanham – Plymouth 2014, pp. 335-353; Michael Gehler, 1989. Ambivalent Revolutions with different Backgrounds and Consequences, in: Mueller/Gehler/Suppan (Eds.), The Revolutions of 1989, pp. 587-604; Ders., The Fall of the Iron Curtain. Causes, Structures, Timelines and Effects, in: Heinz Fischer/Andreas Huber/Stephan Neuhäuser (Eds.), The Republic of Austria, 1918-2018: Milestones and Turning Points, Wien 2018, pp. 185-200.

¹⁰² Detlef Pollack, „Wir sind das Volk!“ Sozialstrukturelle und ereignisgeschichtliche Bedingungen des friedlichen Massenprotests, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, S. 178-197; Michael Gehler, „Friedliche Revolution“ und Wiedervereinigung Deutschlands. Interne und externe Faktoren im Zusammenspiel 1989/90, in: Hans-Joachim Veen/Franz-Josef Schlichting (Hrsg.), Von der Urkatastrophe Europas bis zur Wiedervereinigung Deutschlands. Etappen deutscher Zeitgeschichte 1914 bis 1990, Weimar 2014, S. 111-144.

¹⁰³ Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 118-127.

¹⁰⁴ Neubert, Unsere Revolution, S. 237-252.

¹⁰⁵ Siehe die Chronologie in: Michael Gehler/Rolf Steininger, 17. Juni 1953. Der unterdrückte Volksaufstand. Seine Vor- und Nachgeschichte, Reinbek/Hamburg 2018, S. 402-405.

¹⁰⁶ Hans-Hermann Hertle/Kathrin Elsner (Hrsg.), Der Tag, an dem die Mauer fiel, Berlin 2009.

¹⁰⁷ Fred Oldenburg, Sowjetische Deutschland-Politik nach der Oktober-Revolution in der DDR. in: *Deutschland-Archiv* 23 (Januar 1990), 1, S. 68-76; Wolfgang Mueller, The USSR and the Reunification of Germany, 1989-90, in: Ders./Gehler/Suppan (Eds.), The Revolutions of 1989, pp. 321-353; Ders., „Die Lage gleitet uns aus den Händen“. Motive und Faktoren in Gorbatschows Entscheidungsprozess zur Wiedervereinigung Deutschlands, in: *Zeitschrift des*

Weder das seit dem 13. November amtierende DDR-Übergangsregime unter dem Reformsozialisten Hans Modrow noch die zunächst noch abwartend und vorsichtig agierende Regierung in Bonn unter Helmut Kohl konnten sich der nationaldemokratischen Sogwirkung aus Ostdeutschland entziehen. Der Bundeskanzler schlug in einer mit den Alliierten und dem FDP-Koalitionspartner unabgestimmten Bundestagsrede in Bonn am 28. November in einem „Zehn-Punkte-Plan“ eine Konföderation vor, die in zehn bis 15 Jahren die Wiedervereinigung ermöglichen sollte.¹⁰⁸

Der zunehmende Druck von der Straße und der „Mauerfall“ vom 9. November bewirkten die Öffnung des Tors zur Einheit. Die Ursache bestand im zerfallenden SED-Staat. Die Initiative zum Todesstoß gegen das DDR-Regime ging von den Menschen im Osten Deutschlands aus. Die politische Umsetzung erfolgte im Wesentlichen schließlich durch Politik im Westen: Der zur Einheit entschlossene Kohl sollte in den folgenden von Dramatik und Ungewissheiten nicht freien Monaten im ersten Halbjahr 1990 die Chance zur raschen Vereinigung der über vierzig Jahre getrennten Deutschen nutzen.¹⁰⁹

Am 3. Dezember 1989 trat das ZK der SED geschlossen zurück. Zwölf Mitglieder (u.a. Honecker und Stoph) wurden ausgeschlossen und vier wegen Amtsmissbrauch verhaftet. Drei Tage später erklärte Egon Krenz seinen Rücktritt als Staatsratsvorsitzender. Die „Blockparteien“ beendeten ihre Mitarbeit in der „Nationalen Front“. Auf einem Sonderparteitag der Ost-CDU vom 15. bis 17. Dezember sprach sich ihr Vorsitzender Lothar de Maizière gegen den Sozialismus und für die deutsche Einheit aus. Zeitgleich benannte sich die SED unter ihrem neuen Vorsitzenden Gregor Gysi zur „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) um. Der seit Dezember nach polnischem Vorbild tagende „Zentrale Runde Tisch“ in Berlin förderte unter großem öffentlichen Interesse mit TV-Live-Übertragungen und Moderation der

Forschungsverbundes SED-Staat 39 (2016), S. 3-28; Stefan Karner/Mark Kramer/Peter Ruggenthaler/Manfred Wilke/Alexander Bezborodov/Viktor Iščenko/Olga Pavlenka/Efim Pivovarov/Michail Prozumenščikov/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarjan, Die Sowjetunion und Osteuropa 1989. Zur Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), *Der Kreml und die „Wende“ 1989. Interne Analysen der sowjetischen Führung zum Fall der kommunistischen Regime. Dokumente* (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung. Sonderband 15), Innsbruck – Wien – Bozen 2014, S. 13-68.

¹⁰⁸ Kühnhardt, *Revolutionszeiten*, S. 261; Horst Teltschik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 54-58; Werner Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90 (Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden, Band 4), Stuttgart 1998; Karl-Rudolf Korte, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989 (Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden, Bd. 1), Stuttgart 1998; kritisch zur 10-Punkte Rede von Kohl vom 28. 11. 1990: Hanns Jürgen Küsters, *Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90*, Freiburg/Breisgau – Basel – Wien 2009, S. 85-107;

¹⁰⁹ Helmut Kohl (unter Mitarbeit von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth), *Ich wollte Deutschlands Einheit*, Berlin 1996, 2010.

evangelisch-lutherischen und der katholischen Kirche den friedlichen Übergang, machte neue demokratische Regierungspraktiken erlebbar, legte eine Fülle von Gesetzesentwürfen vor und lieferte zahlreiche Entscheidungsvorlagen für die Volkskammer,¹¹⁰ ermöglichte aber auch unbewusst und ungewollt Ablenkungsmanöver und Verdunkelungspraktiken, indem belastendes Stasi-Material beiseite geschafft oder vernichtet werden konnte. Mit der „Wende“ setzte auch eine grundsätzliche Veränderung der Verfassungs- und Rechtsordnung ein. Die führende Rolle der SED wurde gestrichen, das Verbot von Privateigentum an ausgewählten Produktionsmitteln und die „Nationale Front“ aufgehoben sowie ein Bündel von Gesetzen zur Demokratisierung und Einführung freier Wahlen erlassen, die zur ersten frei gewählten Volkskammer führten und den raschen Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes und damit schließlich zur Bundesrepublik gestatteten. Die Urnengänge vom 18. März 1990 zeugten vom massiven Wahldurchbruch der bundesdeutschen Parteien in der DDR und brachten einen überraschend klaren Sieg der konservativen „Allianz für Deutschland“ aus CDU, DSU und „Demokratischer Aufbruch“ mit 48,1%, während die SPD lediglich 21,8% und die PDS nur 16,3% erzielten. Die neue Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière verfolgte das Ziel eines föderativen Staatsaufbaus und der Einheit auf Basis von Artikel 23 des Grundgesetzes¹¹¹ und betrieb damit ganz willentlich und wissentlich die Selbstauflösung der DDR.¹¹²

Die am 1. Juli in Kraft getretene Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion laut Staatsvertrag vom 18. Mai 1990 war der erste Schritt zur Implementierung der Marktwirtschaft und der politischen Einigung.¹¹³ Die Volkskammer erklärte sich am 23. August zum Geltungsbereich des Grundgesetzes zugehörig, was im Einigungsvertrag vom 31. August festgelegt wurde (in Kraft durch die Zustimmung beider deutscher Parlamente am 23. September 1990). Am 3. Oktober vollzog sich auf der politischen Ebene die staatliche Einheit.¹¹⁴ Die anfängliche Ablehnung und Zurückhaltung der Staats- und Regierungschefs der übrigen Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften

¹¹⁰ Rolf-Dieter Günther, Die Öffentlichkeitsfunktion des Zentralen Runden Tisches der DDR, in: Thaysen/Kloth, Wandel durch Repräsentation, S. 162-169, hier S. 165-167.

¹¹¹ Schröder, Repräsentationsauffassungen, S. 149.

¹¹² Ed Stuhler, Die letzten Monate der DDR. Die Regierung de Maizière und ihr Weg zur deutschen Einheit, Berlin 2010; zum Untergang der SED-Diktatur siehe Kowalczyk, Endspiel, S. 407-548.

¹¹³ Dieter Grosser, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln (Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden, Bd. 2), Stuttgart 1998, S. 279-329.

¹¹⁴ Kritisch hierzu: Ilko-Sascha Kowalczyk, Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2. Auflage 2019, S. 110-192.

wich einer allmählichen Akzeptanz, die auch ihren Ausdruck im „Zwei-Plus-Vier“-Vertrag „über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ am 12. September 1990 (in Kraft 15. März 1991) fand.¹¹⁵

Die UdSSR, die noch im Frühjahr die Neutralität eines geeinten Deutschlands angestrebt hatte, gab ihren Widerstand gegen die Einbeziehung eines zu vereinigenden Deutschlands und damit des ehemaligen DDR-Territoriums in den NATO-Geltungsbereich auf, gleichwohl dort keine (nicht-deutschen) NATO-Truppenverbände stationiert sein sollten.¹¹⁶ Es folgten die Suspendierungserklärung der Alliierten bezüglich Berlin und Deutschland als Ganzes vom 1. Oktober 1990 und der deutsch-polnische Grenzvertrag vom 14. November 1990. Der äußeren Einigung im Kontext der europäischen Integration stand der weit beschwerlichere Weg zur inneren Einigung gegenüber. Erst nach 1989/90 wurde deutlich, wie stark die Spaltung unter den Deutschen vorangeschritten war.¹¹⁷ In der öffentlichen Debatte überwogen die „Kosten der Einheit“ bei weitem ihre Vorteile.

Das Geschehen, angefangen vom Honecker-Besuch in der Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987 über den 9. November 1989 bis zum am 3. Oktober 1990, wurde zuletzt in einer detaillierten und umfassenden Akten- und Zeitzeugenedition aufbereitet und musste daher in dieser Dokumentation nicht mehr durch weitere Aktennachweise ausgebreitet werden.¹¹⁸

¹¹⁵ Wilhelm Bruns, Die Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Einigung, in: *Deutschland-Archiv* 23 (November 1990), Heft 11, S. 1726-1732; Hanns Jürgen Küsters, Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945-1990 (Dokumente zur Deutschlandpolitik Studien 9), München 2000, S. 827-876; Stefan Karner/Mark Kramer/Peter Ruggenthaler/Manfred Wilke/Alexander Bezborodov/Viktor Iščenko/Olga Pavlenka/Efim Pivovarov/Michail Prozumenščikov/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarjan, in: *Der Kreml und der deutsche Vereinigungsprozess 1989/90*, in: Dies. (Hrsg.), *Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990. Interne sowjetische Analysen. Dokumente* (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Graz – Wien – Raabs Sonderband 16), Berlin 2015, S. 13-110; Tim Geiger/Heike Amos (Bearb.), *Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess*, hrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin, hrsg. v. Horst Möller, Ilse Dorothee Pautsch, Gregor Schöllgen, Hermann Wentker und Andreas Vrsching, Göttingen 2015, S. 7-56; Francesca Zilio, *Divisione e Riunificazione. Itinerari storici nella Berlino della Guerra fredda*, Loveno di Menaggio 2020, pp. 105-132.

¹¹⁶ Valentin Falin, *Politische Erinnerungen*, München 1993, S. 482-500; Joachim Scholtyseck, *Die Außenpolitik der DDR*, München 2003, S. 128-134.

¹¹⁷ Michael Gehler, *Deutschland. Von der geteilten Nation zur gespaltenen Gesellschaft 1945 bis heute*, Wien – Köln – Weimar 2020, S. 275-340.

¹¹⁸ Siehe die 180 erfassten Dokumente in der Aktenedition von Michael Gehler/Maximilian Graf (Hrsg.), *Österreich und die deutsche Frage. Vom Honecker-Besuch in Bonn bis zur deutschen Einheit 1987-1990*, Göttingen 2018 sowie die Einleitung Ders., *Österreich und die deutsche Frage 1945-1990*, in: ebd., S. 7-101, hier S. 63-95.

4. Das Ende von Obstruktion und Repression: Die „samtene Revolution“ in der Tschechoslowakei

Die Beziehungen zwischen Österreich und der ČSSR waren schon bedingt durch Entwicklungen in der Zwischenkriegszeit, besonders aber nach 1945 aufgrund verschiedener Faktoren sehr belastet, die einen hohen Klärungs- und Lösungsbedarf erzeugten, v.a. im Kontext der Liberalisierung des gesellschaftlichen Lebens in der Mitte und im Osten Europas. Die Belastungsfaktoren bestanden in strittigen Grenzfragen, dem Visumzwang, als unsicher eingestufte Atomanlagen in Grenznähe, der Behinderung von Journalisten sowie offener vermögensrechtlicher Fragen bezüglich des Auslandseigentums von Österreichern. Von österreichischer Seite wurde das Bestreben signalisiert, einen Normalisierungsprozess zu entwickeln.

In Bezug auf das Verhältnis zwischen Prag und Moskau wurde im Zeichen der krisenhaften Zuspitzung der Entwicklung des Sozialismus seitens der kommunistischen Führungskader der ČSSR eine noch stärkere Anbindung an die UdSSR erwogen, wobei – zutreffenderweise – angenommen wurde, dass ohne die Sowjetmacht kaum mehr ein anderer Rückhalt für das eigene sozialistische Gesellschaftssystem gegeben sei. Für das erkommunistische Regime in Prag wurde keine andere Alternative als eine verstärkte Moskau-Ostorientierung gesehen, was zur Enttäuschung der gebildeten Bevölkerungskreise nicht zur Lockerung, sondern zur weiteren Einschränkung der freien Meinungsäußerung führte, gleichwohl der Lebensstandard höher war als in manch anderen mittel- und osteuropäischen Staaten. Dieser lag jedoch immer noch unter dem westlicher Gesellschaftssysteme, wobei die attraktive Beispielwirkung des direkten Nachbarn Österreich nicht minder stark wirkte (Dok. 10).

Bemerkenswert an der Erklärung von Außenminister Bohuslav Chňoupek war das Bekenntnis zur Entspannung und zum KSZE-Nachfolgeprozess, wobei er v.a. die Friedensbewegung in Westeuropa hervorzuheben verstand. Die beginnenden Genfer Abrüstungsverhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA wurden auch in diesem Sinne gedeutet (Dok. 30). Chňoupek erwartete deshalb aber keine gravierenden Veränderungen im Verhältnis zwischen der UdSSR und der ČSSR (Dok. 33).

Beim kurzen Freundschaftsbesuch des Partei- und Staatschefs der ČSSR, Gustáv Husák, in Warschau am 28. Mai 1986 war von einer geschwächten Hoffnung mit Blick auf den vom 19. und 20. November 1985 abgehaltenen Genfer Abrüstungsgipfel zwischen der UdSSR und den USA die Rede. Das SDI-Programm schien auf eine „Militarisierung des Weltraums“ hinauszuweisen. Neben den USA war eine Reihe von NATO-Verbündeten nicht nur beteiligt, sondern wirkte von diesem Programm auch überzeugt (Dok. 56).

Mit großer Spannung wurde im Frühjahr 1987 der Besuch von KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow in Prag vom 10. bis 13. April 1987 registriert. Die Repräsentanten der Dissidentenbewegung der „Charta 77“ fühlten sich angesprochen und wie selbstverständlich aufgerufen, sich zu Wort zu melden und taten dies mit dem Verfassen und Überreichen offener Briefe an den Sowjetführer (Dok. 109).¹¹⁹

Der Besuch des mächtigsten Manns der Sowjetunion in der Wenzel-Stadt bedeutete eine Wende in seiner Politik gegenüber den verbündeten Staaten. Am 10. April 1987 deutete sich erstmals eine Positionsveränderung an, als er in einer Rede in Prag erklärte:

„Wir sind weit davon entfernt, von jedem zu erwarten, uns zu kopieren. Jedes sozialistische Land hat seine spezielle Gestalt, und jede Bruderpartei entscheidet vor dem Hintergrund der jeweiligen nationalen Bedingungen selbst über ihre politische Linie. [...] Niemand hat das Recht, einen Sonderstatus in der sozialistischen Welt für sich zu beanspruchen. Die Unabhängigkeit jeder Partei, ihre Verantwortung für ihr Volk, und das Recht, die Probleme der Entwicklung ihres Landes auf souveräne Weise zu lösen – das sind für uns unumstößliche Prinzipien.“¹²⁰

Bei den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution am 2. November 1987 machte Gorbatschow klar, Einheit bedeute „weder Identität noch Einförmigkeit“. Bei seinem Besuch in Belgrad im März 1988 wurde im Abschlusskommuniqué explizit „Respekt für verschiedene Wege zum Sozialismus“ bekundet und das Recht aller Länder auf „ungehinderte Unabhängigkeit“ hervorgehoben.¹²¹

Ähnlich wie in Ungarn hatte auch in der ČSSR spätestens 1988 eine Debatte über das Jahr des Reformsozialismus, unter dem Stichwort „Prager Frühling“ von 1968, und die nachher einsetzende sogenannte „Normalisierung“ eingesetzt. All das spielte auch mit Blick auf die geplanten Wünsche der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Tschechoslowakei eine große Rolle (Dok. 113). Die innenpolitische Situation

¹¹⁹ Siehe hierzu Blanka Čisařovská/Vilém Prečan, Charta 77. Dokumenty 1977-1989, 2 Bde, Praha 2007.

¹²⁰ Manfred Görtemaker, Die demokratische Revolution in Osteuropa. Die neue sowjetische Osteuropa-Politik unter Gorbatschow ermutigte die demokratischen Reformbewegungen in Osteuropa. Dies führte letztendlich zum Zerfall des Sowjetimperiums und zur Einigung Deutschlands, <https://www.bpb.de/izpb/10355/die-demokratische-revolution-in-osteuropa?p=2> (Abruf 15.1.2022).

¹²¹ Ebd.; siehe hierzu auch Alex Pravda, Moscow and Eastern Europe, 1988-1989. A Policy of Optimism and Caution, in: Mark Kramer/Vít Smetana (Eds.), Imposing, Maintaining, and Tearing Open the Iron Curtain. The Cold War and East-Central Europe. 1945-1989 (The Harvard Cold War studies book series), Lanham – Plymouth 2014, pp. 305-334.

zur Jahreswende 1987/88 ließ jedoch noch wenig durchschlagende Reformveränderungen erkennen (Dok. 164).

Die österreichische Botschaft in Prag bewertete Anfang März 1988 die tschechoslowakische Friedensinitiative des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPC) Miloš Jakeš vom 24. Februar, der in seinen Überlegungen von einer stufenweisen Verdünnung der militärischen Präsenz zur Bildung einer entmilitarisierten und atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ausgegangen war (Dok. 173, 174) und einen historischen Vorläufer mit dem Plan seitens des polnischen Außenministers Adam Rapacki aus dem Jahr 1957 hatte.¹²² Die Jakeš-Initiative wurde den verschiedenen europäischen Botschaftern in Prag durch Außenminister Chňoupek erläutert. Er betonte die Bedeutung der aktiven Rolle der neutralen und nicht paktgebundenen N+N-Staaten im gesamteuropäischen Prozess, wie sie sich bereits seit der Schlussakte von Helsinki vom 1. August 1975 und auf den KSZE-Folgekonferenzen¹²³ immer wieder gezeigt habe. Er brachte seine Hochschätzung dafür zum Ausdruck. In territorialer Hinsicht bezog sich der Vorschlag von Jakeš nicht nur auf Mitteleuropa, sondern – im Unterschied zum Rapacki-Plan – auf den gesamten Bereich des Warschauer Paktes. Daneben gab es Perspektiven im wirtschaftlichen Bereich, wie auch Jakeš einen zweiten Vorstoß anlässlich des Gedenkens an Jan Amos Komenský (Comenius) hinsichtlich einer internationalen Pädagogenkonferenz in Prag über die Erziehung der Menschheit im 21. Jahrhundert unternahm (Dok. 174).

Die Besuchsabstimmung von Jakeš bei Honecker am 10. März 1988 in Berlin-Ost brachte übereinstimmende Auffassungen im Sinne der Fortführung von Abrüstungsmaßnahmen zum Ausdruck, v.a. hinsichtlich der Halbierung der strategischen Offensivwaffen sowohl der Sowjetunion als auch der Vereinigten Staaten von Amerika unter Einhaltung des Vertrags über die Begrenzung von antibalistischen Raketenabwehrsystemen (ABM). Beide kommunistischen Politiker sprachen sich für eine Weiterentwicklung der „sozialistischen Demokratie“ aus. Bemerkenswert war jedoch der Umstand,

¹²² David Stefancic, The Rapacki-Plan. A case study of East European Diplomacy, in: *East European Quarterly* 21 (1987), 4, pp. 401-412; Michael Gehler, Rapacki-Plan, in: Michael Behnen (Hrsg.), *Lexikon der Deutschen Geschichte 1945-1990. Ereignisse – Institutionen – Personen im geteilten Deutschland*, Stuttgart 2002, S. 480.

¹²³ Arie Bloed (Ed.), *The Conference on Security and Co-operation in Europe. Analysis and basic documents (1972-1993)*, Dordrecht – Boston – London 1993; Ders./Pieter van Dijk (Eds.), *The Human Dimension of the Helsinki Process. The Vienna Follow-up meeting and its Aftermath*, Dordrecht – Boston – Norwell 1991; Matthias Peter/Hermann Wentker, „Helsinki-Mythos“ oder „Helsinki-Effekt“? Der KSZE-Prozess zwischen internationaler Politik und gesellschaftlicher Transformation. Zur Einleitung, in: Peter/Wentker (Hrsg.), *Die KSZE im Ost-West-Konflikt*, S. 1-14.

dass Honecker herausstrich, die DDR verfüge über alle erforderlichen Voraussetzungen, um die Aufgaben für den „sozialistischen Aufbau“ im Verbund von SED und Werktätigen zu lösen, um gleichzeitig vor einer Übertragung des Konzepts von Gorbatschow zur Absicherung wirtschaftlicher Reformen auf dem Wege über eine größere demokratische Mitbestimmung bezogen auf die DDR zu warnen, zumal dies seiner Auffassung nach „ein außerordentlich riskantes Unterfangen“ sei (Dok. 179).

In der Bewertung der Reaktionen auf die tschechoslowakische Friedensinitiative des Jakeš-Plans vom 24. Februar durch den Ballhausplatz vom 6. Mai 1988 wurde deutlich, dass diese kaum neue Impulse für die Abrüstungsdebatte bringen würde. Der Vorstoß wurde als Versuch interpretiert, die Eigenständigkeit von nationalen Sicherheitsinteressen hervorzukehren. Die Dislozierung von Truppenkontingenten beider Supermächte aus einer derart militärisch verdünnten Zone sollte zwar die Präsenz von Sowjettruppen auf dem Territorium der ČSSR verringern, die Initiative ließ aber auch die Intention erkennen, Themen der zukünftigen KSZE fortan ohne die USA und Kanada zu behandeln (Dok. 180), was im Westen abträglich beschieden wurde.

Anlässlich einer Demonstration tschechoslowakischer Katholiken in Bratislava am 25. März 1988 war es zur Verhaftung österreichischer Pressevertreter gekommen. Dabei waren einschlägige KSZE-Bestimmungen missachtet worden, worauf die politisch Verantwortlichen der ČSSR den festen Wunsch zum Ausdruck brachten, weiter an der Entwicklung guter Beziehungen zu Österreich arbeiten zu wollen und den dadurch entstandenen Schaden „möglichst klein zu halten“ (Dok. 183).

Ausführlich meldete sich Österreichs Botschafter Karl Peterlik¹²⁴ am 14. April 1988 aus Prag zu den Beschlüssen des ZK-Plenums der KPČ vom 8. und 9. April 1988 zu Wort. Was die personell-sachlich-programmatischen Aspekte anging, sprach Peterlik von einem „auf der Stelle treten mit einem leichten Driften zur Reform, allerdings verbunden mit wenig Elan“ (Dok. 187).

Bei der Erklärung der neuen tschechoslowakischen Regierung unter Lubomír Štrougal war eine persönlich gehaltene Diktion für das ausdrückliche Offenlegen von Fehlleistungen bemerkenswert. Der Ministerpräsident der ČSSR hatte Kritik an der eigenen Regierung geübt und damit einiges Aufsehen erregt. Unter den Problemen wurden die unbefriedigende Produktionsqualität, die niedrige Bewertung tschechoslowakischer Güter auf

¹²⁴ Karl Peterlik (* 10.9.1932) war von 1972 bis 1976 österreichischer Generalkonsul in Hongkong, von 1976 bis 1981 österreichischer Botschafter in Thailand, von 1981 bis 1986 Leiter der Presseabteilung im Außenministerium in Wien, von 1986 bis 1992 Botschafter in der Tschechoslowakei und von 1992 bis 1997 Botschafter in Indien.

dem Weltmarkt sowie die zu geringe Innovationstätigkeit und die hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Devisenerlöse im Außenhandel mit dem westlichen Ausland erwähnt. Štrougal hob die Bedeutung der Einzelinitiative von Bürgern hervor, gelobte Erleichterung für Auslandsreisebestimmungen sowie verbesserte Informationen über die Tätigkeit der Regierung. Im Zusammenhang mit der Kirche gab er die Zustimmung seiner Regierung zur Besetzung von drei Bischofssitzen bekannt (Dok. 194).

Während die Jakeš-Initiative von westeuropäischen Staaten und Vertretern abwartend, skeptisch bis ablehnend beurteilt wurde, war sie inzwischen aus österreichischer Sicht durchaus würdigenwert. Sie diene einer Intensivierung des Nachbarschaftsverhältnisses, insbesondere zwischen Österreich und der ČSSR mit traditionell belasteten Beziehungen, weshalb der Ballhausplatz nun eine positive Haltung zu diesem Vorstoß einnahm. Von Prager Seite war die Jakeš-Initiative zunächst als Auftakt einer Serie verschiedener zwischenstaatlicher Abkommen gedacht, aus denen sich im weiteren Stadium eine multilaterale Struktur der Beziehungen unter europäischen Staaten ergeben sollte, die im Wege von Konferenzen einzelner Subregionen Nord- und Mitteleuropas sowie des Balkans entstehen würde (Dok. 208).

Beim offiziellen Besuch des Politbüromitglieds der KPdSU und des Ministerratsvorsitzenden der Sowjetunion, Nikolaj Ryschkow, in Prag im Juli 1988 wurden Fragen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Kooperation zwischen der ČSSR und der UdSSR erörtert, u.a. der Stand der Reformbestrebungen und Fragen der Zusammenarbeit auf dem Sektor der Nuklearenergie. Der Jakeš-Plan wurde von der Sowjetunion „hoch eingeschätzt“, wie Ryschkow in Übereinstimmung mit der Führung der ČSSR betonte. Die Beziehungen zwischen Prag und Moskau erfuhren als Beurteilung ein „traditionell gut“. Mit Blick auf eine Neubewertung der Ereignisse um die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im Jahr 1968 in der ČSSR erklärte Ryschkow, die KPdSU teile die Bewertung durch die KPČ, denn wie man auch immer die Rolle Alexander Dubčeks einschätze, sei eine innere Angelegenheit der Tschechoslowakei. Auf die Frage nach der Anwesenheit russischer Truppen in der ČSSR reagierte Ryschkow ausweichend, verwies allerdings auf einen Vorschlag der UdSSR, der aufgehoben ließe, wonach alle militärischen Einheiten aus fremden Staaten abgezogen werden sollten (Dok. 214).¹²⁵

„Přestavba“, die tschechoslowakische Variante der „Perestroika“, war bisher schon im wirtschaftlichen Bereich in Angriff genommen worden. Doch bestand unter reformorientierten Kreisen Klarheit, dass rein ökonomische

¹²⁵ Siehe hierzu auch: Kieran Williams, The Russian View(s) of the Prague Spring, in: *Journal of Cold War Studies* 14 (2012), 2, pp. 128-141.

Reformen mit Aussicht auf Erfolg ohne ebenso notwendig gewordene politisch-gesellschaftliche Erneuerungen nicht greifen konnten. Mit Blick auf die Niederwerfung des „Prager Frühlings“ durch Truppen des Warschauer Paktes im Jahr 1968 hatten bereits Debatten begonnen, die erkennen ließen, dass kein Land auf Dauer seine eigene Geschichte offiziell in einseitigtendenziöser Eigeninterpretation vertreten konnte. Die Debatte um den damaligen Reformprozess hinsichtlich eines Sozialismus „mit menschlichem Antlitz“ war bereits voll entbrannt. Der bevorstehende 20. Jahrestag der Militärintervention vom 21. August 1968 sollte Möglichkeiten zu Umdeutungen der historischen Realitäten und entsprechenden öffentlichen Raum dafür schaffen (Dok. 222).

Anlässlich des 20. Jahrestages der Niederschlagung des „Prager Frühling“ durch die Warschauer Pakt-Staaten in der ČSSR wurden verschiedene Aspekte in der öffentlichen Debatte deutlich, nämlich Ansätze zu einer vorsichtigen Neubewertung, Fragen über die Haltung der Sowjetunion, die Rehabilitierung der im historischen Geschehen engagierten Persönlichkeiten und eine eingehendere Befassung in Bezug auf die Geschehnisse und Demonstrationen am 20. und 21. August 1968, verbunden mit der sich 1977 etablierenden Bürgerrechtsbewegung „Charta 1977“, die einen Kranz in Prag in Erinnerung an die Selbstverbrennung von Jan Palach am 19. Januar 1969 niederlegte. Während man in der ČSSR geschichtspolitische Themen diskutierte, wie der neue Umgang mit dem „Prager Frühling“ verdeutlichte, der gleichsam auch Kritik am kommunistischen Regime der ČSSR deutlich werden ließ, stufte die KPČ-Führung tatsächlich in einem an die Öffentlichkeit gelangten internen Rundschreiben die Vertreter der „Charta 77“ als „gefährlichste innere und äußere Feinde des Sozialismus“ ein. Ebenso wurden die 1968 aus der Partei ausgeschlossenen Personen bewertet. Auf die am 21. August 1988 aufgetretene neue Kategorie von Regimekritikern sollte die Parteiführung jedoch nicht mehr gut genug vorbereitet sein (Dok. 236).

Die Begehung des 20. Jahrestages des Einmarsches der Warschauer Pakt-Staaten in die ČSSR am 21. August 1988 lösten eine entstehende Bewegung, lebhafte Debatte und zunehmende Unruhe innerhalb der tschechischen Gesellschaft aus (Dok. 236). Dazu trug auch ein allseits beobachteter Umstand bei: Eine deutliche Truppenreduzierung der Sowjetarmee hatte in der Tschechoslowakei bereits stattgefunden (Dok. 287). Umso mehr wurde die fortgesetzte kommunistische Repression gegenüber der Bürgerrechtsbewegung und insbesondere die nochmalige Verurteilung des Schriftstellers Václav Havel unter jenen reformorientierten Kräften in Prag sehr negativ aufgenommen. Sie rief wiederum unterschiedliche Reaktionen anderer sozialistischer Staaten zu Jahresbeginn 1989 hervor (Dok. 303, 304). Während dem Literaten Havel in Prag der Prozess gemacht wurde, waren die

ausländischen Reaktionen auf diesen Vorgang alles andere als befürwortend und positiv (Dok. 308).

Der eintägige Arbeitsbesuch von SED-Generalsekretär Honecker in der ČSSR am 3. Mai 1989 führte zu einer Bekräftigung der reformkritischen und -gegnerischen Kräfte in beiden sozialistischen Bruderstaaten. Doch war die Beschwörung gegenseitiger Verbundenheit im Grunde Ausdruck von Fehleinschätzung und Realitätsverweigerung, denn die revolutionären Gesamtveränderungen sowohl in der Sowjetunion als auch im Bündnissystem der sozialistischen Staaten waren bereits unaufhaltsam im Gange (Dok. 341). So war der Eindruck, dass es zwischen DDR und ČSSR einen Besuch unter ‚guten Freunden‘ gegeben habe, trügerisch (Dok. 343). Mit der Freilassung von Havel aus der Haft musste das kommunistische Regime in Prag im Juni 1989 eine Konzession an die bürgerrechtliche Opposition machen (Dok. 346).

Beim Besuch von Gorbatschow in der Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989 war die gemeinsame von Bonn und Moskau verabschiedete Grundsatzerklärung vom 13. Juni betreffend die Bereitschaft zur Anerkennung der Selbstbestimmung für die Deutschen ein weiteres Signal, um nicht zu sagen ein Fanal mit Blick auf die Freiheitsbestrebungen der mittel- und osteuropäischen Bevölkerungen (Dok. 353).

Aufmerksamkeit erregte im Juli 1989 die Gründung einer „Gesellschaft zur Bestätigung des demokratischen Sozialismus“ in der ČSSR. Diese schien an die reformsozialistischen Bestrebungen des „Prager Frühlings“ anzuknüpfen (Dok. 373). So nahm es nicht wunder, dass sich im gleichen Monat die aktive Opposition mehr und mehr entfaltete und ihre Tätigkeiten intensiverte (Dok. 383).

Die Anzeichen politischer Veränderungen in der ČSSR wurden von österreichischer Seite weiter aufmerksam verfolgt und mitunter auch unterstützt. So kam es zu einer Diskussion mit dem Wiener Stadtrat Günther Engelmayer zur innenpolitischen Lage der Tschechoslowakei aus Sicht der Opposition (Dok. 406). Längst schon waren auch jene am Schlusskommuniqué der KSZE-Nachfolgekonzferenz in Wien orientierten Bürgerrechtsgruppen wie die Internationale Helsinki-Föderation (IHF) im Rahmen einer Reise als Delegation in der Tschechoslowakei vom 18. bis 20. Oktober 1989 präsent (Dok. 422).

Beim offiziellen Besuch des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Ladislav Adamec vom 24. bis 25. Oktober 1989 in Wien präsentierte sich dieser noch als Repräsentant eines relativ stabilen sozialistischen Systems. Doch sollten sich die weiteren Entwicklungen im November und Dezember

1989 ganz anders gestalten (Dok. 426) und dem Prager kommunistischen Regime den Anfang seines Endes bereiten.¹²⁶

Mögliche politische Reformen in der ČSSR wurden aus slowakischer Sicht durchaus für begründet und sinnvoll erachtet, womit auch der traditionelle Spannungszustand zwischen tschechischen und slowakischen Interessen im Rahmen dieses föderativen sozialistischen Staates berührt war (Dok. 434, 437).

Nach wie vor waren im Frühherbst 1989 aus Wiener Sicht staatliche Beeinträchtigungen, wenn nicht sogar Repressionen und Unterdrückung der Demokratiebewegung in der Tschechoslowakei gegeben. Ablehnend-kritische Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten (Dok. 440).

Die politische Wende in der Tschechoslowakei wurde dann jedoch ab Mitte November 1989 offenkundig (Dok. 444). Zwar wurden am 17. November Massendemonstrationen, v.a. getragen von Studenten, die mit ihren Schlüsselbeuteln klingelten, niedergeknüppelt, doch bewirkte diese Überreaktion der Polizeikräfte das Gegenteil und die Proteste bekamen immer mehr Zulauf und Auftrieb. So stellte sich bereits die Frage, wie die zukünftige politische Kräfteverteilung angelegt sein würde, d.h. wie viele Kommunisten oder auch Reformkommunisten sich zukünftig überhaupt noch in der Regierung halten könnten bzw. hinzugezogen werden müssten (Dok. 447). Das zeigte bereits ein aufschlussreicher Situationsbericht aus der Slowakei (Dok. 453). Wie in Ungarn für das Jahr 1956 erfolgte auch in der ČSSR relativ konsequent eine schrittweise Umbewertung der historischen Ereignisse des Jahres 1968 (Dok. 454).

Václav Havel war einer der herausragenden Exponenten der von Literaten, Studenten und Künstlern getragenen „samtenen Revolution“,¹²⁷ indem er zum führenden Vertreter der am 19. November 1989 gegründeten Bürger-

¹²⁶ Siehe hierzu Tomáš Vilímek, Die Ursachen des Zusammenbruchs des kommunistischen Regimes in der ČSSR im Jahre 1989, in: Florath (Hrsg.), Das Revolutionsjahr 1989, S. 105-121; Oldřich Tůma, External Factors Influencing the Fall of the Communist Regime in Czechoslovakia, in: Ulf Engel/Frank Hadler/Matthias Middell (Eds.), 1989 in a Global Perspective (Global history and international studies XI), Leipzig 2015, pp. 119-128; Jiří Suk, Czechoslovakia in 1989. Causes, Results, and Conceptual Changes, in: Mueller/Gehler/Suppan (Eds.), The Revolutions of 1989, pp. 137-160; Michal Pullmann, The demise of the communist regime in Czechoslovakia (1987-89). A socio-economic perspective, in: Kevin McDermott/Matthew Stibbe (Eds.), The 1989 Revolutions in Central and Eastern Europe. From Communism to Pluralism, Manchester 2016, pp. 136-153.

¹²⁷ Siehe hierzu Milan Otáhal, Die „samtene“ Revolution – ohne Alternative, in: Thaysen/Kloth (Hrsg.), Wandel durch Repräsentation, S. 125-130; Benjamin Müller, Von der Konfrontation zum Dialog. Charta 77, Menschenrechte und „Samtene Revolution“ in der Tschechoslowakei 1975-1989, in: Altrichter/Wentker (Hrsg.), Der KSZE-Prozess, S. 99-110; siehe hierzu auch den Band von Wolfgang Mueller (Hrsg.), 1989. Die Samtenen Revolutionen, Österreich und die Transformation in Europa, Wien 2017.

Sammlungsbewegung „Občanské Fórum“ (OF) avancierte. Die Revolution war politisch vollzogen, als er als Kandidat des OF am 29. Dezember 1989 von den bisher kommunistischen Vertretern der Föderalversammlung zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Die erste Pressekonferenz des neuen tschechoslowakischen Außenministers Jiří Dienstbier signalisierte den politischen Systemwechsel im vormalig sozialistischen tschechoslowakischen Herrschaftsbereich (Dok. 463). Die Neujahrsansprache des neuen Staatspräsidenten Havel und die Verkündung einer politischen Amnestie für politisch Verfolgte machten um den Jahreswechsel 1989/90 die politischen Veränderungen in der ČSSR irreversibel (Dok. 469).¹²⁸

Als bald kam es zur Annäherung zwischen den Reformkommunisten in Prag und Warschau durch den Besuch von Außenminister Jiří Dienstbier in Polen (Dok. 472). Die KPČ befand sich in einem Erosionsprozess. Große Beunruhigung herrschte über den Parteiaustritt des Ministerpräsidenten Marián Čalfa (Dok. 475). Gleich wie in Ungarn stellte sich auch in der Tschechoslowakei die Frage nach einem zu erwartenden vollständigen sowjetischen Truppenabzug (Dok. 480).¹²⁹

Die Erinnerung an die Herrschaftszeit des Kommunismus in der Tschechoslowakei orientierte sich nicht nur an 1968, sondern in einer Art doppelten politischen Gedächtniskonfiguration auch an 1948, als im Februar diesen Jahres die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei durch den Kommunisten Klement Gottwald und die Entmachtung von Edvard Beneš erfolgt war. So spielte das Gedenken an den Februar 1948 in der Tschechoslowakei auch im Februar 1990 eine nicht unwichtige erinnerungspolitische Rolle (Dok. 489).

Anfang des Jahres wurde bereits ein parlamentarischer Untersuchungsbericht des tschechoslowakischen Nationalrats über die brutale und gewaltsame Niederschlagung der Prager Demonstration vom 17. November 1989 vorgelegt, der zeigte, wie das kommunistische Regime zu diesem Zeitpunkt noch mit aller Härte und allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die aufbegehrenden Demonstranten vorgegangen war (Dok. 514). Aufschlussreich waren diesbezüglich auch Angaben des

¹²⁸ Siehe hierzu auch James Krapfl, *Revolúcia s ľudskou tvárou. Politika, kultúra a spoločenstvo v Československu po 17. novembri 1989*, Bratislava 2009; Idem, *Revolution with a Human Face. Politics, Culture, and Community in Czechoslovakia 1989-1992*, Ithaca – New York 2013.

¹²⁹ Siehe hierzu Svetlana Savranskaya, *In the name of Europe. Soviet withdrawal from Eastern Europe*, in: Frédéric Bozo, et al. (Eds.), *Europe and the End of the Cold War. A reappraisal (Cold war history series)*, London – New York 2009, pp. 36-48; Idem, *The Logic of 1989. The Soviet Peaceful Withdrawal from Eastern Europe*, in: Svetlana Savranskaya/Thomas S. Blanton/Vladislav Zubok (Eds.), *Masterpieces of History*, Budapest – New York 2010, pp. 1-47.